

Bavar
302Sk

Bavar.

Zorn

3028^K₌

C

Die Reform

der

Evangelischen Kirchenverfassung

in

Bayern

von

Dr. Ph. Zorn

o. ö. Professor der Universität Königsberg.

Separat-Abdruck aus der »Zeitschrift für Kirchenrecht«.

Tübingen, 1878.

Verlag der H. Laupp'schen Buchhandlung.

bl. 111 B

van 3028 $\frac{R}{=}$ Zorn

Evangelische Kirchenverfassung.

Evangelische Kirchenverwaltung.

Die Reform
der
Evangelischen Kirchenverfassung
in
B a y e r n

von

Dr. Ph. Zorn

o. ö. Professor der Universität Königsberg.

Tübingen, 1878.

Verlag der H. Laupp'schen Buchhandlung.

Die Reform

der

Evangelischen Kirchenverfassung

in

Bayern

von



Tübingen, 1878.

Druck von H. Laupp in Tübingen.

Vorwort.

In der evangelischen Landeskirche Bayerns getauft, confirmirt und getraut hat der Verfasser nachfolgender Abhandlung dieser Kirche warme Anhänglichkeit auch dann bewahrt, als der Gang seines Lebens ihn erst in die Schweiz, dann an den Ostseestrand führte. In Bern sowohl als in Königsberg hatte der Verf. Gelegenheit, evangelisch-kirchliche Einrichtungen kennen zu lernen, welche, wie unter sich, so auch von denen der bayerischen Landeskirche wesentlich verschieden sind. Eine vergleichende Betrachtung konnte leider weder da noch dort zu Gunsten der bayerischen Verhältnisse ausfallen. Die bereits früher bei dem Verf. feststehende Ueberzeugung, dass die Verfassungszustände der evangelischen Landeskirche Bayerns gänzlich unhaltbar seien, wurde dadurch immer mehr befestigt. Der Verf. steht mit dieser Ueberzeugung nicht allein, sondern weiss sich darin eins mit einer grossen Zahl von Männern, deren erprobte Glaubensüberzeugung ihrer Stimme im Rathe der evangelischen Kirche das höchste Gewicht geben sollte. Es genüge, an den trefflichen Erlanger von Scheurl zu erinnern. Das Kirchenregiment hat bis jetzt alle auf Verbesserung des kläglichen Verfassungszustandes gerichteten Bestrebungen zu vereiteln verstanden. Es gilt, dem gegenüber nicht zu erlahmen.

Die nachfolgende Abhandlung ist bereits seit geraumer Zeit vollendet. Ihre Publication sollte bereits vor der letzten bayerischen Generalsynode erfolgen; aus Gründen, die zu

VI

beseitigen nicht in der Macht des Verf. stand, verzögerte sich die Publication bis jetzt.

Möchte die kleine Schrift ein nicht ganz werthloser Beitrag zur Klärung der Meinungen in Dingen der evangelischen Kirche sein!

Ebenhausen bei München, 4. September 1876.

I n h a l t.

	Seite
Capitel I: Die historische und rechtliche Entwicklung der evangelischen Kirchenverfassung in Deutschland.	
§ 1. Historischer Rückblick	1
§ 2. Die Principien des heutigen Staatsrechtes und ihr Einfluss auf das Verfassungsrecht der evangelischen Kirche . . .	10
§ 3. Uebersicht der synodalen Organisation in den evang. Landeskirchen Deutschlands	17
§ 4. Der Aufbau der neuen preuss. Kirchenverfassung . .	21
Capitel II: Die Reform der evangelischen Kirchenverfassung in Bayern	26
§ 5. Einleitung	26
§ 6. Reformvorschläge	38
Capitel III:	74
§ 7. Deutsche evangelische Kirche	74
Capitel IV. , ...	85
§ 8. Schlussbetrachtung	85
Anhang I. Entwurf eines Staatsgesetzes, die Verfassung betr.	90
Anhang II: Entwurf einer allerbh. Verordn., Verfassung betr.	91

D r u c k f e h l e r :

S. 1 Z. 2 v. oben lies: J a h r t a u s e n d statt J a h r h u n d e r t.
 S. 38 nach Z. 17 füge ein: 5. 6. R e f o r m v o r s c h l ä g e.

Inhalt

1	Capitel I: Die historische und rechtliche Entwicklung der evangelischen Kirchenverfassung in Deutschland.
1	§ 1. Historischer Rückblick
10	§ 2. Die Principien des heutigen protestantischen und römisch-katholischen Verhältnisses zur evangelischen Kirche
17	§ 3. Uebersicht der evangelischen Kirchenverfassung in den evangelischen Bundesländern
21	§ 4. Der Aufbau der neuen protestantischen Kirchenverfassung
29	Capitel II: Die Reform der evangelischen Kirchenverfassung in Bayern
29	§ 5. Einleitung
36	§ 6. Reformvorschlüge
34	Capitel III:
34	§ 7. Deutsche evangelische Kirche
35	Capitel IV:
35	§ 8. Schlussbestimmung
39	Anhang I: Entwurf eines Statutes der evangelischen Kirche
41	Anhang II: Entwurf einer neuen Kirchenverfassung

Druckfehler:

S. 1 v. oben her: 1. Absatz und statt 1. Absatz
S. 2 nach § 11 fügen ein: § 6. Reformvorschlüge

Cap. I.

§. 1. Historischer Rückblick auf den Entwicklungsgang der evangelischen Kirchenverfassung.

Die vorreformatorische Kirche hatte bis zum Schluss des ersten Jahrhunderts christlicher Zeitrechnung in stetiger und consequenter Entwicklung eine Verfassung ausgebildet, welche einem Universalstaate vergleichbar die gesamte Christenheit umfasste. Ihre Spitze war der Papst zu Rom; die »ewige Stadt« war das Centrum der Welt.

Die Reformation verneinte die Grundlagen dieser hierarchischen Verfassung als im Widerspruche stehend mit dem Geiste des Christenthums und mit den ausdrücklichen Geboten des Stifters der christlichen Religion. Darin waren die sämmtlichen territorialen Ausbildungen der Reformation einig, die Deutschen, die Schweizer, die Engländer. Nicht die gleiche Einigkeit jedoch bestand hinsichtlich des Ersatzes, der an die Stelle des umgestürzten römisch-hierarchischen Systems zu treten habe. Darin lag eine bedenkliche Schwäche der Reformation gegenüber dem reconstruirten Katholicismus. Denn die römische Kirche ging in Hinsicht auf die Verfassung aus dem grossen reformatorischen Reinigungsprocesse unverändert hervor; während in Sachen der Disciplin auch sie sich einer durchgreifenden Läuterung in Folge der reformatorischen Bewegung des XVI. Jahrh. nicht entziehen konnte, blieb das Dogma von der Kirche unangetastet; dasselbe wurde durch die Reformation nicht nur nicht erschüttert, sondern vielmehr durch concentrirtere Fassung gekräftigt und einheitlich gestaltet. Den Schlussstein dieses durch das Tridentinum neu begonnenen Concentrirungsprocesses bilden die Schlüsse des Vaticanums.

Am nächsten an diesen neu formulirten und gestärkten römischen Verfassungsgedanken schloss sich die Kirche der englischen Reformation an. Zwar verwarf sie denjenigen Theil des römischen Dogmas, der sich auf den Papst bezieht, dagegen behielt sie die priesterliche Ordination und die apostolische Succession der Bischöfe bei und nach dem vorübergehenden schroffen Cäsaropapismus Heinrich VIII. verlegte sich der Schwerpunkt der englischen Kirchenverfassung auch in der That in die Bischöfe. Auf dieser Grundlage steht heute noch die anglikanische Kirche. — Auch in den Ländern des germanischen Nordens besteht das bischöfliche Amt, hier jedoch ohne dogmatische Unterlage, lediglich als Ordnungsamt, Superintendentur.

Einen anderen Weg schlug die schweizer Reformation in ihrem charakteristischen Vertreter Calvin ein. Dieser Reformator verneinte das römische Dogma in seinen beiden Theilen, sowohl bezüglich des Papstes als der Bischöfe. An seine Stelle setzte er ein anderes Dogma: das Dogma von der Gemeinde, welche nach der Lehre der heiligen Schrift die alleinige Grundlage der Kirchenverfassung zu bilden habe. Anknüpfend an die Kirchenbildung der ersten christlichen Zeit baute der Calvinismus ein auf der Gemeinde beruhendes Kirchenthum aus, an dessen Spitze Aelteste, Presbyter standen; die gesamte Gemeinde fand ihre Vertretung in der Synode, welche das Regiment der Kirche führte; der Geistliche, von der Gemeinde zum Dienst des Wortes berufen, nahm gegenüber dem Laien keinerlei besonders bevorzugte Stellung ein; von einer ausgezeichneten Stellung der Obrigkeit am Kirchenregimente war keine Rede. — Anders in demjenigen Theile der Schweiz, der die Reformation unter Zwinglis Einfluss annahm; hier war die Entwicklung ganz die gleiche wie in Deutschland: der Schwerpunkt der Kirchenverfassung lag auch hier im Staate d. i. der Landesobrigkeit. Heute noch hat sich ein sehr bedeutender Ueberrest hievon in den Kirchenverfassungen der deutschen Kantone der Schweiz erhalten.

Die dogmatische Kirchenverfassungslehre Calvins war der diametrale Gegensatz zur dogmatischen Verfassungslehre der römischen Kirche: der Gegensatz des allgemeinen Priester-

thums aller Christen zu dem Sacramente der priesterlichen Ordination eines besonders berufenen und mit besonderer göttlicher Weihe ausgestatteten Priesterstandes (*κλήρος*).

Der dritte Hauptzweig der Reformation, die deutsche evangelische Kirche, entwickelte seine Verfassung abermals in verschiedener Weise. Die deutschen Reformatoren verneinten mit den Engländern und Schweizern das römische Dogma vom Papste, verneinten aber gleicherweise im Gegensatz zu den Engländern das Dogma von der apostolischen Succession der Bischöfe und ebenso im Gegensatz zu Calvin das Dogma von der Gemeinde. Das Dogma vom allgemeinen Priesterthum aller Christen zwar war ein Grundpfeiler wie der schweizer so auch der deutschen Reformation; aber die deutschen Reformatoren fassten jenes Dogma nicht dahin, dass die Ausprägung desselben in Gemeinde, Presbyterien, Synoden göttlich geordnetes Gebot, somit Glaubenssatz sei; das allgemeine Priesterthum aller Christen fand vielmehr nach der Anschauung der deutschen Reformatoren seinen Ausdruck in der unsichtbaren Kirche, der »Gemeinde der Heiligen«, welche als die Eine christliche wahrhaft katholische Kirche dem sinnlichen Begriff einer irdischen katholischen Kirche, wie ihn die Römischen fassten, entgegengesetzt wurde. Nach der Lehre der römischen Kirche ist Zugehörigkeit zur »Kirche« d. i. zur äusseren Gemeinschaft der unter dem Papste und den Bischöfen rechtlich verfassten Christengemeinde nothwendige Voraussetzung des Heils, *extra ecclesiam nulla salus*; nach der Lehre der deutschen Reformation ist Zugehörigkeit zur »Kirche« ebenfalls nothwendige Voraussetzung des Heils: das heisst aber in ihrem Sinne: Zugehörigkeit zu der auf Erden gar nicht erkennbaren und darum rechtlich auch gar nicht construirbaren »Gemeinde der Heiligen«, deren Bestand nur der Herr kennt; die irdische Kirche aber ist untermischt mit Heuchlern und Ungläubigen und deshalb niemals die wahre katholische Kirche, sondern nur eine Gemeinschaft solcher, die sich äusserlich zu Christo bekennen. Dies ist unbestrittene, übereinstimmende Lehre der Symbole. (Besonders präcis handelt hierüber Mejer, Kirchenr. §. 2.)

In dieser Fassung des Kirchenbegriffes liegt wie die

innere Stärke, so die äussere Schwäche der deutschen Reformation. Indem die Reformatoren jede dogmatische Lehre über die Verfassung der Kirche verneinten, gaben sie deren äussere Gestaltung in bedenklicher Weise dem Zufall preis. Anfangs mochten sie wohl hoffen, dass die Mehrzahl der deutschen Bischöfe sich der Reformation anschliessen und so die vorreformatorische Kirchenverfassung, nur ihres dogmatischen Characters entkleidet, werde erhalten bleiben können. Diese Hoffnung verwirklichte sich nicht. Gleichwohl hätte durch sofortiges entschiedenes Eingreifen die bischöfliche Verfassung wohl erhalten werden können, wenn man alsbald das Regiment der bei der römischen Kirche beharrenden Bischöfe, wo es nöthig war, durch evangelische Bischöfe ersetzt hätte. Dass dies möglich war, beweist das Beispiel Englands und der nordischen Länder. In Deutschland aber versäumte man den günstigen Moment und die späteren Versuche, die bischöfliche Verfassung wieder herzustellen, hatten keinen dauernden und durchgreifenden Erfolg. Mit den allerdings ungleich wichtigeren Fragen der Glaubenslehre ausschliesslich beschäftigt vernachlässigten die Führer der Reformatoren die Verfassungsfrage gänzlich; die alte Verfassung war zerfallen, was an ihre Stelle treten sollte, kümmerte die Reformatoren leider zu wenig; Luther erklärte, dass keiner von ihnen gewissen Beruf in sich fühle, das bischöfliche Amt zu übernehmen (Walch, Luthers Werke X, 1906); man liess den Dingen einfach ihren Lauf.

Unter dem Druck der Verhältnisse nahm dann die Entwicklung der evangelischen Kirchenverfassung in Deutschland einen beklagenswerthen Gang. Erschreckt von dem schnellen Umsichgreifen der reformatorischen Bewegung verbanden sich die Mächte, welche als Repräsentanten der alten Zeit sich darstellen, Kaiserthum und Papstthum, zu gemeinsamem Kampfe gegen die Neuerungen. Gegenüber der gewaltigen Machtentfaltung, deren Endziel die Vernichtung der Reformation war, fand jedoch die neue Lehre Schutz und Rettung durch die Territorialfürsten. Es begann jene Zeit der innigsten Wechselwirkung zwischen der Kirche, der Reformation und dem Territorialfürstenthum. Die evange-

lische Kirche wird niemals des Schutzes vergessen dürfen, den ihr gegenüber dem anstürmenden Kaiser- und Papstthum das Territorialfürstenthum leistete. Die Verfassung der Kirche aber gerieth im Drange dieser historischen Verhältnisse in verhängnissvolle Bahnen. Indem man zurückgriff auf die Schutzpflicht der Regenten gegenüber der Kirche, legte man das oberste Regiment in die Hände der Fürsten als der obersten Bischöfe der Kirche. Diese Gestaltung, welche sich im Drange der Verhältnisse vollzogen hatte, versuchte man nachher in verschiedener Weise durch theoretische Constructionen zu rechtfertigen; als die „*praecipua membra ecclesiae*“ sollten die Fürsten zum obersten Regiment der Kirche berufen sein, auch die »*custodia* der ersten Tafel« sollte ihnen kraft göttlichen Auftrages obliegen. Das Kirchenregiment der Landesherrn gewann immer festere Gestalt; Consistorien, ursprünglich als richterliche Behörden, insbesondere für Ehesachen gedacht, traten den Landesherrn in Ausübung der kirchenregimentlichen Functionen zur Seite. (Mejer, Kirchenrecht §. 67 ff. Richter-Dove, Kirchenrecht §. 61 und 152 ff.)

Schon frühzeitig traten die Schattenseiten dieses Verfassungszustandes oft bedenklich hervor; bittere Klagen der Reformatoren sind uns erhalten, aus denen hervorgeht, wie bald und wie schwer man jene Verquickung zwischen Staat und evangelischer Kirche empfand. Luther und Melancthon sprechen sich hierüber in der schärfsten Weise aus und die Sehnsucht nach der alten bischöflichen Ordnung der Kirche bricht oft in lebhaften Worten hervor. Wir erkennen daraus, dass die Landesherrn und insbesondere die landesherrlichen Beamten ihre Befugnisse hinsichtlich der Kirche häufig in beklagenswerther Weise missbrauchten, so dass Luther einmal schmerzerfüllt ausruft: »— Dagegen so wollen jetzt die Obrigkeiten, die Fürsten, Könige und Adel auf dem Lande, auch die Richter auf den Dörfern das mündliche Schwert führen und die Pfarrherrn lehren, was und wie sie predigen und den Kirchen vorstehen sollen. Denn man macht aus dem Faustamt ein mündlich Amt und wollen die weltlichen Herren das geistliche Regiment führen

und den Predigtstuhl und die Kirchen regieren, dass ich predigen soll, was der Fürst gerne höret, wie denn unter dem Papstthume geschehen ist, da die Bischöfe zu weltlichen Fürsten geworden sind. Und wenn jetzt die weltlichen Herren zu Päpsten und Bischöfen werden, dass man ihnen predige und sage, was sie gerne hören, so predige zur Zeit der leidige Teufel; der wird auch predigen.« (Walch a. a. O. VII, 1744.)

Der westfälische Friede sanctionirte das Kirchenregiment der Landesherrn und das XVII. Jahrhundert erscheint als die Blütezeit des Consistorialregimentes, das die Landeskirchen immermehr in bureaukratische Formen einzwängte. Das Zerrbild dieser Verfassungsentwicklung ist der sog. Territorialismus, der in der Kirche lediglich eine Polizeianstalt erblickte, die nur Zwecken des Staates zu dienen habe.

So sehr wir nun die Ausbildung des landesherrlichen Kirchenregimentes als eine verhängnissvolle Entartung der evangelischen Kirchenverfassung beklagen, so muss doch zugegeben werden, dass im Zeitalter der Reformation jene Entwicklung staatsrechtlich ohne alle Bedenken war; der Staat jener Zeit trug eine durchaus confessionelle Färbung; die Einheit von Religion und Staatswesen wurde festgehalten, ein Princip, das in dem unglückseligen Ausdrucke: *cujus regio ejus religio* seinen schroffsten Ausdruck fand.

In den protestantischen Staaten waren in Folge dessen die Landesfürsten in der That die »*praeceptua membra*« ihrer protestantischen Landeskirchen; wenn man hierauf das landesherrliche Kirchenregiment begründete, so war dagegen vom staatsrechtlichen Gesichtspunkte nichts einzuwenden. Ob dies vom kirchlichen Standpunkte aus in gleichem Maasse der Fall sei, kam hiebei nicht in Betracht. Daran muss festgehalten werden, einerseits dass der confessionelle Character des Staatswesens die Grundbedingung des landesherrlichen Kirchenregimentes war — nur auf dieser Grundlage lässt sich das letztere überhaupt vernunftgemäss begründen —; ander-

seits, dass die Kirchenverfassung nach evangelischen Grundsätzen kein Dogma, sondern eine *res externa* war und ist (*Augustana* a. XXVIII. *Hase* libr. symb. 38 f.) und dass sie sich demgemäss unbedenklich den Zeitbedürfnissen anpassen könne.

Die confessionelle Gebundenheit des Staatswesens blieb im Principe bis in den Anfang dieses Jahrhunderts für die deutschen Einzelstaaten erhalten. Zwar wurde durch den westfälischen Frieden theoretisch die Parität der beiden (genauer der drei) grossen Confessionen zum deutschen Staatsgrundgesetz erhoben. (Instr. Pac. Osnabr. A. V. §. 1. Vgl. aber auch A. VII. §. 2.) In der Praxis aber gestaltete sich die Parität doch wesentlich anders. Im Reiche waren Katholiken und Protestanten gleichberechtigt, im Reichstag gab es ein *corpus Catholicorum* und ein *corpus Evangelicorum*, das Reich war demnach in der That paritätisch; die Einzelstaaten aber blieben durchaus ihrem confessionellen Character treu; so blieben Oesterreich und Bayern, sowie die zahlreichen geistlichen Fürstenthümer streng katholische, die übrigen Staaten, besonders das mächtig erstarkende und von einem ausgezeichneten Fürstengeschlechte regierte Preussen, streng protestantische Staaten. Allmählich zwar wurden in den einzelnen Staaten auch Andersgläubige zugelassen, sie waren aber wesentlich nur geduldet und der confessionelle Character der Staaten wurde durch diese Ausnahmen im Principe nicht alterirt. Im Gegentheile — je mehr sich das Schwergewicht der staatlichen Entwicklung aus dem Reiche in die Einzelstaaten verlegte, um so mehr trat der confessionelle Staatscharacter in den Vordergrund, denn nur das Reich war paritätisch, die Einzelstaaten dagegen confessionell.

So blieben die Verhältnisse in der Hauptsache bis zum Anfange des XIX. Jahrhunderts.

Von diesem Zeitpunkte an tritt als staatsbildender Factor ein neues staatsrechtliches Princip auf in der Geschichte der Staaten, ein Princip von der weittragendsten Bedeutung, auf welchem unsere heutigen deutschen Staatsverfassungen beruhen: das Princip der

Parität der Confessionen innerhalb des Staates und bald auch das Princip der Unabhängigkeit aller bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte vom religiösen Bekenntnisse. Die Einführung dieses Principes in das deutsche Staatsrecht war vorbereitet worden durch die literarischen Productionen und Kämpfe des XVIII. Jahrhunderts und insbesondere durch die französische Revolution, welche nicht allein dem katholischen, sondern überhaupt dem christlichen Character des französischen Staatswesens ein radicales Ende bereitet hatte. Als dann nach den teuflischen Orgien der Revolution Frankreich wieder ein geordnetes Staatswesen wurde, lenkte es alsbald auch wieder in die christlichen Bahnen ein; der katholische Character des Staates aber, wie er durch die Aufhebung des Edictes von Nantes so schroff präcisirt worden war und wie er rechtlich bis zum Ausbruche der Revolution bestanden hatte, wurde nicht wieder hergestellt: Napoleon I. weigerte sich Pius VII. gegenüber nachdrücklichst, die katholische Religion als die »Religion des französischen Staates« anzuerkennen.

Waren schon diese Bewegungen für Deutschland in kirchenpolitischer Beziehung von wesentlicher Bedeutung, so kam hiezu im Anfange dieses Jahrhunderts noch ein Umstand, der die Fortdauer des confessionellen Characters der Einzelstaaten zur Unmöglichkeit machte: die Säkularisation der Kirchengüter. In Folge der napoleonischen Kriege und Eroberungen und der damit in Causalnexus stehenden Säkularisation der Kirchengüter wurde der Territorialbestand der deutschen Staaten von Grund aus verändert: protestantische Staaten, vor allem Preussen, aber auch Baden, Württemberg, Hessen u. a. erhielten grosse Gebiete mit ausschliessend oder doch vorwiegend katholischer Bevölkerung; die katholische Bevölkerung des bisherigen preussischen Staates (in Schlesien und dem polnischen Theile von Preussen), bisher eine kleine Minderheit, wuchs nunmehr zu einem Drittel der Gesamtbevölkerung und ebenso erhielt andererseits Bayern weite Strecken protestantischen Gebietes (besonders die Fürstenthümer Ansbach und Bayreuth, sowie die freie Reichsstadt Nürnberg u. a. m.).

Dem gegenüber war der confessionelle Character der Staaten unhaltbar geworden.

Die deutsche Bundesakte sanctionirte in Art. XVI. das Princip: dass das religiöse Bekenntniss in keinem deutschen Bundesstaate Einfluss haben dürfe auf die bürgerlichen und politischen Rechte. Die Einzelstaaten nahmen dies Princip in ihre Staatsverfassungen auf (Bayern: Verf. v. 1818 tit. IV. §. 9 u. Beil. II. (Religionsedict) §. 24) und waren mehr oder weniger energisch bestrebt, dasselbe praktisch in seinen Consequenzen durchzuführen. Es ist hier nicht näher auf diese Entwicklung einzugehen: im Wesentlichen kann den deutschen Staaten das Zeugniss nicht versagt werden, dass sie redlich bestrebt waren, das durch die Bundesakte sanctionirte Princip in seinen einzelnen Consequenzen gesetzlich zu fixiren; am Ende dieser Entwicklung stehen wir heute allerdings noch nicht. Auch das neue deutsche Reich hat die bürgerliche und staatsbürgerliche Gleichberechtigung aller Reichsangehörigen, gleichgiltig zu welchem religiösen Bekenntnisse sie gehören, durch Reichsgesetz vom 3. Juli 1869 grundgesetzlich fixirt.

Die römische Kirche ist der dogmatische Gegensatz zu dem eben festgestellten Principe; sie kennt ausserhalb der »Kirche« kein Heil, auch für den Staat nicht; wie es für die einzelne Creatur zum Seelenheile nothwendig ist, dem römischen Papste unterworfen zu sein (Bulle *Unam Sanctam* von Bonifacius VIII, Schlusssatz), so ist auch nur derjenige Staat dem göttlichen Willen, wie ihn die römische Kirche lehrt, gemäss verfasst, dessen Principien auf denen der »Kirche« beruhen; die »Kirche« aber verdammt die Gewissensfreiheit als Freiheit des Irrthums und die Cultusfreiheit ist ihr eine scheussliche Pest (Syllabus S. 42., 77—79., Allocution Pius IX. v. 22. Juni 1868 über die österreichischen Staatsgrundgesetze. — Bulle *Zelo Domus Dei* v. Innocenz X. — Encyclika Gregor XVI: *Quanta cura*). Leider entsprechen diesen Grundsätzen nur mehr einige verkommene süd- und mittelameri-

kanische Republiken; in Europa gibt es keine »katholischen Staaten« mehr ¹⁾. Den Verhältnissen Rechnung tragend erkennt die römische Kirche diesen factischen Zustand an, wahrt aber immer ihr Princip, um dasselbe zur Geltung bringen zu können, sobald sich hiefür Aussicht auf Erfolg zeigt; theoretisch wird die Toleranz verdammt, praktisch aber wird »dissimulirt«, bis bessere Zeiten kommen. Die römische Kirche richtet sich nach den Verhältnissen: wo es opportun erscheint, um das Princip zu kämpfen, da wird gekämpft, wie dormalen in Preussen, wo es opportun erscheint zu »dissimuliren«, da wird »dissimulirt«, wie in Oesterreich.

Die protestantische Kirche dagegen ist aus dem Principe der Gewissensfreiheit emporgewachsen und auf diesem Principe gross geworden; von einem unversöhnlichen Kampfe dagegen kann demnach keine Rede sein. Wohl aber ergaben sich aus der staatsrechtlichen Durchführung der Gewissensfreiheit Forderungen für die Verfassung der evangelischen Kirche in Deutschland, deren Erfüllung nicht umgangen werden konnte. Wir wenden uns nach der historischen Einleitung zur Betrachtung der staatsrechtlichen Seite unserer Frage.

§. 2. Die Principien des heutigen Staatsrechtes und ihr Einfluss auf das Verfassungsrecht der evangelischen Kirche.

Das Princip, dass bürgerliche und staatsbürgerliche Rechte unabhängig sind vom religiösen Bekenntniss, die Basis des heutigen Staatsrechtes und das oberste Kirchenregiment der Landesherrn in der evangelischen Kirche, die bisherige Basis des evangelischen Kirchenverfassungsrechtes, müs-

1) Spanien macht eben wieder einen rühmenswerthen Anlauf, »katholischer Staat« im Sinne des Concordates von 1857 zu werden; letzteres garantirt die römisch-katholische Religion »*excluso quocunque alio cultu*«.

sen principiell als unvereinbare Gegensätze erscheinen.

Derselbe Landesherr, der als oberster Vertreter der Staatsgewalt gleichsam die Verkörperung des von jeder religiösen Bedingtheit gelösten Staates ist, kann principiell nicht oberster Inhaber des Kirchenregimentes einer in seinem Territorium bestehenden Kirchengesellschaft, oberster »Bischof« einer Kirche sein. Während das staatliche Princip jede Bevorzugung einer einzelnen Kirchengesellschaft ausschliesst und in dieser Hinsicht keinen Unterschied der Confessionen als statthaft erscheinen lässt, liegt es in der Natur des landesherrlichen Summepiscopates, dass er eine Bevorzugung einer einzelnen Kirchengesellschaft in sich schliesst. So lange es nun protestantische Staaten gab, war diese Bevorzugung staatsrechtlich ganz ohne Bedenken; mit der Beseitigung des protestantischen Characters des Staatswesens ist die Unterlage für das landesherrliche Kirchenregiment dahingefallen.

Dies führt ganz richtig aus *Wasserschleben* (bei *Holtzendorff*, Zeit- und Streitfragen Jahrg. I. Heft 16 bes. S. 27).

Je mehr man die Consequenzen dieser Principien des heutigen Staatsrechtes zog, desto mehr musste bezüglich des Verhältnisses von Staat und Kirche eine vollständige Umwälzung eintreten; diese Umwälzung ist nicht das Werk einzelner Menschen — auch nicht des Reichskanzlers —, sondern ist die zwingende Folge aus den für den Staat als fundamental sanctionirten Grundprincipien. Sie trat besonders in zwei Bewegungen an die Oberfläche: einmal gerichtet auf Sicherstellung des Staates gegenüber den excessiven Machtansprüchen der römisch-katholischen Kirche, zweitens gerichtet auf Ausbildung einer selbständigen Verfassung der evangelischen Kirche.

Bis vor kurzer Zeit war das Verhältniss von Staat und Kirche den heutigen Staatsprincipien in vielen Punkten völlig widersprechend in, der Hauptsache eine »Tradition« des mittelalterlichen christlichen Staates. An Stelle des christlichen Staates ist heute der in seinen rechtlichen Beziehungen von religiöser Bedingtheit gelöste moderne

Staat getreten, der das religiöse Bekenntniss seiner Angehörigen völlig frei gibt. Von einem »christlichen Staate« kann heute nur mehr in dem Sinne die Rede sein, als unser heutiges Culturleben wesentlich auf der Basis christlicher Grund-Principien ruht. Die Consequenz muss mit zwingender Nothwendigkeit dazu führen, dass auch die noch bestehenden »Traditionen« des christlichen Staates dahinfallen. Nach dem System der sog. *jura majestatica circa sacra* stand der Staat mit der katholischen und protestantischen Kirche in einer speciellen Verbindung, die sich darin äusserte, dass die Kirche einerseits mit einer langen Reihe von Privilegien ausgestattet war, dass der Staat dafür andererseits tief in die kirchlichen Verhältnisse selbst eingriff. Nach dem System des heutigen Staates muss principiell sowohl die eine als die andere Seite dieses Verhältnisses dahinfallen.

Ein Blick auf die staatsrechtliche Praxis beweist, dass wir uns mit diesen Sätzen keineswegs auf dem Gebiete unfruchtbarer theoretischer Speculation befinden. Die Traditionen des christlichen Staates gehen reissend schnell zu Grunde — so jammert ein Romantiker des christlichen Staates. Aber es ist naive Täuschung, dies dem »Culturkampf« zuzuschreiben. Der »Culturkampf« selbst ist nur eine Consequenz der heutigen Staatsauffassung. Diese drängte in unabweisbarer Folgerichtigkeit zur vollkommenen Säcularisirung der bürgerlichen Sphäre, zur Beseitigung der kirchlichen Vorrechte. Man säcularisirte das Begräbnisswesen, man zwingt niemand mehr, seine Kinder zur Taufe zu bringen, man ordnete das Eherecht und die Standesbuchführung bürgerlich, man schliesst die Kirche immer mehr von der staatlichen Schule aus u. a. dgl. m. — niemand vermag diesen Entwicklungsgang aufzuhalten. Sanctionirte der Staat einmal die Gewissensfreiheit, so musste er auch mit der Durchführung der Consequenzen des Principes Ernst machen, die bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte im Einzelnen von religiöser Bedingtheit lösen.

Man mag diesen Entwicklungsgang beklagen und bejammern, sich in trübseligen Befürchtungen quälen, ändern aber kann die Sachlage niemand. Der Staat hat sich und

sein Gebiet principiell für religionslos erklärt. An diesem Stand der Dinge lässt sich nichts abhandeln; jeder ruhig Denkende würde auch eine Rückkehr zu den Principien und der Praxis des christlichen Staates heute nur als einen ungeheuren Rückschritt betrachten müssen. Alle Erörterungen über das Verhältniss von Staat und Kirche auf Grund einer Verbindung von Staat und Kirche stehen somit auf einer principiell unrichtigen Basis.

Die Consequenz des oben erörterten staatsrechtlichen Principes ist durchaus zwingend und wird sich im Einzelnen unaufhaltsam vollziehen; das Wort der Augustana wird zur klaren nackten Wahrheit: *politica administratio versatur circa alias res quam evangelium*.

Es gilt dem gegenüber nicht muthlos zu verzagen, nicht sich ängstlich an das morsche Brett eines unhaltbar gewordenen Staatskirchentums anzuklammern und klagend zu jammern: wenn das Brett nur mich noch hält — *après moi le déluge*. Das ist eine feige Preisgebung der Interessen unserer evangelischen Kirche; der ist ein kläglicher Miethling, der so denkt. Es gilt, klaren und festen Blickes die Sachlage ins Auge zu fassen und zu der veränderten Ausgestaltung des Staates diejenige feste Stellung zu nehmen, welche unserer evangelischen Kirche zum Heile dienen kann. Dazu zwingt uns die dermalige Entwicklung des Staatswesens und daran mitzuarbeiten ist eine heilige Pflicht jedes evangelischen Christen, vor allem aber unserer Kirchenbehörden, denen in erster Linie die Sorge für die Kirche obliegt.

Die katholische Kirche freilich ist gegenüber der heutigen Staatsentwicklung insofern in einer weit günstigeren Lage, als sie eine feste Organisation und ein festgegliedertes Kirchenregiment bereits hat, nach staatlicher Art ausgebildet und principiell dem Staate gegenüber selbständig.

Andererseits aber befindet sich gerade die römische Kirche gegenüber der heutigen Staatsentwicklung in einer ausnahmsweisen Lage. Der Staat, der sich aufbaute auf dem Principe der Gewissensfreiheit, muss dieses sein Grundprincip naturgemäss mit besonders schützenden Schranken umgeben. Die Unterordnung aller Vereine ferner im Staat, auch der kirchlichen, muss, wenn der Staat auf seinen Einfluss in innerkirchlichen Dingen, den er bisher ausübte, verzichten soll, mehr denn je klaren gesetzlichen Ausdruck finden. Die römische Kirche aber bekämpft aus dogmatischen Gründen das heutige Staatsgrundprincip, die Gewissensfreiheit, auf Leben und Tod mit allen den colossalen ihr zu Gebote stehenden Machtmitteln; sie erkennt ferner für sich eine Unterordnung unter den Staat nicht an, sondern höchstens eine Nebenordnung¹⁾. Daraus ergibt sich mit unabweisbarer Consequenz: dass der Staat durch seine Gesetzgebung der römischen Kirche gegenüber besondere Vorsichtsmassregeln treffen muss, die gegenüber anderen Religionsgesellschaften gar nicht erforderlich sind, ja unter Umständen diesen gegenüber geradezu als Akt gehässiger Intoleranz erscheinen müssten. Gerade die protestantische Kirche, gegen deren Gewissensfreiheit die römische Propaganda in erster Linie gerichtet ist — unsere Theologen beschäftigen sich leider viel zu wenig mit dem System der römischen Propaganda! — hat ein besonderes Recht, jene speciellen Vorsichtsmassregeln der Staatsgesetzgebung gegenüber der römischen Kirche zu fordern.

Die evangelische Kirche andererseits vermochte es, wie oben ausgeführt, Dank der Unterschätzung der Verfassungsfrage durch die Reformatoren, nicht zu einer selbständigen festgeordneten Verfassung zu bringen. Sie hat vielmehr bis auf den heutigen Tag ihre Verfassung nur mit und durch den Staat und zwar auf der Basis des landesherrlichen Kirchenregimentes. Dieses aber hat zur nothwendigen Voraussetzung den christlichen Staat; gibt der Staat diesen Charac-

1) Ich verweise zur näheren Begründung dieser Sätze auf meine Schrift: Ueber einige Grundfragen des Kirchenrechts und der Kirchenpolitik. Bern 1876.

ter auf, so musste die nothwendige Folge hievon sein: 1) der Landesherr kann nicht mehr *summus episcopus* der evangelischen Kirche sein (s. oben); 2) die staatliche Verfassung der evangelischen Kirche musste dahinfallen und falls nicht für einen kirchlichen Ersatz Sorge getragen war, fehlte ihr jegliche Verfassungsordnung. Vollzieht sich also die Lösung des bisher zwischen Staat und Kirche bestehenden Bandes, so muss die evangelische Kirche sich erst eine selbständige Form der Verfassung schaffen; der Staat aber, der sich daran erinnert, dass die evangelische Kirche dem Staatswesen nicht wenige und nicht geringe Dienste geleistet hat, der Staat wird es auch seinerseits als seine moralische Pflicht betrachten, der evangelischen Kirche an seinem Theile Unterstützung bei der Neuordnung ihrer Verhältnisse zu leisten und wird es auch als in seinem Interesse gelegen erachten müssen, dass die evangelische Kirche zu einer Verfassung gelange, in deren Schutz sie ruhigen Muthes ihren Aufgaben lebend dem Gange einer neuen Zeit und einer neuen staatsrechtlichen Entwicklung zu folgen vermag.

Diese Erkenntniss wird sich mehr und mehr Bahn brechen. Ein theilweises Durchdringen derselben liegt ja bereits in dem allenthalben in Deutschland — mit Ausnahme von Bayern und Mecklenburg — in Angriff genommenen Ausbau der synodalen Organisation der evangelischen Kirche. Man gibt wenigstens soviel zu, dass im Landesherrn und seinen Consistorien allein nicht mehr der Schwerpunkt der evangelischen Kirchenverfassung gefunden werden, sondern dass nur die Gemeinde künftighin diesen Schwerpunkt bilden könne. Selbst ein gegenüber dem Synodalwesen so ängstlicher Kirchenrechtslehrer wie v. Scheurl sieht sich zu dem Bekenntniss genöthigt: »es wird sich überhaupt immer mehr und mehr herausstellen, dass dem Verfall unserer Landeskirchen nur dadurch gewehrt werden kann, dass inden Gemeinden ein lebendigeres Pflichtgefühl erwacht und erstarkt« ¹⁾.

1) In seiner Schrift: »die verfassungsmässige Stellung der evan-

Mehr oder weniger energisch, mit mehr oder weniger Verständniss wurde der Ausbau der Synodalverfassungen in den einzelnen Landeskirchen gefördert. Dermalen besteht in Deutschland eine grosse Anzahl von Synodalverfassungen neben einander ¹⁾; als besonders hervorragend und bewährt ist die rheinisch-westfälische, als besonders unbrauchbar die in Bayern r. d. Rh. dermalen noch in Kraft stehende hervorzuheben. Jedenfalls darf behauptet werden: es steht in Doctrin und Praxis fest, dass die synodale Organisation allenthalben als die durch die staatliche Entwicklung heutiger Zeit bedingte Verfassung der evangelischen Kirche anerkannt wird. Der hiegegen von Seite extremer Zeloten erhobene Widerspruch verdient lediglich keine Beachtung.

Am längsten widerstrebte man dem Synodalprincip in den altpreussischen Landen. Mehrere Versuche, dasselbe hier lebensfähig zu machen, misslangen. Vor allem widerstrebte Friedrich Wilhelm IV. einem synodalen Ausbau der evangelischen Kirche, er liess niemals von dem Ideale seines Lebens, dass die Verfassung der Kirche auf Grund territorial begrenzter Provinzialkirchen mit bischöflicher Spitze zu erneuern sei. Nicht wenig wurde der synodale Gedanke auch durch Stahl und den von ihm vertretenen katholisirenden Begriff des geistlichen Amtes gehemmt; die Lehre Stahls war lange Zeit, von staatlicher Gunst getragen, in Preussen die herrschende und hat auch jetzt noch nicht allen Einfluss verloren, obwohl ihr wissenschaftlich längst jeder Boden entzogen wurde.

gelisch-lutherischen Kirche in Bayern zur Staatsgewalt«. Erlangen 1872 S. 63. Diese Schrift wird im Folgenden immer citirt werden: »v. Scheurl I.«

1) Gesammelt bis 1865 bei D o v e: Sammlungen der wichtigsten neuen Kirchenordnungen. Tübingen 1865. Eine Weiterführung dieser Sammlung ist dringend wünschenswerth.

§. 3. Uebersicht der synodalen Organisation der evangelischen Landeskirchen Deutschlands.

Es ist von hohem Interesse, über den Umfang und die Art der in den evangelischen Landeskirchen Deutschlands bestehenden synodalen Organisationen einen Ueberblick zu gewinnen; wir benutzen zu diesem Zwecke besonders die von Dove, dem um Theorie und Praxis des Synodalwesens so hochverdienten Kirchenrechtslehrer, gelieferten Vorarbeiten, besonders ein auf der Eisenacher Conferenz i. J. 1872 erstattetes Referat (vgl. dasselbe Zeitschr. f. K.-R. XIII, 1 ff., dazu auch die gute Uebersicht bei Dove-Richter, K.-R. §. 170 Note 7 und 8).

Die Synodalverfassung ist dermalen noch allenthalben in Deutschland mit der Consistorialverfassung verbunden. Ueber die principielle Seite dieser Verbindung wurden oben bereits in Kürze die nöthigen Bemerkungen gemacht.

In Baden tritt die Generalsynode alle 5 Jahre zusammen; sie besteht: 1) aus dem Prälaten der Landeskirche; 2) 7 vom Grossherzog ernannten Synodalen geistlichen oder weltlichen Standes, darunter einem Vertreter der theologischen Facultät in Heidelberg; 3) 22 geistlichen Standes, gewählt von den stimmberechtigten Geistlichen aus der gesamten Geistlichkeit; 4) 24 weltlichen Mitgliedern, gewählt durch Wahlmänner, die von den Aeltesten deputirt werden, aus allen zum Aeltestenamte qualificirten Kirchengliedern. Während der Zwischenzeit von einer Sitzung der Generalsynode zur andern vertritt ein Synodalausschuss von 4 Mitgliedern die Kirche, dieselben sind ex officio ausserordentliche Mitglieder des Oberkirchenrathes.

In Württemberg ist die Landessynode ausdrücklich als die »Vertretung der Genossen der evangelischen Landeskirche gegenüber dem Kirchenregiment« bezeichnet; sie besteht aus je 25 geistlichen und weltlichen Abgeordneten, die durch die Diöcesansynoden gewählt werden, 1 Mitglieder der theologischen Facultät zu Tübingen, je 3 vom König ernannten geistlichen und weltlichen Mitgliedern; die Landessynode wirkt mit an der Kirchengesetzgebung »auf Grundlage des unantastbaren Bekenntnisses.

In der bayrischen Rheinpfalz — die Verhältnisse im diesseitigen Bayern werden uns weiter unten eingehend beschäftigen — sind die Decane von Amtswegen Mitglieder der Synode, ausserdem wählen die Diöcesansynoden je ein geistliches und weltliches Mitglied, erstere aus sämtlichen Pfarrern der Pfalz, letztere aus den zum Aeltestenamt qualificirten Gemeindegliedern. —

In Oldenburg wählen die Kreissynoden je 12 geistliche und weltliche Abgeordnete zur Generalsynode, dazu kommen 5 vom Landesherrn ernannte Mitglieder.

Die evangelisch-lutherische Landeskirche in Braunschweig hat eine aus 12 geistlichen und 16 weltlichen, in bestimmten Wahlkreisen durch Geistliche und Laien-Wahlmänner zu wählenden Abgeordneten bestehende Landessynode; zu den gewählten Synodalen kommen noch 4 vom Landesherrn ernannte Mitglieder; ein von der Synode bestellter Synodalausschuss führt die Geschäfte in der Zeit des Nichtbeisammenseins der Synode.

Die Landessynode des Königreichs Sachsen besteht aus 24 geistlichen und 30 weltlichen Abgeordneten für die Erblande, dazu 3 geistlichen und 4 weltlichen für die Oberlausitz, je einem Professor der Theologie und des Kirchenrechts, welche von der Universität Leipzig deputirt werden, endlich 8 für die Erblande und 2 für die Oberlausitz von den in Evangelicis beauftragten Staatsministern ernannten Mitgliedern, zur Hälfte geistlichen, zur Hälfte weltlichen Standes.

Die Landessynode ¹⁾ für Waldeck und Pyrmont (seit 1873) besteht aus 14 je zur Hälfte geistlichen und weltlichen Abgeordneten, welche von den Kreissynoden aus allen Geistlichen der Landeskirche, bez. allen zum Kirchenvorsteher qualificirten Laien gewählt werden; dazu kommen zwei vom Fürsten auf Vorschlag des Consistoriums ernannte Mitglieder geistlichen oder weltlichen Standes. Der Grund der »Bekenntnisse«, namentlich der Augsburger Confession ist betont, die Waldeck'sche Kirche als »ein Bestandtheil

1) Die im Folgenden besprochenen Synodalverhältnisse sind zeitlich nach dem Dove'schen Referat zu Eisenach geordnet.

der evangelischen Gesamtkirche Deutschlands« bezeichnet. Ein Synodalausschuss vertritt die nicht versammelte Synode. — Von eigenthümlichem Interesse ist die H a m b u r g e r Synodalordnung, welche den neueren schweizerischen Synodalordnungen im Zwingli'sehen Reformationsgebiet — in Folge dessen mit weitgehender Antheilnahme der Staatsobrigkeit am Kirchenregiment — sehr ähnlich ist. Die Hamburgische Kirche setzt sich zusammen aus 3 Kirchenkreisen, deren jede einen Convent hat. Die Landessynode besteht aus dem gesammten Convente der hamburgischen Stadtgemeinden, nämlich 2 Mitgliedern des Senats, der obersten Staatsbehörde, den 5 Hauptpastoren und 5 gewählten Abgeordneten, von welchen 4 Laien sein müssen; dazu 6 Abgeordneten des Convents für das Marsch- und Geesteland, nämlich 2 Pastoren und 4 Laien; endlich 3 Abgeordneten des Ritzebüttler Convents, 1 Pastor und 2 Laien. Aufsichts- und Verwaltungsbehörde (Consistorium und Synodalausschuss vereinigt) ist der Kirchenrath, dessen Mitglieder zu zwei Dritteln von der Synode gewählt werden (2 Pastoren und 4 Laien); die hamburgische Landeskirche ist als evangelisch-lutherisch und zwar als »Glied der gesammten evangelisch-lutherischen Kirche« bezeichnet. — Die Synode für S a c h s e n - W e i m a r besteht aus 4 vom Landesherrn ernannten, zur Hälfte geistlichen, zur Hälfte weltlichen Mitgliedern, 1 Abgeordneten der theologischen Facultät zu Jena, 15 geistlichen und 15 weltlichen von den Kirchgemeindevorständen zu wählenden Vertretern. Der Bekenntnissstand ist ausdrücklich gewahrt und das Bekenntniss von der kirchlichen Gesetzgebung eximirt; ein Synodalausschuss vertritt die Kirche während des Nichtbeisammenseins der Synode. O e s t e r r e i c h hat Generalsynoden für die beiden evangelischen Bekenntnisse, bestehend aus den Superintendenten und den Superintendentialcuratoren, dem Senior und je einem von der Superintendentialversammlung gewählten weltlichen Abgeordneten jedes Seniorats und aus einem Abgeordneten der evangelisch-theologischen Facultät zu Wien. Das Bekenntniss ist nicht Gegenstand der kirchlichen Gesetzgebung. — Die evangelische Landes-Kirche des Grossherzogthums H e s s e n »als ein Glied der gesammten evan-

gelischen Kirche« umfasst die evangelischen Gemeinden aller evangelischen Bekenntnisse, »unbeschadet des Bekenntnisses der einzelnen Gemeinden«. Die Landessynode besteht aus einem geistlichen und einem weltlichen von jeder Decanatssynode zu wählenden Abgeordneten, dem evangelischen Prälaten, 7 landesherrlich ernannten Mitgliedern, 3 Geistlichen und 4 Laien. Das Bekenntniss bildet keinen Gegenstand der kirchlichen Gesetzgebung. Ein Synodalausschuss vertritt die Synode während der Zeit ihres Nichtbeisammenseins.

Was Preussen betrifft, so sind die verschiedenen Landestheile zu unterscheiden. A. Rheinland und Westfalen erfreuten sich schon seit 1835 einer trefflichen Synodalordnung für ihre provincialen Kirchenverbände. Dermalen bilden die genannten beiden mit den B. sechs östlichen alten Provinzen einen gemeinsamen Generalsynodalverband. Auf den Entwicklungsgang dieses hochwichtigen Verfassungswerkes wird alsbald noch ein besonderer Blick zu werfen sein. Die Generalsynode der acht alten Provinzen Preussens wird zusammengesetzt 1) aus 150 Mitgliedern, welche von den Provincialsynoden der Provinzen Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen, Westfalen und der Rheinprovinz gewählt werden; 2) aus sechs Mitgliedern, welche die evangelisch-theologischen Facultäten an den Universitäten Königsberg, Berlin, Greifswald, Breslau, Halle und Bonn aus ihrer Mitte — je eines — wählen; 3) aus den General-Superintendenten der im General-Synodalverbande stehenden Provinzen; 4) aus 30 vom Könige zu ernennenden Mitgliedern. Die Berufung der Synodalmitglieder erfolgt für eine Synodalperiode von 6 Jahren.

Die 150 zu wählenden Mitglieder werden auf die acht Provincialsynoden dergestalt vertheilt, dass die Synode der Provinz Preussen 24, der Provinz Brandenburg 27, der Provinz Pommern 18, der Provinz Posen 9, der Provinz Schlesien 21, der Provinz Sachsen 24, der Provinz Westfalen 12, der Rheinprovinz 15 Mitglieder wählt. Die Wahl erfolgt in der Weise, dass 1) ein Drittheil aus den innerhalb der Provinz in geistlichen Aemtern der Landeskirche angestellten Geistlichen, 2) ein Drittheil aus solchen

Angehörigen der Provinz gewählt wird, welche in Kreis- oder Provincialsynoden oder in den Gemeindegörperschaften derselben als weltliche Mitglieder entweder zur Zeit der Kirche dienen oder früher gedient haben, 3) die Wahlen für das letzte Dritttheil sind an diese Beschränkungen nicht gebunden, sondern können auch auf andere angesehene, kirchlich erfahrene und verdiente Männer gerichtet werden, welche der evangelischen Landeskirche angehören. Alle Gewählten müssen das dreissigste Lebensjahr zurückgelegt haben.

C. Die Consistorialbezirke Wiesbaden und Schleswig-Holstein haben nunmehr ebenfalls synodale Organisationen erhalten. (Ges. v. 6. April 1878. Ges.-Samml. Nr. 19). D. Im Consistorialbezirk Cassel scheiterte die Einführung der völlig ausgearbeiteten Synodalordnung am Widerspruche des Landtags, indem, wie Dove sich treffend und drastisch äussert, »eine durch die Coalition eines unverständigen und die kirchlichen Interessen verkennenden Conservativismus und einzelner liberaler Doctrinäre mit den der evangelischen Kirche feindlichen ultramontanen und radicalen Elementen wunderbar genug zusammengesetzte Majorität des Abgeordnetenhauses den betreffenden Gesetzentwürfen gegenüber sich in unfruchtbarer Negation zusammenfand«. — E. Die evangelisch-lutherische Landeskirche in Hannover hat eine Landessynode, gebildet durch den Präsidenten des Landesconsistoriums, den Abt von Loccum, einen von der theologischen Facultät gewählten theologischen und einen vom König ernannten juristischen Professor der Universität Göttingen, 12 vom König ernannte Mitglieder, darunter 6 Geistliche, je 29 geistliche und weltliche Abgeordnete, zu deren Wahl die Bezirkssynoden auf 29 Wahlkreise vertheilt werden und die geistlichen und nichtgeistlichen Mitglieder dieser Synoden zusammenwirken. Der ständige Synodalausschuss besteht aus je 3 geistlichen und weltlichen Mitgliedern. —

§. 4. Der Aufbau der neuen preussischen Kirchenverfassung.

Von ganz besonderer Wichtigkeit ist der vor kurzer Zeit zum Abschluss gelangte Verfassungsbau für die evan-

gelische Kirche der acht alten Provinzen Preussens. Es bedarf wohl keiner besonderen Rechtfertigung, wenn wir speciell auf den Entwicklungsprocess dieses hochwichtigen Verfassungswerkes einen kurzen Blick werfen, ehe wir uns zu den Reformvorschlägen hinsichtlich der evangelischen Kirche Bayerns wenden. Denn wenn wir auch sehr weit entfernt davon sind, dem deutschen Reich und seinem Kaiser einen specifisch protestantischen Character ¹⁾ beizulegen, so verkennen wir doch keinen Moment, dass in Sachen der evangelischen Kirche die Entwicklung in Preussen allerdings einen sehr wesentlichen Einfluss auf die übrigen deutschen Staaten ausüben wird und dass es wesentlich von Preussen abhängen wird, ob die Sehnsucht von Tausenden evangelischer Christen nach einem festen Bande, das die deutsch-evangelische Kirche zu einer rechtlichen Einheit verbinden soll, ihre Befriedigung finden wird. Zudem drängt sich uns bei Betrachtung des Entwicklungsganges des evangelischen Verfassungsbaues in Preussen noch eine andere Bemerkung auf: der Zustand der preussischen Landeskirche bot ganz eigenthümliche Schwierigkeiten, welche überwunden werden mussten, um den Verfassungsbau wirklich zu Stande zu bringen. Bekanntlich ist die evangelische Landeskirche Preussens unirt. Seit einer Reihe von Jahren ist jedoch die confessionelle Richtung dermassen erstarkt, dass directe Angriffe auf den Bestand der Union wiederholt unternommen werden konnten. Das Kirchenregiment dagegen hielt mit Entschiedenheit an der Union fest. Schon hieraus ergaben sich grosse Schwierigkeiten für das Zustandekommen des Verfassungswerkes, welches vom Kirchenregiment ausging. Dazu kam noch eine andere Schwierigkeit: die selbständige Ausbildung einiger Provinzialkirchen, besonders der rheinischen und westfälischen. Freudig hatten die Provinzialsynoden dieser beiden Provinzen ihre Mitarbeit beim Aufbau der synodal verfassten Landeskirche zugesagt. So freudig aber diese Mitwirkung im Principe zugesagt worden

1) Durch derartige »protestantische« Redensarten zeichnet sich besonders ein Aufsatz von Krummacher in Synodalfragen von v. d. Goltz und Wach Heft II, S. 19 ff. aus.

war, so wenig konnte man umhin, durch mehrfache, zum Theil sehr weitgehende Restrictionen das eigenthümlich ausgebildete kirchliche Leben jener beiden Provinzen mit einem besonderen Schutze gegen Unificationstendenzen zu umgeben. Unter der segensreichen Wirksamkeit der rheinisch-westfälischen Kirchenordnung von 1835 hatte sich in jenen beiden Provinzen ein reiches kirchliches Leben auf dem Grund der Gemeinde und unter lebendigster Theilnahme des Laienelementes entfaltet. Die evangelische Kirche von Rheinland und Westfalen gelangte durch den Segen jener Synodalordnung zu einer inneren Geschlossenheit und lebendigen Kraft des Christenthums, wie sie in Deutschland ausserdem kaum ihres gleichen hat. Der Eintritt in den Generalsynodalverband der preussischen Landeskirche musste naturgemäss den kleinen, in sich geschlossenen Kreis des kirchlichen Lebens in jenen beiden Provinzen erweitern; mit Freude einerseits mit Besorgniss andererseits sah und sieht man dort jener Erweiterung entgegen; die Furcht, der blühende Stand des kirchlichen Lebens im kleinen Provincialverbande möchte durch den Verband mit der Landeskirche eine Beeinträchtigung erfahren, trat wiederholt sehr entschieden hervor. So fasste eine freie Conferenz zu Elberfeld die Resolution: dass die Provincialsynode gegen jede Veränderung ihres Rechtsbestandes Verwahrung einlegen und fordern solle, dass die Landessynode nur durch freie Vereinbarung mit den Provincialsynoden zu Stande kommen könne. Dagegen protestirten allerdings andere Mitglieder der rheinisch-westfälischen Kirche unter Hinweis auf die durch jene Forderung bedingte schwere Gefährdung des Verfassungswerkes. Die Provincialsynoden beschlossen dann, die Generalsynode unter der bestimmten Voraussetzung zu beschicken, dass durch sie ihre Provinzialkirchenordnungen nicht alterirt werden, dass insbesondere Normen über Bekenntniss, Cultus, Verfassung und Lehrordnung, sowie die Einführung von neuen Katechismuserklärungen, Religionslehrbüchern, Gesangbüchern und agendarischen Normen nur mit Zustimmung der Provincialsynoden erfolgen können¹⁾.

1) Vgl. hierüber Synodalfragen Heft II. S. 18 ff.: die Stel-

Die provincialkirchliche Autonomie wurde daraufhin in der Generalsynodalordnung genau geregelt. Es wurde unter den allgemeinen Aufgaben der Generalsynode aufgeführt: »der provinciellen kirchlichen Selbständigkeit ihre Grenzen zu ziehen und sie in denselben zu schützen.« (§. 5). Diese Grenzen wurden dahin gezogen:

1) Agendarische Normen, welche nur in einzelnen Provincialkirchen eingeführt werden sollen, sind von der Zulassung durch die Provincialsynode abhängig; (§. 7 Ziff. 3 Abs. 2).

2) Katechismuserklärungen, Religionslehrbücher und Gesangbücher werden vom Kirchenregiment angeordnet, und zwar »für den allgemeinen landeskirchlichen Gebrauch nach ertheilter Billigung der Generalsynode, für den provinciellen Gebrauch nach ertheilter Billigung der Provincialsynode«; (§. 7 Z. 3 Abs. 5).

3) Gesetzesvorschläge in Bezug auf die Liturgie sollen, ehe sie der Generalsynode vorgelegt werden, »in der Regel« zuerst den Provincialsynoden mitgetheilt und diese darüber »angehört« werden; auch andere Gesetzentwürfe kann das Kirchenregiment in dieser Weise den Provincialsynoden zuerst vorlegen. (§. 9).

4) Speciell für Rheinland und Westfalen:

»Veränderungen der revidirten Kirchenordnung für Westfalen und die Rheinprovinz können, wie bisher, von den Provincialsynoden dieser Provinzen beschlossen und durch Bestätigung der Kirchenregierung in Kraft gesetzt werden.

Werden Bestimmungen der genannten Kirchenordnung durch ein von der Kirchenregierung beabsichtigtes landeskirchliches Gesetz betroffen, so müssen die Synoden der beiden Provinzen, bevor der Gesetzesvorschlag an die Generalsynode gelangt, gutachtlich gehört werden.

Gehen solche Gesetzesvorschläge von der Generalsynode

lung der rheinischen und westfälischen Provincialkirche zur Organisation der preuss. Landeskirche von Kraft, ferner in demselben Hefte S. 93 ff., Heft III. S. 80 ff. über die Verhandlungen der rheinischen und westfälischen Provincialsynode, die Beschickung der Generalsynode betr.

aus, so sind die Gutachten der genannten Provincialsynoden vor der Einholung der königlichen Sanction zu veranlassen.

Aeussern sich beide Synoden übereinstimmend gegen die Veränderung ihrer Kirchenordnung, so bleiben diese Provinzen von dem Geltungsbereiche der betreffenden landesherrlichen Vorschrift ausgenommen.« (§. 10).

Als Correlat gegenüber der Sanction dieser provincialkirchlichen Autonomie ist sodann zum Schutze der »Einheit der Landeskirche« gegen auflösende Bestrebungen der Provincialkirchen bestimmt:

»Der Generalsynode werden die von den Provincialsynoden gefassten Beschlüsse vorgelegt. Findet die Generalsynode, dass ein Beschluss der Provincialsynode mit der Einheit der evangelischen Landeskirche in Bekenntniss und Union, in Cultus und Verfassung nicht vereinbar ist, so ist demselben die kirchenregimentliche Bestätigung zu versagen. Ist solche bereits ertheilt, so hat die Kirchenregierung ihn ausser Kraft zu setzen.« (§. 18).

Durch die Energie und liebevolle Hingabe, mit welcher ¹⁾ der Cultusminister Falk sowie der (inzwischen ausgeschiedene) Präsident des Oberkirchenrathes Hermann sich dem Aufbau der Kirchenverfassung widmeten, gelang es, schliesslich alle Schwierigkeiten zu überwinden und das Werk zu einem segensreichen Abschlusse zu bringen.

Der äussere Gang des Verfassungswerkes war folgender gewesen: Kraft seines landesherrlichen Kirchenregimentes hatte der König unterm 10. September 1873 eine Kirchengemeinde- und Synodal-Ordnung für die sechs östlichen Provinzen der Monarchie als »kirchliche Ordnung« sanctionirt. Zugleich erging eine Verordnung über die Berufung einer ausserordentlichen constituirenden Generalsynode für die acht altländischen Provinzen. Im Anfang des Jahres 1875 traten die auf Grund der Synodalordnung von 1873 aus den Kreissynoden hervorgegangenen Provincialsynoden zusammen und wählten die Mitglieder der Generalsynode. Vom 24.

1) Ueber die bezüglichlichen Verhandlungen der Generalsynode s. v. d. Goltz, Bericht über die Generalsynode S. 43 ff.

November bis 18. December 1875 tagte sodann die constituirende Generalsynode zu Berlin und brachte ihrerseits das Verfassungswerk zu einem glücklichen Abschlusse. Nach- auch noch für diejenigen Theile der neuen Kirchenverfassung bei welchen eine Mitwirkung der Staatsgesetzgebung erforderlich war, nicht ohne erhebliche Schwierigkeiten die Zustimmung der gesetzgebenden Factoren erreicht worden war, wurde durch Allerhöchsten Erlass vom 20. Januar 1876 die Generalsynodalordnung für die evangelische Landeskirche der 8 älteren Provinzen als definitive Verfassung der preussischen Landeskirche publicirt; in den §§. 42—49 änderte die Generalsynodalordnung eine Reihe von Bestimmungen der Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. Sept. 1873 ab. Dazu erging endlich ein staatliches Ausführungsgesetz vom 3. Juni 1876 zur Regelung der Competenzen der Synodalorgane, soweit hiebei staatliche Gesichtspunkte in Betracht kamen und zur Ausscheidung der Competenzen zwischen staatlichen und kirchlichen Regierungsbehörden.

Cap. II.

Die Reform der evangelischen Kirchenverfassung in Bayern.

§. 5. Einleitung.

Die Reform der evangelischen Kirchenverfassung in Bayern ist dringendes Bedürfniss. Dieses Bedürfniss ist nicht etwa neu, nicht etwa der Ausdruck leichtfertiger Neuerungssucht unbedachter Eiferer, sondern fast so alt als die dermalige Verfassung der evangelischen Kirche in Bayern selbst. Wir gestehen gerne zu, dass die Verfassung, welche die evangelische Kirche Bayerns i. J. 1818 durch eine Beilage zum Staatsgrundgesetze erhielt, nach verschiedenen Richtungen hin einen segensreichen Fortschritt repräsentierte: einmal schon dadurch, dass darin zum ersten Male die evangelische Kirche in Bayern einen festen und sichern Grund der Existenz erhielt, sodann aber auch darin, dass

eine Vertretung der Gesamtgemeinde durch periodisch wiederkehrende Generalsynoden angeordnet war. In diesem letzteren Punkte lag ein für die vorwiegend protestantischen Staaten Deutschlands immerhin beschämender Fortschritt, den das katholische Bayern hinsichtlich der Weiterbildung der evangelischen Kirchenverfassung machte.

Trotzdem aber steht fest, dass das sog. Protestantenedict von 1818. sowohl an sich als auch insbesondere im Hinblick auf die inzwischen allenthalben in Deutschland vor sich gegangene Weiterentwicklung ein höchst mangelhafter Rumpf einer evangelischen Kirchenverfassung ist. Das betreffende Verfassungsgesetz zeichnet sich in seinen wichtigsten Bestimmungen durch eine absolut nicht aufzuhellende Unklarheit aus; die Competenz zwischen der obersten Kirchenbehörde, dem Oberconsistorium und der obersten Staatsbehörde, dem Cultusministerium, ist nach jenem Gesetz unmöglich präcis abzugränzen, was zu einer völligen Willkür in der Handhabung des kirchlichen Regimentes führen musste. Die Generalsynode ferner hat nach den Bestimmungen des fraglichen Gesetzes lediglich gar keine wirkliche Bedeutung. Wiederholt zwar versuchte man durch Flickarbeit an dem Verfassungsbau von 1818. zu bessern, eine Reihe königlicher Verordnungen beziehen sich auf die evangelische Kirchenverfassung und enthalten im Einzelnen sehr aner kennenswerthe Fortschritte. Auf die Dauer aber vermag diese Flickarbeit unmöglich dem immer dringender werdenden Bedürfniss zu genügen. Wie soll die Ausbesserung einzelner schadhafter Stellen genügen, wo die ganze Basis des Gebäudes wankt und täglich mehr in Trümmer geht?

Allenthalben in Deutschland hat man mit Ernst und Eifer die grosse Arbeit an die Hand genommen, der evangelischen Kirche eine Organisation zu geben, die ihr einen selbstständigen kirchlichen Ersatz biete für die bisherige staatliche Basis, welche in Consequenz der unsere heutige Staatsentwicklung beherrschenden Grundprincipien unhaltbar geworden ist. Je klarer die Consequenzen dieser Staatsentwicklung im Einzelnen hervortreten auf den Gebieten des Eherechtes, Schulrechtes u. s. f., als desto unab-

weislichere Pflicht muss es erscheinen, die evangelische Kirche zu lösen aus den Banden einer Organisation, die sie lediglich zum Annexum des Staates gemacht und ihr jede Selbstständigkeit der Bewegung geraubt hatte.

Leider aber muss gesagt werden, dass in den kirchlichen Kreisen Bayerns vorwiegend ein weitgehender Indifferentismus in Beziehung auf die Verfassungsfrage herrscht. »Gerade jetzt thut unserer Kirche ganz anderes noth, als bloss eine correcte Fortgestaltung ihrer äusseren Verfassung« — diese Worte eines hervorragenden bayerischen Theologen dürften so ziemlich die Durchschnittsmeinung der evangelischen Geistlichkeit Bayerns repräsentiren. Mit unbegreiflicher Seelenruhe steckt man den Kopf in den Sand und will nicht sehen, welche Gefahren unter den heutigen Verhältnissen die nicht »correct« verfasste Kirche bedrohen; wie die äussere Basis, auf welcher die evangelische Kirche bisher stand, unter den wuchtigen Schlägen der fortschreitenden Staatsentwicklung täglich mehr in Trümmer fällt, so dass es die allerhöchste Zeit ist, Umschau zu halten nach einem *δός μοι τοῦ στῆναι*; wie äussere und innere Momente des kirchlichen Lebens bei der Verfassungsfrage in innigster, untrennbarster Wechselwirkung stehen.

Doch es fehlt andererseits auch nicht an Männern, die einsichtsvoll genug sind, jener vis inertiae in Wort und Schrift entgegen zu treten und welche betonen, dass schlechterdings etwas geschehen müsse; es sei mir verstattet, hier insbesondere an die beiden Schriften Scheurl's, des um die evangelische Kirche Bayerns so hochverdienten Mannes, über die Reform der Verfassung zu erinnern¹⁾.

Es ist von Wichtigkeit, klarzustellen, in welchem Stadium die Verfassungsfrage sich dermalen befindet und was von den einzelnen in dieser Beziehung geschehenen Schritten zu erwarten ist.

Schon i. J. 1849. hatte die Generalsynode rundweg und

1) Die verfassungsmässige Stellung der evang.-luth. Kirche in Bayern zur Staatsgewalt 1872. (im Folgenden citirt als v. Scheurl I.) und: der Beschluss der Baireuther Generalsynode von 1873. über den Luthardt'schen Antrag in Betreff der Kirchenverfassung 1874. (citirt als v. Scheurl II.).

entschieden erklärt: »Das landesherrliche Kirchenregiment könne in der bisherigen Weise unmöglich fortbestehen.« Seitdem sind bald dreissig Jahre dahingegangen und das landesherrliche Kirchenregiment besteht immer noch »in der bisherigen Weise« fort. Weder der Impuls der umgestaltenden Bewegungen von 1848., welcher auch die Generalsynode von 1849. wie ein lebendiger frischer Hauch durchzog, noch das emsige Schaffen unserer Tage auf dem Gebiete des evangelischen Kirchenverfassungsrechtes vermochten die bei den bayerischen Kirchenbehörden in dieser Beziehung herrschende Erstarrung zu brechen. Und doch huldigte der Verfassungsausschuss der Generalsynode von 1849. keineswegs »liberalisirenden Tendenzen«, aber er bestand aus Männern, deren Blick, obwohl sie der strengsten kirchlichen Richtung angehörten, doch offen genug war, zu erkennen, dass Angesichts der sich unaufhaltsam vollziehenden Umwandlungen des Staatssystemes für die Existenz der evangelischen Kirche etwas geschehen müsse. Trotz der ernsten Mahnungen dieser Männer blieb es bis zur Stunde beim Alten, obwohl die Verhältnisse sich von Tag zu Tag ernster und kritischer gestalteten.

Erst i. J. 1873. wurde die Verfassungsfrage wieder aufgegriffen und zwar diesmal direct aus dem Schoosse der Gemeinden heraus auf Anregung der Gemeinde Augsburg. Die Generalsynode ging auf Antrag des Referenten, Prof. v. Hofmann, über diese Petition einstimmig zur Tagesordnung über. Das für die Generalsynode erstattete Referat beschäftigt sich nicht mit dem sachlichen Inhalte der Petition, sondern erspart sich die sachliche Prüfung durch den Nachweis angeblicher Unklarheiten, welche eine Berücksichtigung der Petition unmöglich machten. Wir werden auf die einzelnen die Verfassung betreffenden Punkte dieser Petition zurückzukommen haben; hier aber mag bereits bemerkt werden, dass wir es für principiell verfehlt halten müssen, die Reform der Kirchenverfassung und die »Aufrechterhaltung und Ausbildung des protestantischen Characters unserer Landeskirche« in der Weise zu verbinden, wie dies in der fraglichen Petition geschieht. Die Aufgabe, um welche es sich dermalen allein handeln kann, ist die Reform

der Kirchenverfassung; erst wenn diese gelöst ist, wird es Sache des die Kirche repräsentirenden Organes, der General-synode, sein, die innerkirchlichen Verhältnisse zu prüfen und zu entscheiden, ob auch hier Reformen erforderlich sind. Eine Vermischung dieser beiden sachlich ganz verschiedenen Dinge ist aber nicht allein principiell zu missbilligen, da die Behandlung der zweiten die Lösung der ersten zur nothwendigen Voraussetzung hat, sondern auch ein schwerer politischer Fehler. Dass die Verfassungsfrage eine Lösung finden muss, erkennt auch die rechte Seite der kirchlichen Parteien in hervorragenden Vertretern an; man wird sich bei ruhiger Erwägung dazu entschliessen müssen, gemeinsam an dieser Verfassungsreform zu arbeiten und das Gute willig zu acceptiren, auch wenn es von der Gegenpartei kommt. Wir halten darum eine Lösung der Verfassungsfrage bei ernstem ehrlichem Bestreben der zu dieser Arbeit berufenen Factoren für möglich, ohne dass von vorne herein eine unüberwindliche Verbitterung die Arbeit vergifte. Dazu aber ist vor allem erforderlich, dass man die inneren Fragen, wie Ordinationseid, Synodalgelübde, Bekenntniss von der Debatte über die Verfassungsfrage ausschliesse, ebenso wie dies bei dem neuen preussischen Verfassungsbau auch mit segensreichem Erfolge geschah. Freilich werden auch die inneren Fragen früher oder später zu einer Neuregelung verstellt werden müssen. Ist aber erst einmal der Neubau der Kirche festgezimmert, so ist zu hoffen, dass auch jene Fragen eine Lösung finden werden, ohne dass der Bau wieder in Trümmer geht; die Verfassungsfrage aber und jene inneren Fragen zugleich erledigen zu wollen, heisst die Lösung der ersteren Frage einfach zur Unmöglichkeit machen. Das mögen sich die kirchlichen Liberalen in Bayern ernstlich gesagt sein lassen. Denn es ist ein schwerer Fehler, Verbitterung zu säen, wo möglicher und hoffentlicher Weise in gemeinsamer friedlicher Arbeit ein befriedigendes, der Kirche zum Segen gereichendes Resultat erzielt werden kann.

Das Referat von Hofmann verhielt sich zu den Forderungen der Augsburger Petition durchaus ablehnend Gegen eine grundsätzliche Reform der Verfassung, welche nicht ohne Mitwirkung der Kammern möglich ist, machte

der Referent hauptsächlich geltend: »ob es ziemlich sei, eine Umgestaltung und zwar grundsätzliche Umgestaltung unserer innerkirchlichen Verhältnisse in das Ermessen eines Landtages zu stellen, dessen Mitglieder zu zwei Dritttheilen unserer Kirche nicht angehören, dürfte wohl unbedenklich zu verneinen sein.« Es muss hiegegen zunächst bemerkt werden, dass die Bezeichnung der Verfassungsreform als »innerkirchlicher Verhältnisse« jedenfalls irreführend ist; nach unzweifelhafter protestantischer Doctrin und Praxis — abgesehen von Calvin und der anglikanischen Kirche — ist die Verfassung der Kirche eine *res externa*.

Der von Hofmann gegen eine Reform der Kirchenverfassung erhobene Einwand, die Zusammensetzung der Kammern betreffend, wird laut officieller Erklärung des die Generalsynode von 1877. dirigirenden Oberconsistorialrathes von Burger auch von der höchsten Kirchenbehörde getheilt. Der genannte Dirigent erklärte auf eine Interpellation des Abg. Luthardt: »das Oberconsistorium müsse sich entschieden verwahren, zu Schritten gedrängt zu werden, welche es nicht verantworten könnte; dazu aber würde gehören, die jetzige Kammer der Abgeordneten zum Richter zu machen.« Der Abg. Luthardt wies diese Auffassung mit der durchschlagenden Bemerkung zurück: dass man dann niemals zum Ziele kommen werde, da niemals eine den Wünschen der Generalsynode ganz entsprechende Kammer zu erwarten stehe; es sei vielmehr der Gesichtspunkt als entscheidend festzuhalten, dass endlich einmal etwas geschehen müsse.

In der That kann jenem Einwand eine Bedeutung nach Lage der Dinge nicht zuerkannt werden: er ist vielmehr lediglich das bequeme Ruhepolster, auf welchem die oberste Kirchenbehörde ihre *vis inertiae* bettet, die sie jeder Verfassungsreform gegenüber einnimmt. Einmal muss die Verfassungsfrage dem Votum der gesetzgebenden Factoren unterbreitet werden, wenn eine wirkliche Reform erreicht werden will und diese muss erreicht werden, wenn anders nicht in Kürze an die Stelle der einer haltbaren Basis ermangelnden Landeskirche ein vollständiger Zerfall treten soll. Die Verantwortung für diesen Zerfall müsste selbstverständlich das Oberconsistorium treffen, das keinerlei nennenswerthen

Versuch machte, die gänzlich unhaltbar gewordene dermalige Basis der Kirchenverfassung durch eine andere zu ersetzen. Wir sind aber der Meinung, dass diese Verantwortung eine weit schwerere sein würde, da sich die verderblichen Folgen fortgesetzter Unthätigkeit mit einer fast mathematisch sicheren Bestimmtheit berechnen lassen, als die Verantwortung, der dermaligen Kammer sachgemässe Reformvorschläge zu machen, bezüglich deren durchaus gar kein bestimmter Anhaltspunkt gegeben ist, dass die Kammer sie nicht sachgemäss erledigen werde. Und wenn letzteres bedauerlicher Weise der Fall wäre, so hätte die oberste Kirchenbehörde zum mindesten das gute Bewusstsein, ihrerseits ihre Pflicht treu erfüllt zu haben. Das Beharren aber auf dem vom Dirigenten der Generalsynode 1877. präcisirten Standpunkte ist das Beharren auf dem Standpunkte einer für die evangelische Kirche verderbenschwangeren Pflichtverletzung.

Die Generalsynode ihrerseits hat weder im Jahre 1873. noch im Jahre 1877. den von dem Vertreter der Erlanger theologischen Facultät und dem Vertreter des Oberconsistoriums eingenommenen Standpunkt getheilt. Sie trat vielmehr in beiden Sessionen diesem Standpunkt durch die gefassten Beschlüsse entgegen und erachtete es für »ziemlich«, eine grundsätzliche Umgestaltung der Kirchenverfassung unter Mitwirkung des Landtages zu verlangen. Im Jahre 1873. fasste die Generalsynode auf Antrag des Abg. Luthardt nämlich folgenden Beschluss ¹⁾:

1) Diese Formulirung des Beschlusses rührt wesentlich vom Ausschussreferenten, v. Scheurl, her; der ursprüngliche Antrag hatte gelautet:

Es sei an das kgl. Oberkonsistorium die Bitte zu richten, auf geeignetem Wege dahin zu wirken, dass dem nächsten Landtage der Entwurf zu einem Verfassungsgesetze folgenden wesentlichen Inhalts vorgelegt werde:

»Diejenigen Bestimmungen des Edicts vom 26. Mai 1818. über die inneren Angelegenheiten der protestantischen Kirche in dem Königreiche (II. Anhang zur II. Verf.-Beilage) und des Gesetzes vom 4. Juni 1848., die protestantischen Generalsynoden und den Konsistorialbezirk Speyer betr., welche die Verfassung oder die sonstigen inneren Angelegenheiten der protestantischen Landeskirche betreffen, gelten fortan

I. Die Generalsynode wolle an das k. Oberconsistorium die Bitte richten, durch geeignete Vorstellung beim k. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten, sowie auch durch Antragstellung in der Kammer der Reichsräthe dahin zu wirken, dass dem nächsten Landtag der Entwurf zu einem Verfassungsgesetz etwa folgenden Inhalts vorgelegt werde:

»Diejenigen Bestimmungen des Edikts vom 26. Mai 1818. über die inneren kirchlichen Angelegenheiten der protestantischen Gesamtgemeinde in dem Königreich (Anhang II. zur II. Verf.-Beil.), welche die Verfassung oder die inneren Angelegenheiten der protestantischen Landeskirche betreffen, gelten fortan nicht als Staatsgesetz, sondern als Kirchengesetz; so dass sie von dem Landesherrn als dem Träger des Summepiskopats, in Uebereinstimmung mit dem Oberconsistorium und mit Zustimmung der Generalsynode authentisch interpretirt und geändert werden können. Der Summepiskopat des Landesherrn und das verfassungsmässige Verhältniss der Kirche zum Staat bleiben hievon unberührt.«

II. Die Generalsynode wolle das k. Oberconsistorium bitten, dahin zu wirken, dass nach Publikation des unter Ziffer I. erbetenen Verfassungsgesetzes eine ausserordentliche Generalsynode berufen, und derselben der Entwurf einer neuen Redaktion des vorerwähnten Edikts (Kirchenverfassung) zur Berathung und kompetenzmässigen Zustimmung vorgelegt werde.

III. Die Generalsynode wolle sofort 5. geistliche und 5. weltliche Abgeordnete bezeichnen, welche vom k. Oberconsistorium zu dem Zwecke einzuberufen sind, um vor dem Zusammentritt der ausserordentlichen Generalsynode den in

nicht als Staatsgesetz, sondern als Kirchengesetz. In dieser Eigenschaft können sie künftig unter Königlicher Sanktion auf Antrag der das oberste Episkopat ausübenden selbstständigen protestantischen Kirchenbehörde und mit Zustimmung der bezüglichen Generalsynode authentisch interpretirt und abgeändert werden, ohne Anwendung der im Tit. VII. §. 2. beziehungsweise Tit. X. §. 7. der Verfassungsurkunde vorgeschriebenen Formen. Der Summepiskopat des Landesherrn und das verfassungsmässige Verhältniss der Kirche zum Staat bleiben von diesem Gesetze unberührt.«

Ziffer II. erwähnten Verfassungsentwurf zu begutachten oder im Benehmen mit dem k. Oberconsistorium auszuarbeiten.

Das Cultusministerium erholte vor der Formulirung des Allerhöchsten Bescheides auf die Beschlüsse der Generalsynode Specialgutachten des Oberconsistoriums und der beiden Consistorien ein. Diese Gutachten waren nach Mittheilung des Cultusministers Dr. v. Lutz in der Abgeordneten-kammer sämmtlich gegen den Antrag der Generalsynode gerichtet. »Das Consistorium zu Bayreuth, so bemerkte der Minister, schlägt nach Ueberwindung mancher Bedenken jedenfalls andere Wege vor, als die Generalsynode betreten hat und das Consistorium in Ansbach sowie das Oberconsistorium gaben ihre Gutachten entschieden gegen den Beschluss ab.« In Widerspruch mit dieser Erklärung des Cultusministers erklärte der Dirigent der Generalsynode von 1877., Oberconsistorialrath v. Burger, officiell auf der Synode: das Oberconsistorium habe gegen den Antrag der Generalsynode von 1873. eine principiell ablehnende Haltung nicht eingenommen.

Zur Aufklärung dieses eclatanten Widerspruches in den Erklärungen des Cultusministers und des Vertreters des Oberconsistoriums wäre es am zweckdienlichsten, wenn die betreffenden Gutachten der Consistorialbehörden officiell publicirt würden. Es kann für die segensreiche Erledigung der Verfassungsfrage, an welcher auch der bayerische Staat ein erhebliches Interesse haben muss, nicht von Nutzen sein und ist überdies ein absoluter Widerspruch gegen den evangelischen Kirchengedanken, wenn diese hochwichtigen Fragen der kirchlichen Entwicklung in bureaukratisches Geheimniss gehüllt werden. Die Gemeinden haben ein gutes Recht darauf, zu wissen, in welcher Weise die Kirchenbehörden die Verfassungsfrage auffassen und behandeln; wir möchten desshalb dringend eine officielle Publication jener Gutachten befürworten, die auch dem Cultusminister erwünscht sein muss, um den Widerspruch seiner Erklärung in der Abgeordneten-kammer und der Erklärung des Oberconsistorialdirigenten in der Generalsynode aufzuhellen.

Die Staatsregierung ihrerseits stellte sich nicht auf den

Standpunkt der Consistorien, sondern sie war mit der Generalsynode darin einverstanden, dass eine Reform in's Werk zu setzen sei, hielt jedoch den von der Generalsynode durch ihren Beschluss empfohlenen Modus der Reform nicht für den richtigen. Demgemäss erging der Allerhöchste Bescheid auf den betr. Beschluss der Generalsynode dahin, dass das Oberconsistorium zur Vorlage von Reformvorschlägen an die Staatsregierung aufgefordert wurde. Das Oberconsistorium erstattete unterm 14. Mai 1877. — laut Mittheilung des Dirigenten an die Generalsynode — den von der Staatsregierung geforderten Bericht über die Reform der Kirchenverfassung. Derselbe ist zur Zeit noch nicht verbeschieden; über seinen Inhalt hat der Oberconsistorialdirigent der Generalsynode eine Mittheilung zu machen nicht für gut befunden und die Generalsynode ihrerseits hat nicht für erforderlich erachtet, eine solche Mittheilung zu verlangen.

Wir kennen also die vom Oberconsistorium dem Cultusministerium proponirten Reformvorschläge nicht; gleichwohl dürfen wir unbedenklich alsbald erklären: wir missbilligen sie. Nach der officiellen Erklärung des Oberconsistorialdirigenten auf der Generalsynode von 1877. erachtet es diese Behörde für unverantwortlich, die Reformfrage der Abgeordnetenversammlung zu unterbreiten; ohne eine Aenderung der Verfassung der evangelischen Landeskirche Bayerns normirenden Staatsverfassungsgesetzes aber ist eine selbst den bescheidensten Ansprüchen genügende principielle Reform nach bayerischem Staatsrecht nicht möglich; die Vorschläge des Oberconsistoriums, die eine Mitwirkung der Kammern nicht in Aussicht nehmen, sind demgemäss von vorne herein, auch ohne dass man sie kennt, als selbst den bescheidensten Anforderungen nicht genügend zu bezeichnen und deshalb a limine abzuweisen. Wir stehen mit dieser Kritik gänzlich auf dem von streng kirchlichen Mitgliedern der Generalsynode eingenommenen und in den Beschlüssen von 1873. und 1877. fixirten Standpunkte. Die Reform ist ein absolutes Muss und zwar die möglichst schleunige Reform; sie ist nur möglich unter Mitwirkung des Landtages; kann das dermalige Oberconsistorium die Verantwortung hiefür nicht übernehmen, so hat es, zumal nach dem in dieser Frage

dem Oberconsistorium nun zweimal von der Generalsynode erteilten sachlichen Misstrauensvotum, den Platz anderen Kräften zu räumen, die fähig und bereit sind, die evangelische Kirche Bayerns aus dem dermaligen unhaltbaren Zustande hinüberzuführen in eine rechtliche Position, die den Anforderungen unserer heutigen Staatsentwicklung conform ist und die evangelische Kirche befähigt, in selbstständiger Lebensbethätigung ihren Heilsberuf zu erfüllen.

Die Staatsregierung hat der evangelischen Kirche hiezu durch wiederholte Erklärungen des berufensten Vertreters, des Cultusministers, die Hand geboten: wir constatiren mit lebhafter Genugthuung die vollständig correcte Haltung, welche die bayerische Staatsregierung dieser Frage gegenüber einnahm. Bei der letztvergangenen Budgetdebatte des Landtages erklärte der Cultusminister gegenüber einer Anfrage des Abg. Kraussold Folgendes:

»Ich glaube auch nicht, meine Herren, dass das Staatskirchenrecht, wie es für die protestantische Kirche dermalen besteht, für eine lange Zeit noch aufrecht erhalten werden könnte. Wer gegenüber der Bewegung in den protestantischen Kirchen der anderen deutschen Staaten die Augen nicht verschliesst, muss sich wohl sagen, dass bei uns über kurz oder lang die anderswo bereits ventilirten oder sogar entschiedenen Fragen auch auf die Tagesordnung werden gesetzt werden müssen. Aber, meine Herren, dem gegenüber muss ich doch bemerken, dass ich glaube, nicht zu irren, wenn ich sage, dass dem katholischen Cultusminister Bayerns die Rolle eines Reformators der protestantischen Kirchen in dem Sinne, dass er Gedanken, wie ich sie mir soeben auszusprechen erlaubte, aus eigener Initiative zum Vollzuge bringe, dass, sage ich, dem Cultusminister eine solche Rolle nicht zukomme. Erinnern Sie sich, meine Herren, nur an die Vorgänge bei Erlassung unserer Verfassung, erinnern Sie sich an die grosse Aufregung, welche die Vereinbarung des Concordates für die Protestanten zur Folge hatte und wie sehr man damals bemüht war, jeden weitergehenden Einfluss der k. Staatsregierung, des voraussichtlich katholischen Ministers des Innern, auf die Regelung der Verhältnisse der protestantischen Kirchen zu schmälern,

wenn nicht zu beseitigen. Jene Bewegung und was daraus hervorgeht, beruht meines Erachtens auf so gesunden Principien, dass ich nicht der Meinung bin, die Regierung sollte sie untergraben. Aber ich glaube, auch wenn jene Initiative in einem grösseren Stile vom Ministerium nicht ausgeht, wird es nicht ausbleiben und wird es möglich sein, dass sich andere berechnete Richtungen zur Geltung bringen. Meines Erachtens ist es noch niemals eingetreten, dass berechnete Richtungen auf die Dauer unterdrückt geblieben sind; ich kann nur wünschen, dass eine rege und ich muss sagen eine regere Theilnahme als bisher in der protestantischen Bevölkerung an den Verhältnissen der protestantischen Kirche eintrete, und wenn erst die Bevölkerung einmal das rechte Interesse, ich will nicht sagen, hat, aber documentirt haben wird, dann, meine Herren, wird, ich zweifle nicht, die Reform der protestantischen Kirchengesetzgebung auch in die richtige Bahn hineingelenkt werden. Anlass und Gelegenheit dazu, meine Herren, das bezweifle ich nicht; werden die Verhandlungen der nächsten Generalsynode schon bieten.«

Und bei anderer Gelegenheit:

»Ich habe das Verlangen der Generalsynode nach grösserer Unabhängigkeit der protestantischen Kirche in Bayern in Bezug auf ihre inneren Angelegenheiten als berechnete anerkannt.

Bei der Gedankenfolge, die mich zu dieser Anerkennung führt, ist die Beobachtung von grossem Einflusse, dass in dem von der Generalsynode ausgesprochenen Wunsche sich alle Protestanten zu vereinigen scheinen, welcher Richtung sie auch angehören mögen; in diesem Verlangen treffen die Herren Interpellanten mit der Generalsynode und den Synodalmitgliedern zusammen, welche den Anstoss zum Beschlusse derselben gegeben haben. Man wird sich keinen Illusionen hingeben, wenn man von der Meinung ausgeht, dass der in Rede stehende Synodalbeschluss zum Ausgangspunkt einer grossen Bewegung werden kann, welche die Anhänger des protestantischen Glaubensbekenntnisses, ebenso wie diejenigen, welche das Verhältniss des Staates zur Kirche zu ordnen und zu handhaben berufen sind, lange genug in

Athem erhalten wird und welche sich — ich glaube dies sicher — nicht früher legen wird, als bis im Grossen und Ganzen dem von der Generalsynode ausgesprochenen Verlangen Genüge geschehen ist.«

Es ist unter diesen Umständen nur zu hoffen und zu wünschen, dass die Staatsregierung in dieser correcten Haltung auch trotz der incorrecten Haltung der Consistorialbehörden beharren möge. Freilich ist es für die Staatsregierung schwierig, in dieser Frage vorzugehen, nachdem die natürlichen Berather in kirchlichen Dingen, die oberen Kirchenbehörden, die oben präcisirte ablehnende Haltung einnehmen. Um so entschiedener muss sich auf dem von der Generalsynode wiederholt festgehaltenen principiellen Standpunkte eine Theilnahme der Gemeinden äussern, um die Reformfrage nicht wieder in den Geheimnissen der Bureaus untergehen zu lassen; denn nicht die Consistorien sind die Kirche, sondern: Kirche ist Gemeinde.

Wir wenden uns nach diesen allgemeinen Bemerkungen zur Aufstellung einzelner Reformvorschläge ¹⁾.

I. Das landesherrliche Kirchenregiment.

Die Kirchenverfassung des Edictes von 1818. war begründet auf das Kirchenregiment des in Bayern der katholischen Confession angehörenden Landesherrn; in seinem Auftrag fungirten die von ihm bestellten Consistorien als Behörden des Kirchenregimentes. Zwar wurde durch das Edict auch eine Generalsynode angeordnet; dieselbe hatte jedoch von Anbeginn an keine wirkliche Bedeutung, da dieselbe einmal eine reine Geistlichkeitssynode war und zweitens keinerlei materielle Competenz hatte. Sie war in diesem Zustande ein unbrauchbares und überflüssiges Appendix einer rein consistorialen Organisation. Die Kirche wurde von den königlichen Consistorien in ganz bureaukratischer Form regiert.

In der Hauptsache besteht dieser Zustand bis zur Stunde

1) Selbstverständlich kann die nachfolgende Erörterung nichts anderes bezwecken, als die Grundlinien der anzustrebenden Reform festzustellen, innerhalb deren die Ordnung der Kirchenverfassung im Einzelnen dann zu erfolgen hätte.

noch fort. Zwar wurden die ursprünglichen Geistlichkeits-synoden im Laufe der Zeit in eine mehr der Sache entsprechende Vertretung der Kirche umgestaltet und die Organisation der kirchlichen Gemeinde wenigstens einigermaassen rechtlich gegliedert; seit der Allerh. Verordn. von 1853. haben die Gemeinden eines jeden Decanatsbezirkes neben dem geistlichen auch einen weltlichen Vertreter in der Generalsynode. Die ganze Synodalverfassung aber, wie sie sich so allmählich gestaltete, besteht aus Stückwerk ohne den erforderlichen organischen Zusammenhang und ohne die für die Synoden als Behörden des Kirchenregimentes nothwendigen Competenzen. Es gilt darum vor Allem, auf dem Grunde evangelischer Verfassungsprincipien und unter Berücksichtigung der anderwärts gesammelten Erfahrungen jenen organischen Zusammenhang herzustellen, der den Synoden erst das richtige Gewicht verleihen wird und die bureaukratische Kirchenregierung, welche jeglichen Zusammenhanges mit den Gemeinden ermangelt, auf das unentbehrliche Maass bureaukratischer Verwaltungsthätigkeit zurückzuführen.

Das landesherrliche Kirchenregiment in seiner dermaligen Gestaltung kann nicht mehr länger der Mittelpunkt der evangelischen Kirchenverfassung für Bayern sein. Construiren wir es auf der *custodia utriusque tabulae* oder auf der Lehre von den *praecipua membra ecclesiae* oder als »erweiterte Vogtei« — keine dieser Constructionen hilft uns über den Widerspruch, der in jener Institution zu unseren heutigen Staatsgrundprincipien liegt, hinweg. Auch die Modification, die in dem Gedanken der »erweiterten Vogtei« liegt ¹⁾, nicht. Das Princip, dass die bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte unabhängig seien von jeglichem religiösen Bekenntnisse einerseits und das oberste Kirchenregiment des Landesherrn über die evangelische Kirche andererseits sind unvereinbare Gegensätze. Und auch das ist nicht zulässig, dass das Staatsoberhaupt, welches als solches die Indifferenz des Staates gegen jede religiöse Mei-

1) So fasst das landesh. Kirchenregiment Dove in Richter's Kirchenrecht 7. Aufl. §. 152. v. Scheurl I. S. 90. ff.

nung zu repräsentiren hat, in besonderer Weise der Schirmvogt einer einzelnen Kirchengesellschaft sei. Wir übersehen dabei keineswegs, wie nothwendig zur Zeit, besonders in vorwiegend protestantischen Ländern, die Erhaltung des landesherrlichen Kirchenregimentes zur Bewahrung der landeskirchlichen Einheit ist; wir dürfen aber andererseits, um nicht auf falsche Bahnen zu gerathen, auch den Widerspruch des landesherrlichen Kirchenregimentes, so wie es ursprünglich verstanden wurde, zu unseren heutigen Staatsgrundprincipien nicht übersehen.

Das landesherrliche Kirchenregiment war principiell in Einklang mit dem ganzen Staatscharacter, so lange das Staatswesen selbst confessionell ausgeprägt war; dass das Oberhaupt eines protestantischen Staates auch das oberste Regiment über die protestantische Staatskirche führe, war staatsrechtlich ohne Bedenken; bedenklich wurde dies Verhältniss bereits im paritätischen Staate, der mehrfache confessionelle Beziehungen hatte; im confessionslosen Staate — und das sind die sämmtlichen Einzelstaaten des deutschen Reiches nach Reichsrecht ¹⁾ — ist jenes Verhältniss staatsrechtlich principiell unhaltbar.

In den um die Klärung des evangelischen Kirchenverfassungsrechtes so verdienstlichen Synodalfragen von v. d. Goltz und Wach findet sich eine selbständige Erörterung über das landesherrliche Kirchenregiment nicht; diese Institution scheint den Herausgebern eine Art *Noli me tangere* gewesen zu sein. Aus gelegentlichen Bemerkungen geht jedoch hervor, dass das landesherrliche Kirchenregiment von ihnen principiell festgehalten werden will, wenn auch nur als »Vertrauensverhältniss«. So bemerkt an einer Stelle v. d. Goltz (II, 42.): »soll es zum dauernden und befestigten Frieden zwischen Staat und Kirche kommen, so muss ein berufener *advocatus ecclesiae* neben dem Throne stehen, der den Landesbischof bittet, beim Staatsoberhaupt die Interessen der Kirche geltend zu machen.« Etwas klarer spricht sich Wach über die Frage aus. Er will das lan-

1) Ges. vom 3. Juli 1869. betr. die Gleichberechtigung der Confessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung.

desherrliche Kirchenregiment »als die Jahrhunderte alte und unentbehrliche Erbschaft« conservirt wissen (III, 55.); zwar soll dies Kirchenregiment nicht ein »Amt der Kirche«, wie das Aeltestenamt, aber der Landesherr als oberster Bischof soll »Organ« der Kirche sein (III, 56². vb. II, 75.). »Aller Auswüchse entkleidet wird es die erbliche, der Tradition gemässe kirchlich bevorrechtigte Ehren- und Machtstellung bleiben, welche in Vereinigung mit der zukünftigen Generalsynode die ganze Willensmacht der geeinten Kirche darstellt«. An anderer Stelle nennt Wach »das dem Landesherrn als vornehmstem obrigkeitlichem Kirchengliede durch die geschichtliche Entwicklung zugewiesene äussere Regiment der Kirche für sich allein ein unvollständiges, krankes und unhaltbares Ding« (III, 59.). Die Wach'sche Auffassung gründet sich demnach ganz auf die Stellung des Landesherrn als »*praecipuum membrum ecclesiae*«. Dagegen erklärte die rheinische Provincialsynode zu Protokoll, »dass sie diese bevorzugte Stellung in der evangelischen Kirche dem König nicht aus dem Begriff des *membrum praecipuum* oder aus territorialem und bischöflichem Rechte beilegen könne, wohl aber aus dem Gesichtspunkt geschichtlichen Zusammenhangs, der Einheit und Freiheit der Entwicklung der Landeskirche, aus dem sittlichen Motiv freier Aneignung der Macht und der Liebe des evangelischen Königs zur evangelischen Kirche« (II, 39.).

Wie aus den angegebenen Stellen erhellt, macht sich im Schoosse der preussischen Landeskirche eine sehr verschiedene Auffassung der Stellung des Landesherrn in der Kirche geltend. Man erkennt, dass der bisherige Zustand, wonach der Landesherr allein auf dem Wege bureaukratischer Verwaltung das Kirchenregiment führte, nicht mehr haltbar ist. In der Nothwendigkeit einer Reform ist man einig, dagegen in Bezug auf die Durchführung dieser Reform offenbaren sich sehr verschiedene Anschauungen. Erfüllt von der richtigen Ueberzeugung, dass eine plötzliche Beseitigung des Summepiscopates vom Uebel sein würde und durchdrungen von der altpreussischen hohen monarchischen Tradition betont man nur die Opportunitätsgründe, welche für momentane Beibehaltung des Summepiscopates sprechen

und übersieht dabei die principiellen Gründe des Kirchen- und Staatsrechtes, welche zu einer Beseitigung jener Institution drängen werden. Aus dieser unklaren Grundanschauung ergeben sich die unklaren, sich widersprechenden Folgerungen. Am weitesten geht die rheinische Provinzial-synode; sie setzt an Stelle des historischen einen ganz neuen, wenn ich so sagen darf, spirituellen Begriff des landesherrlichen Kirchenregimentes unter ausdrücklicher Verneinung der Theorie vom »praecipuum membrum« sowohl, als vom »territorialen oder bischöflichen Recht«. Damit ist der historische Begriff des Summepiscopates völlig über Bord geworfen; die Stellung, welche die rheinische Synode dem Landesherrn anweist, ist lediglich eine Ehren-, aber keine kirchenregimentliche Machtstellung.

Wir haben unsere Auffassung dieser Frage oben zum Ausdrucke gebracht; die eben erörterten Unklarheiten bei den Verfassern der Synodalfragen müssen uns in unserer principiellen Verneinung des Summepiscopates nur bestärken. Im Baue der synodal verfassten, selbständigen Kirche ist für eine kirchenregimentliche Machtstellung des Landesherrn kein Raum und die heutigen Staatsprincipien verbieten, dass der Monarch in einem besonderen Machtverhältnisse zu einer der Confessionen stehe, dass er »Organ« einer Confession sei.

Geradezu unvernünftig aber war zu allen Zeiten diejenige Ausbildung des landesherrlichen Kirchenregimentes, welche dieses oberste kirchliche Amt einem katholischen Landesherrn übertrug. Sehr richtig bemerkte Feuerbach in dieser Beziehung: »die Ausübung der obersten Episcopatrechte über die protestantische Kirche in der Person eines katholischen Landesherrn oder durch katholische Beamte ist mit dem Wesen dieser Episcopatrechte auf einer und der katholischen Religionseigenschaft auf der andern Seite absolut unvereinbar, so schlechterdings unvereinbar, dass sie nicht einmal denkbar bleibt.« Wiederholt haben Generalsynoden wie einzelne kirchliche Schriftsteller, so neuerdings besonders v. Scheurl mit ausführlicher, unwiderlegbarer Motivirung betont, dass der dermalige Zustand in Bayern unhaltbar sei und man sollte glauben, es werde ein Verzicht

auf jenes vollkommen irrationelle Verhältniss des katholischen Königs zur protestantischen Kirche unschwer zu erwirken sein, zumal nachdem die katholischen Regenten von Oesterreich und Sachsen de facto ebenfalls auf jene Rechte verzichtet haben.

Legt man jedoch aus historischen oder andern Gründen auf diese Institution besonderes Gewicht, so darf dieselbe doch jedenfalls nicht mehr die Basis der ganzen Kirchenverfassung sein. Man adoptire dann das sächsische Vorbild; der katholische Regent übe seine Rechte durch Stellvertreter aus. Niemals aber darf diese Stellvertretung in die Hände der Kirchenbehörden gelegt werden, sondern der König bestelle aus höchstpersönlichem Vertrauen specielle Vertrauensmänner evangelischer Confession zur Wahrnehmung seiner Rechte. Das sächsische Vorbild ist in dieser Hinsicht vollkommen zweckentsprechend und bewährt; wir möchten demgemäss für Bayern folgenden Vorschlag formuliren: der König deputirt drei höhere Staatsbeamte evangelischer Confession in Evangelicis; diesen königlichen Vertrauensmännern würde insbesondere eine Mitwirkung bei der kirchlichen Gesetzgebung zufallen, welche unten näher präcisirt werden soll. In regelmässigen Zwischenräumen haben diese in Evangelicis deputirten Männer dem Könige über die Verhältnisse der evangelischen Kirche zu referiren und überhaupt den Staatsbehörden als Rathgeber in Dingen der evangelischen Kirche zur Seite zu stehen.

So liesse sich historischen Reminiscenzen Rechnung tragen, dem Regenten wäre eine würdige Vertrauensstellung in Beziehung auf die evangelische Kirche gegeben und die evangelische Kirche hätte nicht mehr als Basis ihrer Verfassung das absolute Kirchenregiment eines andersgläubigen Landesherrn.

Wir resumiren: das landesherrliche Kirchenregiment als Basis der evangelischen Kirchenverfassung in Bayern ist als im concreten Falle ganz irrationell und überhaupt im Widerspruch stehend mit den dermaligen Staatsgrundprincipien zu beseitigen.

II. Die Gemeinde.

An Stelle der beseitigten hat die Gemeinde in organischer Gliederung als Basis der Kirchenverfassung einzutreten. Nicht bürokratisch von oben herab, sondern organisch von unten auf ist die Verfassung der Kirche auszubilden.

Kirche ist Gemeinde: dieser Satz ist ein feststehendes Grundprincip des Protestantismus. Die Stütze, die der evangelischen Kirche der Staat entzieht und nach Lage der Dinge entziehen muss, muss der Kirche die Gemeinde wiedergeben. Es ist heute gar nicht möglich, eine andere Grundlage der evangelischen Kirchenverfassung zu finden und ein Blick auf die Entwicklung der evangelischen Kirchenverfassung in den deutschen Staaten beweist mit aller Klarheit, dass allenthalben die Ueberzeugung lebendig zum Durchbruch kommt: dass die evangelische Kirche auf dem Grund der Gemeinde reconstruirt werden müsse und nur auf diesem Grund reconstruirt werden könne. Alle neueren Synodalordnungen gehen von diesem Grundsatz aus. Auch v. Scheurl kann sich demselben nicht entziehen, indem er sagt: »es wird sich überhaupt immer mehr und mehr herausstellen, dass dem Verfall unserer Landeskirchen nur dadurch gewehrt werden kann, dass in den Gemeinden ein lebendigeres Pflichtgefühl erwacht und erstarkt« ¹⁾ — und noch präziser an anderer Stelle ²⁾: »nur die Kirche als Gesamtpersönlichkeit besitzt die Fähigkeit, die gewünschte Unabhängigkeit der protestantischen Landeskirche von der Staatsgewalt dauernd zur Verwirklichung zu bringen. Dass diese zur Bethätigung derselben an der Landessynode das wahrhaft geeignete Organ erhalte und behalte, darauf muss vornehmlich das Bestreben gerichtet sein.« Und resignirt setzt v. Scheurl hinzu: »einen andern Weg weiss ich nicht.« Wir sind der festen Ueberzeugung: einen andern Weg giebt es heute nicht.

Die Landessynode aber muss organisch her-

1) v. Scheurl I, 63.

2) v. Scheurl II, 31.

vorgehen aus der Einzelgemeinde. Denn, so bemerkt Hermann treffend¹⁾: »Die kirchliche Lokalgemeinde ist selbst schon Kirche, sofern der wesentliche Beruf und die wesentliche Function der Kirche, durch Wort und Sakrament zum Glauben gesammelte und zum Glauben sammelnde Gemeinschaft zu sein vollständig in ihr liegt.«

Die kirchliche Einzelgemeinde aber besteht aus den in einem territorial bestimmt abgegrenzten Bezirke dauernd domicilirten selbstständigen, unbescholtenen evangelischen Christen, welche am Bekenntniss der Reformation festhalten und das durch Gebrauch der Heilsmittel der evangelischen Kirche bezeugen. Die §§. 5. und 6. der Kirchenvorstandsordnung nach der Fassung von 1861. bestimmen die Voraussetzungen der Zugehörigkeit zur kirchlichen Gemeinde in ziemlich zweckentsprechender Weise, wenn auch vielleicht nicht mit ausreichender Präcision für die praktische Anwendung. Wir bringen dieselben desshalb wörtlich hier zum Abdruck:

»§. 5. Wahlstimmberechtigt bei der Wahl zum Kirchenvorstande sind alle männlichen selbstständigen Mitglieder der Kirchengemeinde nach zurückgelegtem 21. Lebensjahre, sofern sie der protestantischen Kirche lutherischen Bekenntnisses angehören, im Sprengel der Kirchengemeinde ihren ständigen Wohnsitz haben, bayerische Staatsangehörige sind und nicht schon wegen eines Verbrechens, oder Vergehens der Fälschung, des Betrugs, des Diebstahls oder der Unterschlagung verurtheilt wurden. Als selbstständig können jene nicht betrachtet werden, welche für sich keinen eigenen Familienstand bilden, oder als conscribirte Arme Unterstützung aus einer öffentlichen Armenkasse geniessen.

Ausgeschlossen von der Ausübung des Wahlstimmrechtes sind diejenigen, welche durch thatsächlich bekundete

1) Die nothwendigen Grundlagen einer die consistoriale und synodale Ordnung vereinigenden Kirchenverfassung. Ein Kirchentagsvortrag. Berlin 1862. 14.

Verachtung oder Verspottung der Religion überhaupt, oder der evangelisch-lutherischen Kirche, ihres Bekenntnisses und ihrer Heilsmittel insonderheit öffentlichen Anstoss gegeben haben.

§. 6. Wählbar in den Kirchenvorstand sind alle wahlstimmberechtigten weltlichen Mitglieder der Kirchengemeinde, welche das 25. Lebensjahr zurückgelegt haben, einen christlich ehrbaren Lebenswandel führen und ihre dem Glauben und Bekenntnisse der Kirche gemässe Gesinnung durch entsprechende Theilnahme an dem öffentlichen Gottesdienste und dem heiligen Abendmahle an den Tag legen.«

»Kirchliche Qualifikationen« für das active und passive Wahlrecht müssen durchaus festgestellt werden. In Folge der neueren Staatsgesetzgebung über Taufe, Eheschliessung, Religionsunterricht ist die Kirche mit Nothwendigkeit darauf hingewiesen, der Kirchenzucht wieder erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden und von Staatswegen ist diese Erneuerung der Kirchenzucht in keiner Weise zu beanstanden, sofern sie nicht mit Staatsgesetzen in Widerspruch tritt. Die jüngst von der Generalsynode (1877.) angenommene Verordnung über Taufe, Trauung etc. enthält in dieser Beziehung sehr zweckmässige Normen, die in kurzer Frist eine in der Hauptsache ausreichende Handhabe bieten werden, Leute, die die kirchlichen Heilsmittel für sich oder ihre Kinder verschmäht haben, von dem kirchlichen Wahlrechte zurückzuweisen. Wir sind mit Beyschlag einverstanden, wenn er sich über diese Frage dahin äussert (Synodalfragen II, 7): »Die Forderung einer religiös-sittlichen Bedingtheit schon des aktiven Wahlrechtes folgt für jeden, der denken kann und will, aus der Natur der Kirche als einer religiös-sittlichen Gemeinschaft und man muss es einem unverbesserlichen Liberalismus vulgaris überlassen, sich für das Mitregierungsrecht der Religionsverächter und Lasterhaften zu erhitzen.« Durch die Thatsache der Geburt wird nach heutigem Recht Niemand mehr Mitglied einer Kirche. Es bringt nach heutigem Staatsrecht Niemandem bürgerliche Nachtheile, nicht zu einer kirchlichen Gemeinschaft zu gehören; wer nicht zu einer solchen gehören will, mag unbeschadet seiner bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte

austreten und ohne kirchlichen Verband leben. Das steht Jedermann frei. Jeder ehrliche Mann wird diesen Austritt vollziehen, falls er den oben bezeichneten Qualifikationen nicht zu genügen sich bewusst ist. Will ein förmlicher Austritt aus irgend welchen Gründen vermieden werden, so wird ein solcher Mann doch so viel Ehre und Charakter in sich tragen, sich nicht zur Ausübung kirchlicher Rechte zu drängen, da er doch den kirchlichen Pflichten nicht nachkommt. Wir müssen diesen Punkt recht ernstlich betonen, und darauf dringen, dass man die Politik und die Kirche nicht in einander menge. Man begegnet nach dieser Richtung da und dort einer sehr bedenklichen Begriffsverwirrung, indem man glaubt, politische, besonders »liberale« Parteirücksichten geböten auch eine Theilnahme an kirchlichen Wahlen, Abstimmungen etc., während man sich doch im Uebrigen von der Kirche völlig fern hält. Das ist eine im höchsten Grade unehrliche Gesinnung, die nicht scharf genug gebrandmarkt werden kann. Freilich giebt es auch kirchliche Parteien, auch in der Kirche werden liberale und conservative Tendenzen sich gegenüberstehen, das wird sich in menschlichen Verhältnissen nie ändern lassen, aber politische Parteirücksichten dürfen nicht auf die kirchlichen Dinge ohne weiteres übertragen werden. Personen, die keinerlei kirchlichen Pflichten nachkommen und doch so unehrlich sind, kirchliche Rechte ausüben zu wollen, sind nöthigen Falles im Wege Rechtens von der Kirchengemeindevertretung zurückzuweisen. Das Erforderniss persönlicher Stimmabgabe mit unterschriebenen Stimmzetteln, wie dies die Kirchenvorstandsordnung fordert, ist zu diesem Zwecke jedenfalls beizubehalten.

a) Kirchenvorstand als Vertretung der Einzelgemeinde.

Wer aber den oben bezeichneten kirchlichen Qualifikationen genügt, ist vollberechtigtes Glied der Gemeinde; die Gesammtheit der Einzelgemeinden bildet alsdann die Landeskirche. Das Organ für die Vertretung der Einzelgemeinde ist in Bayern der Kirchenvorstand; die bezüglichen Verhältnisse sind zur Zufriedenheit geordnet, wir möchten nur die schon i. J. 1850. von

Staatswegen in Aussicht gestellte Beseitigung der unnatürlichen Scheidung zwischen Kirchenvorstand und Kirchenverwaltung neuerdings dringend empfehlen; die Verwaltungsfunktionen sollen der Competenz des Kirchenvorstandes zugeschrieben werden.

b) Diöcesansynode.

Zwischen der Vertretung der Einzelgemeinde und der Gesamtgemeinde, dem Kirchenvorstand und der Generalsynode, steht in Bayern die sog. Diöcesansynode, die Vertretung des Decanatsbezirkes.

Wir vermögen uns von der Nothwendigkeit dieses Mittelgliedes für die bayerischen Verhältnisse nicht zu überzeugen. Synoden müssen nach ihrem Begriffe Vertretungen von wirklichen Gemeindeverbänden sein; die bayerischen Diöcesansynoden aber vertreten durchaus keine Diöcesangemeinden und sind desshalb principiell anzufechten; ein den Decanatsbezirk umfassender wirklicher und lebenskräftiger Gemeindeverband besteht in Bayern gar nicht und es macht sich auch keinerlei Bedürfniss nach einem solchen geltend, da provincielle Eigenthümlichkeiten in grösserem Maasse, wie diess z. B. in Preussen der Fall ist, innerhalb der evangelischen Kirche Bayerns nicht bestehen. Es ist auch gar nicht abzusehen, was die Diöcesansynoden für Competenzen haben sollten, um ein nützliches Glied des kirchlichen Organismus zu sein. Auch im Königreich Sachsen bestehen solche Mittelglieder nicht; in Preussen dagegen sind sie erforderlich einmal wegen des grossen Umfanges der Landeskirche, sodann auch wegen der überkommenen Eigenthümlichkeiten einzelner Provinzialkirchen. In Bayern aber sind diese Gründe nicht vorhanden, die Diöcesansynoden leisten praktisch nichts und repräsentiren keine wirklichen Gemeindeverbände, sie sind auf dem Papier stehen geblieben und können desshalb ohne jeglichen Nachtheil auch wieder vom Papier gestrichen werden.

c) Generalsynode als Vertretung der Gesamtgemeinde.

α) Wahlmodus.

Der Schwerpunkt der kirchlichen Organisation muss,

wie oben ausgeführt, in heutiger Zeit in der Landessynode liegen; diese hat die Kirche gegenüber dem Staate zu vertreten, sie ist das legitime Organ des kirchlichen Regimentes. Auf ihre richtige Zusammensetzung und Organisation ist deshalb auch alles Gewicht zu legen¹⁾. »Die Synode, sagt Herrmann²⁾, beruht darauf, dass in ihr und nur in ihr die Landeskirche die ihrem Begriffe als Verband von Gemeinden vollkommen entsprechende Erscheinung gewinnt« und an anderer Stelle³⁾: »Die Synode ist die Landeskirche und ist an sich von keinem der Rechte der Kirchengewalt ausgeschlossen, die auf den landeskirchlichen Verband und dessen Regiment aus der Rechtssphäre der Gemeinde übertragen sind.«

Was nun zunächst die Zusammensetzung der Generalsynode betrifft, so werden die Mitglieder derselben bisher in Bayern durch die Diöcesansynode gewählt. Es war diess faktisch die einzige wirkliche Function, welche diese Synoden ausübten. Zweifellos hat dieser Wahlmodus seine grossen Nachtheile; eben weil den Diöcesansynoden keine wirklichen Gemeindeverbände zur Basis dienen, hat das Volk auch gar kein Verständniss für jene Institution und nothwendig muss darunter auch das Interesse für die aus Wahlen der Diöcesansynode hervorgehende Generalsynode leiden. Wir haben uns oben schon für Beseitigung dieser Institution, die keinerlei Lebenskraft erwiesen hat, ausgesprochen. Wer aber soll als Wahlkörper für die Generalsynode an die Stelle treten? Wir stehen keinen Augenblick an zu bekennen, dass uns als der richtigste Wahlmodus derjenige erscheint, dass die Gemeinden durch directe Wahl ihre Vertreter zur Generalsynode entsenden. Auf diesem Wege würde jedenfalls die richtigste Vertretung der Gesamtgemeinde, wie sie ist, erzielt werden.

1) Sehr richtig führt diess die mehr alleg. Interpellation des Abg. Kraussold und Gen. aus.

2) A. a. O.

3) A. a. O.

Es ist auch gar kein Grund abzusehen, warum man diesen Wahlmodus so ängstlich perhorresciren sollte, wie diess z. B. v. Scheurl ¹⁾ thut. Warum soll die Gemeinde, die ihren Kirchenvorstand frei wählen darf, nicht eben so gut ihren Vertreter zur obersten kirchlichen Behörde wählen dürfen? Bei dem einen treffen völlig dieselben Gründe zu wie beim andern. Schenkt man der Gemeinde das Vertrauen, in directer Wahl ihren Gemeindevorstand zu wählen, so ist nicht abzusehen, warum ihr das gleiche Vertrauen hinsichtlich eines Vertreters der Gesamtgemeinde versagt werden sollte. Jedem, der zur evangelischen Kirche gehört, darf auch das Vertrauen entgegengebracht werden, dass er nach seiner Ueberzeugung denjenigen als Synodalen wähle, in dessen Händen er die Interessen der Kirche am besten gewahrt glaubt. Nehmen wir überhaupt das Princip des synodalen Verfassungselementes an, so müssen wir zugestehen, dass die Consequenzen desselben am reinsten gezogen sind, wenn directe Wahl der Generalsynodalmitglieder durch die Glieder der evangelischen Kirche erfolgt.

Was Scheurl dagegen vorbringt, erscheint nicht stichhaltig. Was soll denn in der Vertretung der Gesamtgemeinde anders zum Ausdruck kommen, als »die augenblickliche Anschauung und Willensmeinung der Urwähler« oder mit andern Worten: die Ueberzeugung der evangelischen Gemeindeglieder? Das ist es ja gerade, was den Grundgedanken jeder Volksvertretung, der staatlichen wie der kirchlichen ausmacht, dass die Vertreter die Ueberzeugung der Vertretenen repräsentiren sollen. Oder geben wir unsere Stimmen solchen, von denen wir wissen, dass sie eine unserer Ueberzeugung entgegengesetzte Ansicht vertreten werden? Wenn das Synodalwesen eine Wahrheit sein soll, so kann es gar nicht anders sein, als dass die Synodalen das kirchliche Bewusstsein ihrer Wähler repräsentiren; da aber das Kirchenregiment nach unserer Ueberzeugung künftighin seinen Schwerpunkt in der Generalsynode haben muss, womit v. Scheurl übereinstimmt, so

1) v. Scheurl I, 63. II, 33. ff.

soll allerdings in der richtig synodal verfassten Kirche »das Kirchenregiment nach den Anschauungen und Willensmeinungen über kirchliche Dinge geführt werden, welche der Mehrheit der Urwähler eigenthümlich sind« (II, 34.).

Scheurl zwar weist diess zurück. Bei den Urwahlen wird es, so meint er, »an vollbewussten und bestimmten Anschauungen und Willensmeinungen auf kirchlichem Gebiete völlig mangeln.« »Kirche und Religion sind Dinge, um die sie sich seit ihrer Confirmation viel zu wenig bekümmert haben, um mehr als einige ganz unklare Vorstellungen und vereinzelte unbestimmte Willensregungen in Beziehung darauf in sich zu tragen.«

»Gleichgültigkeit in Bezug auf Kirchliches« sei bei ihnen die herrschende Stimmung (II, 35.). Als Positive setzt Scheurl dieser Negative den Satz entgegen: »Wahrer Vertreter einer Gemeinde ist, wer die in ihr als Ganzen wirklich maassgebende Anschauung und Sinnesweise vertritt und auf diejenigen nicht achtet, welche, mögen sie auch die Mehrzahl der äusserlichen Glieder ausmachen, sich zu dem, worin das innere Wesen der Gemeinde besteht, gleichgültig und theilnahmslos oder vollends ablehnend, ja etwa gar widerstrebend verhalten. Solche mögen in der Gemeinde geduldet, ja es soll aller Eifer angewendet werden, sie zu lebendigen, dem wahren Wesen der Gemeinde entsprechenden Gliedern der Gemeinde heranzubilden; aber es darf ihnen nicht der Anspruch zugestanden werden, dass wer die Gemeinde vertreten soll, sich dabei ihre Sinnesweise maassgebend sein lasse« (II, 37.). Denn — »eine Gemeinde überhaupt, so belehrt uns Scheurl, und insbesondere eine Kirchengemeinde ist nicht eine blosse Summe einzelner Menschen, sondern ein lebendiges, von einem die Einzelnen mehr oder weniger durchdringenden Gemeingeist beseeltes Ganzes, für dessen Beschaffenheit die jedes einzelnen Gliedes in dem Maasse in Betracht kommt, in welchem es auf das Gesamtleben, auf das Verhalten der Gemeinde als Einheit bestimmenden Einfluss hat.« In diesem Sinne stellt Scheurl wiederholt seine »Gemeinde im wahren Sinne des Wortes« der von mancher Seite geforderten »Massenvertretung« gegenüber und behauptet, dass in jenen

ersteren dieselbe Gesinnung überwiegend sei, welche bisher sich in den bayerischen Generalsynoden manifestirt habe und dass, wollte man die geforderte »Massenvertretung« durchführen, die Gemeinde lediglich Opfer der jedesmal rührigsten Partei werden würde (II, 35., 36., 39.).

Aus Furcht vor der »Massenvertretung« kommt v. Scheurl in diesen Bemerkungen über die Gemeindevertretung nicht zu der nothwendigen Klarheit. Was die beklagte allgemeine Gleichgültigkeit betrifft, so bedauern wir, dieselbe ebenfalls constatiren zu müssen ¹⁾; wir setzen dieselbe aber zumeist auf Rechnung des herrschenden Systemes, welches werthvolle Elemente der Kirche völlig entfremdete und zur Gleichgültigkeit gegenüber allen kirchlichen Fragen trieb. Wir geben aber diese Elemente nicht verloren, sondern hoffen, dass dieselben wieder zur Mitarbeit an der Kirche werden gewonnen werden können, dann wird alsbald regeres Leben und grössere Theilnahme an kirchlichen Dingen sich zeigen ²⁾.

Um die »Massenvertretung« möglichst abschreckend zu machen, giebt Scheurl ein sehr schmeichelhaftes Bild eines »Urwählers«. Wir wollen statt »Urwähler« — Glied der evangelischen Gemeinde setzen. Wer als solches zu betrachten sei, wurde oben bereits erörtert; wer sich aber gegen das evangelische Christenthum »ablehnend«, ja etwa gar »widerstrebend« verhält, der gehört überhaupt nicht zur Gemeinde und wenn er sich zu kirchlichen Rechten zudrängt, muss die Möglichkeit des rechtlichen Ausschlusses gegeben sein. Im Uebrigen aber sollen und müssen alle Glieder der evangelischen Kirche gleiche Rechte in der Gemeinde haben und die »Gemeinde im wahren Sinne des Wortes« ist die Summe dieser einzelnen Glieder und die kirchliche Ueberzeugung der Gemeinde ist die Summe der kirchlichen Ueberzeugungen der einzelnen Gemeindeglieder. Diese Ueber-

1) Der Cultusminister v. Lutz machte hierüber bei Beantwortung der Interpellation Kraussold in der II. Kammer wahrhaft beklagenswerthe und tief beschämende statistische Angaben.

2) Auch der Cultusminister a. a. O.: »Wer ist berechtigt zu sagen, dass — es allen, die nicht gewählt haben, an Interesse an den grossen Fragen ihrer Kirche fehle?«

zeugung aber muss der Vertreter der Gemeinde zum Ausdruck bringen, falls eine wahre Vertretung der Gemeinde bestehen soll. Dem lässt sich nicht entgegenhalten (II, 35.): dann wird der Vertreter gar nicht wissen, wie er stimmen soll; darin liegt ein Sophisma: immer und überall kommt es darauf an, dass die Wähler das Vertrauen haben, der Gewählte werde ihre Ueberzeugung vertreten und ihm deshalb ihre Stimme geben; im übrigen muss es der Vertreter mit Gott und seinem Gewissen ausmachen, wie er diesem Vertrauen Rechnung trägt; glauben aber die Wähler, ihr Vertreter habe das ihm geschenkte Vertrauen getäuscht, so mögen sie ihn zur Niederlegung des Mandates auffordern oder das nächste Mal einen andern wählen. Die »Gemeinde im wahren Sinne des Wortes« ist nicht das abschreckende Phantasiebild, das Scheurl zeichnet, um vor »Massenvertretung« zu schrecken; die »Gemeinde im wahren Sinne des Wortes« hier auf Erden ist allerdings stets mit Schwächen und Mängeln behaftet, aber, wie Scheurl an anderer Stelle (II, 36.) sehr richtig sagt, die Gemeinde soll vertreten werden, wie sie ist, nicht wie sie sein sollte. »Auch die Schwächen und Mängel der Gemeinde dürfen, ja sollen in ihrer Vertretung sich abspiegeln und zur Erscheinung kommen.« Dies ist die Gemeinde im wahren Sinne des Wortes und mit jenen eben allegirten Worten schlägt Scheurl seine ganzen übrigen Argumentationen von der »Gemeinde« nieder. Die irdische Gemeinde wird niemals ein Abbild der unsichtbaren Kirche, der Gemeinde der Heiligen, sein; sie wird immer sein »intermixta malis et hypocritis« — das liegt in der Natur der irdischen Dinge, darf aber doch niemals zu einer Verzerrung der Gemeindevertretung führen, als welche Scheurl's Gemeinde »im wahren Sinne des Wortes« erachtet werden muss.

Ist aber richtig, was Scheurl über die »Urwähler« sagt: dass ihnen alles Verständniss über kirchliche Dinge fehle, dass sie dagegen gleichgültig seien und sich seit der Confirmation blutwenig um solche Dinge bekümmert hätten, so beweist Scheurl damit nichts, denn er beweist zu viel. Scheurl ist von seinem Abscheu gegen die »Massenvertretung« so sehr erfüllt, dass dem sonst so klar und scharf denken-

den Juristen das gar nicht aufgefallen zu sein scheint. Ist es wirklich so, wie Scheurl sagt — es ist aber nicht so, scheint höchstens so, weil das herrschende »System« viele evangelische Christen dormalen in Bayern kopfscheu gemacht hat — ist Scheurl's Charakteristik des »Urwählers« richtig, kann Scheurl es dann vor seinem Gewissen verantworten, überhaupt für ein Synodalsystem zu plaidiren? Diese unverständigen, um kirchliche Dinge unbekümmerten, ja bloss jede »Unbequemlichkeit«, die ihnen die Kirche verursachen könnte, verabscheuenden Urwähler wählen ja den Kirchenvorstand, dieser die Mitglieder zur Diöcesansynode, diese die Mitglieder zur Generalsynode. Im Grunde ruht also doch das ganze System auf dem »Urwähler«, von welchem Scheurl ein so abschreckendes Bild entwirft. Wir achten aber den »Urwähler« nicht so gering, wie Scheurl. Leute, die seit ihrer Confirmation sich nichts mehr um Kirche und Religion bekümmert haben, sind überhaupt nicht wahlberechtigt, im Uebrigen aber hat der Urwähler, der sich um die Kirche kümmert, gewöhnlich ein sehr richtiges Verständniss von kirchlichen Dingen und oft ein ungewöhnlich lebhaftes Interesse daran. Den ganz unpassenden Vergleich von Kunstsinn und Nationalmuseum mit Kirchengenössigkeit und Generalsynode hätten wir lieber nicht gelesen. Scheurl wird uns erlassen, denselben näher zu kritisiren.

Wir resumiren: ist Scheurl's »Urwähler« richtig gezeichnet, so ist damit das Verdict über alle und jede synodale Institution mit schneidender Schärfe gefällt. Scheurl muss dann consequent alle synodale Institution als eine unselige Verirrung, als eine Auslieferung der Kirche an den Unverstand und die Böswilligkeit erklären. Ein Wägen der Stimmen, eine Berücksichtigung von einzelnen auf das kirchliche Leben besonders einflussreichen Gliedern der Gemeinde ist, so wünschenswerth es wäre, ein unlösbares Problem; üben einzelne Gemeindeglieder einen wirklich bestimmenden Einfluss auf die kirchliche Ueberzeugung der Gemeinde aus, so wird das Gewicht ihrer Stimme doch zu besonderer Geltung kommen und diese Stimmen werden auch der kirchlichen Vertretung gewiss nicht fehlen. Rührig-

keit der Parteien ist bei allen Wahlen unvermeidlich, für die dermalen in Bayern herrschende Stagnation in kirchlichen Dingen aber ist diese Unvermeidlichkeit im höchsten Grade wünschenswerth.

Der richtigste, consequenteste Ausdruck des Gemeindeprincipes ist somit directe Wahl der Gemeinden zur obersten kirchlichen Vertretung, der Generalsynode. Damit kommt kein »falsches Gemeindeprincip« zur Geltung, wie Scheurl es nennt.

Sollten aber Opportunitätsgründe — wir bemerken, dass directe Wahl der Generalsynodalen durch die Gemeinden dermalen nirgends in Deutschland besteht, dagegen allenthalben in der Schweiz, deren evangelisch-kirchliche Verhältnisse im Vergleich zu den deutschen wahrlich keinen Anlass zur Geringschätzung bieten — der Annahme dieses richtigen und consequenten Principes entgegenstehen, so könnten als Wahlkörper für die Generalsynode nur die Kirchenvorstände in Betracht kommen. Es hätten sich alsdann etwa die Kirchenvorstände der verschiedenen Gemeinden eines Dekanatsbezirkes zu einer Versammlung zu vereinigen, welcher die Wahl der geistlichen und der weltlichen Mitglieder zur Generalsynode obläge.

β) Zusammensetzung.

Es könnte mit Grund die Frage aufgeworfen werden, ob die Zusammensetzung der Generalsynode aus je einem geistlichen und weltlichen Mitgliede eines jeden Dekanatsbezirkes ¹⁾ beizubehalten sei. Die historische Entwicklung in Bayern war bekanntlich die: erst bestand die Generalsynode nur aus Geistlichen, dann aus je einem Geistlichen für einen und je einem Laien für sechs, dann aus je einem Geistlichen für einen und einem Laien für zwei, schliesslich aus je einem Geistlichen und Laien für jeden Dekanatsbezirk.

Nach evangelischen Principien ist aber das Verhältniss von Geistlichen und Laien folgendes: »die Gemeinde im wahren evangelischen und schriftgemässen

1) Königl. Entschl. v. 31. Juli 1853. und 7. Februar 1861.

Sinne steht dem Lehrstande nicht gegenüber, sondern sie trägt ihn in sich; Niemand hört durch den Eintritt in den Lehrstand auf, Glied der Gemeinde zu sein; die in ihn eintretenden Glieder der Gemeinde empfangen dadurch nur einen besonderen Beruf in der Gemeinde« ¹⁾. Diese Worte v. Scheurl's entsprechen durchaus den Principien der evangelischen Kirche; die letztere kennt keinen *κλήρος* ²⁾, kein Levitentum, sondern ist gegründet auf dem allgemeinen Priesterthum aller evangelischen Christen. Dies sind unbestrittene evangelische Grundsätze. Ihre consequente Folge wäre, jeden Unterschied von Geistlichkeit und Laienschaft bezüglich des Wählens und Gewähltwerdens zu beseitigen und einfach den Gemeindegliedern anheimzugeben, denjenigen Mann zu wählen, welchen sie als zu ihrer Vertretung geeignet erkennen ³⁾. Wir zweifeln auch nicht, dass sich im Laufe der Zeit diese Consequenz vollziehen wird. Gleichwohl glauben wir diese schliessliche Consequenz der evangelischen Lehre heute noch nicht empfehlen zu sollen, erkennen vielmehr an, dass die Geistlichen als zur wahren Vertretung der Gemeinde besonders befähigt zu erachten seien (Scheurl), wenigstens theilweise. Obwohl wir der Ansicht sind, dass diese besonders befähigten Geistlichen auch dann Glieder der Synode sein würden, wenn dieselbe aus ganz freier Wahl der Gemeinden hervorginge, so möchten wir aus Opportunitätsgründen das Zugeständniss empfehlen: es sei die Zusammensetzung der Synode aus je einem geistlichen und je einem weltlichen Mitgliede für jeden Dekanatsbezirk beizubehalten, die Wahlart aber dahin abzuändern, dass die Generalsynodalen entweder direct von den Gemeinden oder durch die vereinigten

1) Scheurl, II 38. Vrgl. auch Höfling, Grundsätze evang. luth. Kirchenverfassung S. 37. ff.

2) In Synodalfragen III, 51. und öfter wird für die protestantische Geistlichkeit unpassender Weise der Ausdruck »Klerus« gebraucht.

3) So z. B. bernisches Kirchengesetz v. 1874. §. 45.

Kirchenvorstände des Dekanatsbezirkes als Wahlkörper gewählt werden.

Wir hoffen, durch die obigen Erörterungen unsere Grundlage sicher gestellt und nachgewiesen zu haben, dass ein Ersatz des dermaligen Verfassungsbaues nach Lage der Entwicklung des Staatswesens gefunden werden muss, dass aber diesen Ersatz nur ein synnodaler Aufbau auf dem Grunde der Gemeinde bieten kann. Nunmehr sind noch einzelne Punkte speciell in's Auge zu fassen.

III. Ständige Kirchenbehörden:

Synodalausschuss und Consistorien.

Ueber das landesherrliche Kirchenregiment haben wir uns bereits oben ausgesprochen; es wird jedem nicht Voreingenommenen klar sein, dass dasselbe künftighin nicht mehr die Grundlage unserer evangelischen Kirchenverfassung sein kann, weder mit noch ohne selbstständiges Consistorium. Diese Grundlage haben wir in der Gemeinde bez. der Vertretung der Gesamtgemeinde, der Generalsynode, gefunden. Wir stimmen in dieser principiellen Frage mit v. Scheurl überein. Auch darin wissen wir uns in vollstem Einverständniss mit v. Scheurl¹⁾, dass ein Synodalarath oder Synodalausschuss während der Zeit des Nichtbeisammenseins der Generalsynode die Kirche zu vertreten habe, um die wichtigsten laufenden Geschäfte zu erledigen, die Vorlagen für die Generalsynode vorzubereiten, die Rechte der Kirche dem Staate gegenüber zu wahren. Wir sind mit dem, was v. Scheurl in dieser Beziehung anführt, völlig einverstanden²⁾. Es bedarf zur Empfehlung dieser Einrichtung keiner weiteren Auseinandersetzung mehr, sämtliche neuere Synodalordnungen haben dieselbe eingeführt³⁾.

1) v. Scheurl I, S. 50., besonders auch Note, dazu Preuss. Gen.-Syn.-Ordn. §§. 34.—37.

2) v. Scheurl II, S. 30.

3) Auf der letzten Generalsynode (1877.) wurde, wie schon wiederholt, die Einrichtung eines Synodalausschusses beantragt. Ohne durchgreifende Reform der Verfassung wird man sich von Einrichtung eines Synodalausschusses keinen nennenswerthen Vortheil versprechen dürfen.

Schwieriger ist die Frage, welche Stellung den Consistorialbehörden künftighin nach Einführung der oben erörterten Verfassungsreformen anzuweisen sei. Die Consistorien in ihrer dermaligen Gestalt in Bayern sind ein directer Ausfluss des landesherrlichen Kirchenregimentes und theilen demnach principiell den Widerspruch, in welchem diese Institution mit den heutigen Staatsprincipien sowohl als mit dem rein durchgeführten Synodalprincipe steht. Mejer erklärt demgemäss in richtiger Consequenz die angestrebte Verbindung von Consistorial- und Synodalsystem für den Versuch einer Verbindung schlechthin unvereinbarer Gegensätze. Was Herrmann in seiner mehr alleg. Schrift für die Verbindung beider vorbringt, ist in der Hauptsache ein Aufgeben des historischen Consistorialsystemes. Der Begründung, welche dieser Schriftsteller für die Nothwendigkeit des consistorialen Elementes giebt, können wir uns im wesentlichen anschliessen ¹⁾. Herrmann betont zwar in einer u. E. zu weitgehenden Weise den »regimentlichen« Charakter der Consistorien; immerhin mag auch ein solcher zugegeben werden, wenn nur das Princip gewahrt bleibt, dass alles Kirchenregiment aus der Gemeinde »abgeleitet« ist, also auch das der Consistorien (Herrmann S. 23.). Jedenfalls ist das Consistorialprincip bei Herrmann etwas ganz anderes als das aus dem landesherrlichen Kirchenregiment abgeleitete und besonders im XVII. Jahrhundert ausgebildete Verfassungssystem gleichen Namens. Dies erkennt übrigens auch Herrmann selbst (S. 30.) an. Wir halten es jedoch auch unsererseits für richtig, wenn Herrmann bemerkt, dass bei unseren deutschen kirchlichen und staatlichen Verhältnissen eine ständige kirchliche Centralbehörde nicht werde entbehrt werden können ²⁾. Es liegt das aber nur in den Verhältnissen; eine principielle Nothwendigkeit ständiger kirchlicher Centralbehörden ist in der evangelischen Kirche nicht vorhanden und das Beispiel reformirter Landeskirchen in der Schweiz beweist dem, der die Verhältnisse solcher

1) Das Gleiche gilt von der Erörterung Dove's in Richter's Kirchenrecht 7. Aufl. §. 152.

2) Ganz speciell betont dies Dove a. a. O.

Kirchen näher kennen zu lernen Gelegenheit hatte, dass eine ständige Centralbehörde sehr wohl entbehrt werden und das kirchliche Leben doch ein sehr reich entwickeltes, fruchtbares sein kann.

Wir sprechen uns somit für Beibehaltung ständiger Kirchenbehörden, der Consistorien, aus; ihre richtige Stellung im Verfassungsorganismus ist aber nur die Stellung als kirchlicher Vollzugsbehörden ohne regimentlichen Charakter, besonders in Bayern, wo der Landesherr katholisch ist und wo somit dieser Umstand dazu drängt, das Synodalprincip reiner durchzuführen, während z. B. in Preussen historischen Traditionen des Kirchenregimentes eines evangelischen Herrscherhauses Rechnung zu tragen war.

v. Scheurl legt bei seinen Reformvorschlägen ein ungerechtfertigt grosses Gewicht auf die »Selbstständigkeit« des Oberconsistoriums. Obwohl auch seine Ausführungen über das landesherrliche Kirchenregiment im Grunde auf nichts weiter hinauskommen, als auf ein »Ehrenamt« des Landesherrn in der Kirche, obwohl er die Consequenz, zu der die heutige Staatsentwicklung treibt, ganz richtig erkennt, dass künftig das Centrum der Kirchenverfassung in der Landessynode liegen müsse, glaubt doch v. Scheurl eingehende Vorschläge hinsichtlich der »Selbstständigkeit« des Oberconsistoriums gegenüber den Staatsbehörden geben zu sollen. Nach unserer oben dargelegten Auffassung erhellt von selbst, dass für uns dieser Punkt von untergeordneter Wichtigkeit ist. Scheurl reisst das Consistorialprincip mit einer Hand um und will es mit der andern doch wieder erhalten. — Auch der Beschluss der Bayreuther Generalsynode ging im Grunde nur auf eine Selbstständigkeit des Oberconsistoriums; mit vollem Recht weist dagegen die Interpellation von prot. Abgeordneten der II. Kammer darauf hin, dass der alleg. Beschluss in der von ihm geforderten »Selbstständigkeit« nur zu einer durchaus nicht wünschenswerthen Omnipotenz des Oberconsistoriums führen werde, dass es hingegen im Interesse der Kirche nur auf eine selbstständige Stellung der Generalsynode und auf eine solche Zusammensetzung der letzteren, dass sie wirklich die

protestantische »Gesamtgemeinde« repräsentire, anzukommen habe.

Auf eine »Selbstständigkeit« des Oberconsistoriums kommt es somit nicht an, sondern nur auf eine Selbstständigkeit der Kirche gegenüber dem Staat. Die Kirche aber ist nicht das Oberconsistorium, sondern die evangelische Gesamtgemeinde, vertreten durch die Generalsynode. Demnach muss es sich für uns nur darum handeln, die »Selbstständigkeit« der Kirche gegenüber dem Staat für die Generalsynode zu erlangen und zwar hauptsächlich durch entschiedene Forderung einer selbstständigen kirchlichen Gesetzgebung durch die Generalsynode.

Ist unsere Kirchenverfassung auf dem Grunde der Gemeinde reconstruirt und ist der Vertretung der Gesamtgemeinde, der Generalsynode, die Ausübung der kirchlichen Gesetzgebung übertragen, dann sind die Hauptforderungen der absolut nothwendigen Reform durchgeführt.

Scheurl aber ist ganz inconsequent, wenn er die »Selbstständigkeit« des Oberconsistoriums so sehr betont. Er ist hier in Anschauungen befangen, deren principielle Unhaltbarkeit er selbst nachgewiesen hat.

Aus dem Obigen ergibt sich die Stellung, die wir den Consistorien angewiesen wissen wollen, von selbst. Wir wollen sie lediglich als Amt der Ordnung, als Vollzugsbehörde des Kirchenregimentes beibehalten wissen; das Kirchenregiment aber ist bei der Generalsynode bez. dem Synodalarth unter Sanction des Königs bez. der in Evangelicis deputirten Minister. Daraus folgt aber — und Scheurl war so unvorsichtig, auch dies sehr richtig zu erkennen ¹⁾ — dass der Generalsynode ein Einfluss auf die Besetzung der Consistorien gewährt werden muss. Dieser Einfluss wäre auszuüben durch den Synodalausschuss und wir möchten für denselben etwa folgende Vorschläge machen: das Oberconsistorium, sowie die beiden Consistorien in Ansbach

1) I, 61: »Hiezu halten wir es aber allerdings auch für erforderlich, dass den Generalsynoden ein wirksamer Einfluss auf die Besetzung des Oberconsistoriums eingeräumt werde.«

Was v. Hofmann Referat S. 6. vorbringt, ist ein unwürdiges Sophisma, das wir keines weiteren Wortes werth halten.

und Bayreuth werden in der bisherigen Formation nur mit Beseitigung der ganz unpassenden Verbindung mit den Kreisregierungen ¹⁾, beibehalten, aber nicht als Organe des landesherrlichen Kirchenregimentes, sondern als kirchliche Vollzugsbehörden; ihre Besetzung soll durch den König erfolgen, aber nur aus einem Vierervorschlag des Synodalausschusses, der natürlich auch ganz zur Erneuerung zurückgewiesen werden könnte.

Damit wäre ein billiger Einfluss des Staates auf die Besetzung der kirchlichen Vollzugsbehörden statuiert und andererseits auch dem kirchlichen Bedürfniss Rechnung getragen, ähnlich wie dies ja auch bei den höheren Würden in der katholischen Kirche der Fall ist.

IV. Kirchliche Gesetzgebung.

a) Art der Ausübung.

Nachdem wir im Vorangehenden die Grundzüge der künftigen kirchlichen Organisation gezeichnet, wenden wir uns zu einem zweiten Cardinalpunkte: der kirchlichen Gesetzgebung.

Selbstständige kirchliche Gesetzgebung wird von rechts und links gefordert ²⁾ und man ist auch darüber einig, dass das competente Organ zur Ausübung derselben die Generalsynode sein müsse. Auch von streng kirchlicher

1) Sehr richtig darüber v. Scheurl II, S. 23 ff.

Sehr richtig ist auch die dort alleg. Bemerkung: »in der Doppelseigenschaft als Staats- und Kirchendiener liegt wenn nicht eine Versuchung, auf zwei Achseln zu tragen, dennoch ein starkes Hemmniss, einen einheitlichen und ungetheilten Gesichtspunkt zu gewinnen und hiernach sein Verhalten einzurichten. Alle Zweideutigkeit der Formation von Stellen aber ist vom Uebel und wer dazu bestellt wird, die Interessen der Kirche zu wahren, soll nicht daneben mit einem Amt betraut sein, in dessen Pflicht die Wahrung der Staatsinteressen liegt.«

Dieser Gedanke ist uns aus der Seele gesprochen, darin liegt aber nicht nur ein vernichtendes Urtheil über den Consistorialvorstand (in Bayern immer ein Beamter der Kreisregierung), sondern wie die Dinge jetzt liegen, für — jeden Consistorialrath.

2) Augsburger Adresse Satz 2. Beschlüsse der Generalsynode von 1873., dazu v. Scheurl II. S. 7. ff.

Seite wird das zugegeben. Wir schliessen uns dem vollkommen an.

Das von Scheurl geforderte Recht der »Zustimmung« der Generalsynode zu Kirchengesetzen ist zwar nur ein modifizirtes Gesetzgebungsrecht der Synode, aber im Princip die gleiche Forderung, wie die von uns vertretene.

Die Stellung der Generalsynode war eine höchst unwürdige; nur »Anträge und Wünsche« waren der Synode verstattet¹⁾. Scheurl sagt sehr richtig: »dass Generalsynoden mit strenger gesetzlicher Beschränkung auf die Befugniss blosser Berathung alles Gewichts und aller Fähigkeit entbehren, dem Kirchenregiment eine feste Stütze der Staatsgewalt gegenüber zu gewähren, ist wohl von selbst einleuchtend.« -- Die kirchliche Gesetzgebung wurde bisher auf dem Wege des landesherrlichen Verordnungsrechtes geübt²⁾. Für den »Consensus« der Kirche, wie er nach gemeinem protestantischem Kirchenrecht nothwendig ist, war keine fest geregelte Form vorhanden; wollte ihn der Landesherr berücksichtigen, so konnte er es thun, wollte er es nicht, so war er dazu rechtlich nicht verbunden. Der »consensus« der Kirche wurde allerdings wohl meist durch Einvernahme des Oberconsistoriums eingeholt; ob dieses die Generalsynode fragen wollte oder nicht, war ebenfalls seinem Belieben anheimgegeben³⁾.

Die kirchliche »Selbstständigkeit« aber liegt wesentlich in der kirchlichen Gesetzgebung durch die Generalsynode, diese muss also vor allem mit der grössten Entschiedenheit der Kirche vindicirt werden bez. dem die Kirche vertretenden Organ, der Generalsynode. Allenthalben in Deutschland, wo Landessynoden bestehen,

1) Prot.-Ed. §. 7. Gesetz v. 4. Juni 1848. art. 2. Scheurl I., 43., bes. II, 13. ff.

2) Scheurl, I. S. 45.

3) Scheurl a. a. O. S. 49. II. S. 11.

In höchst ungenirter Weise erklärte der Dirigent der letzten bayer. Generalsynode (1877.) wiederholt: er lasse dahingestellt, ob das Consistorium sich veranlasst sehen werde, den Beschlüssen der Generalsynode zu entsprechen (Protokoll der Verhandlungen S. 46. 75. 231.).

haben sie das Recht der kirchlichen Gesetzgebung. Bayern allein hat nur berathende Synoden¹⁾.

Das Oberaufsichtsrecht des Staates aber möchten wir nach zwei Seiten hin gewahrt wissen, erstens durch eine Cognition des Cultusministers über, zweitens durch eine indirecte Theilnahme des Königs an der kirchlichen Gesetzgebung. Letzteres wäre keine principiell zu stellende Forderung, sondern lediglich eine ehrende Auszeichnung des Monarchen. Es scheint uns correct und erforderlich, dass Kirchengesetze erst dem Cultusminister vorgelegt werden, damit dieser davon Kenntniss nehme und sich von Oberaufsichtswegen darüber ausspreche, ob das betreffende Kirchengesetz vom Staate nicht zu beanstanden sei²⁾. Wird ein solcher Anstand vom Staate erhoben, so wäre das Kirchengesetz in motivirter Weise an den Synodalausschuss zurückzuweisen, worauf dieser bez. die Generalsynode zu entscheiden hätten, was nunmehr zu geschehen habe. Einen Recurs gegen die Entscheidung des Cultusministers halten wir für unstatthaft, da durch den Minister die oberste Staatsbehörde vertreten ist. — Giebt aber der Cultusminister dem Entwurf des Kirchengesetzes das staatliche Placet, so soll dieser Entwurf durch die Theilnahme des Monarchen zum Kirchengesetz werden. Die preussische Generalsynodalordnung lässt dies einfach durch die Sanction des Königs geschehen³⁾, was wir bei einem König protestantischen Bekenntnisses nicht zu beanstanden haben. Anders liegt die Sache da, wo der König katholisch ist, wie in Bayern. Es ist unstatthaft, dass der katholische König protestantische Kirchengesetze sanctionire. An seiner Stelle soll der Kirchengesetzentwurf den vom König in Evangelicis deputirten Ministern⁴⁾ mit der erhaltenen Genehmigung des Cultus-

1) S. die Zusammenstellung von Dove in Richter's Kirchenrecht. §. 170. Nro. 8.

2) So auch Preuss. Gen.-Syn.-Ordn. §. 6.

3) A. a. O.

4) Näheres über die sächsische Ordnung bei v. Scheurl I, S. 84. ff. Die sächsische Ordnung der Kirchenverfassung steht den von uns empfohlenen Vorschlägen am nächsten.

ministers vorgelegt werden; diese haben alsdann dem König hierüber Vortrag zu erstatten und daraufhin im Auftrage des Königs den Entwurf zu sanctioniren. Durch die Publikation in einem kirchlichen Amtsblatt würde alsdann der Entwurf zum staatlich genehmigten Kirchengesetz; die Unterzeichnung desselben hätte zu geschehen durch die in Evangelicis deputirten Minister und den jeweiligen Präsidenten der Generalsynode, die Gegenzeichnung durch den jeweiligen Präsidenten des Oberconsistoriums. Des erhaltenen staatlichen Placet wäre Eingangs der betr. Anordnung Erwähnung zu thun (Rel. Ed. §. 58.). In dieser Weise dürfte die künftige Ausübung der kirchlichen Gesetzgebung in formeller Hinsicht eine zweckmässige, für Kirche und Staat segensreiche Ordnung finden.

b) Competenz der Generalsynode bezüglich der kirchlichen Gesetzgebung.

Was aber ist materiell auf dem Wege des Kirchengesetzes zu regeln?

Unbestritten dürfte sein, dass

1) alle die Verfassung der Kirche betreffenden Maassnahmen: Aenderung, Ergänzung, authentische Interpretation nur auf dem Wege des Kirchengesetzes erledigt werden können.

2) Das Gleiche muss angenommen werden in Bezug auf Fragen der Liturgie, Gebrauch agendarischer Normen, Religionslehrbüchern, Gesangbüchern, Katechismuserklärungen. Conform der preussischen Generalsynodalordnung ¹⁾ möchten wir jedoch nach dieser Richtung den Gemeinden ein Veto gegen Kirchengesetze vorbehalten, da es sich gerade in diesen Fragen oft um liebgewordene, durch Zeit und Sitte geweihte Traditionen der Gemeinden handelt und z. B. in Bayern eine grosse Anzahl von Gemeinden sich die vom dermaligen Kirchenregiment eingeführte Liturgie nicht octroyiren lassen werden. Es scheint uns billig, in diesen Fragen den letzten Entscheid den Gemeinden selbst anheimzugeben.

1) §. 7. Z. 13.

3) Fragen der Lehre sind gleichfalls nur auf dem Wege der kirchlichen Gesetzgebung zu ordnen. Dabei kommt die hochwichtige Frage zu entscheiden, ob das Bekenntniss Gegenstand der kirchlichen Gesetzgebung sein könne. Die Frage ist eine der wichtigsten und hat schon zu erregten Discussionen geführt. Scheurl ¹⁾, Wach ²⁾ von Juristen. Luthardt ³⁾ von Theologen haben für, Dove ⁴⁾ und Bierling ⁵⁾ als Juristen und Beyschlag ⁶⁾ als Theologe haben gegen die Unveränderlichkeit des Bekenntnisses durch kirchliche Gesetzgebung sich erklärt. Wir zögern keinen Augenblick, auf Seite der letzteren Schriftsteller zu treten. Unveränderlich ist für die evangelische Kirche nur Gottes Wort. Die Bekenntnisschriften aber sind nicht Gottes Wort. Sie sind der menschlich formulirte Ausdruck des göttlichen Wortes. Gewiss ein menschlicher Ausdruck des göttlichen Wortes besonderer Art, geheiligt durch das Blut unserer Väter, ein Bollwerk unseres evangelischen Glaubens, »Centren der spezifisch protestantischen Anschauung, um welche sich unsere Kirche gesammelt hat« (Wach). Kein evangelischer Christ wird ohne zwingende Gründe einer Aenderung der Bekenntnisschriften das Wort reden. Durch diese ausserordentlich hohe Bedeutung der Bekenntnisschriften für unsern evangelischen Glauben, durch die pietätvolle Verehrung, mit der wir an ihnen hängen, darf aber das Princip nicht alterirt werden: dass wir Menschenwerk vor uns haben, den Ausdruck des Glaubens der evangelischen Kirche des XVI. Jahrhunderts; ist die Kirche im XIX. Jahrhundert genöthigt, das Wort Gottes in mancher Beziehung anders aufzufassen, als die Kirche des XVI.

1) v. Scheurl I, S. 70.—72. Derselbe: »Die Rechtsordnung der Symbole« in Sammlung kirchenrechtlicher Abhandlungen S. 149. ff. Derselbe: »Kirchliche Lehrsatzgebung« in Sammlung S. 230. ff.

2) Synodalfragen I, 55. ff. III, 69. ff.

3) Die Synoden und die Kirchenlehre. Leipzig 1871.

4) In Richter's K.-R. §. 170. Nro. 4.

5) Zeitschr. f. K.-R. XI., S. 43. 84. 216.—277. und besonders Gesetzgebungsrecht evang. Landeskirchen im Gebiet der Kirchenlehre (Leipzig 1869.).

6) Synodalfragen II, 16. Eigenthümlich zurückhaltend Mejer Kirchenrecht §. 100.

Jahrhunderts, so kann von einer kirchengesetzlichen Formulierung dieses veränderten Bewusstseins die behauptete Unveränderlichkeit der Symbole nicht abhalten ¹⁾. Die Reformatoren würden gewiss selbst am entschiedensten protestiren gegen die für die Bekenntnisse behauptete Infallibilität. Es scheint uns ganz unzulässig, jedenfalls juristisch unbrauchbar, die Möglichkeit einer Veränderung des evangelischen Glaubensausdruckes nur von einer höheren Inspiration abhängig zu machen. Auch der orthodoxeste Theologe kann sich den Resultaten der neutestamentlichen Kritik und Exegese heute nicht mehr entziehen; den Reformatoren lagen diese Resultate nicht vor; ist die Kirche nach ernster Prüfung zur Ueberzeugung gelangt, dass die Reformatoren an dieser oder jener Stelle das Wort Gottes unrichtig verstanden und ausgelegt haben, dann müsste es als ganz unprotestantische Knechtung des Verstandes und der Gewissen bezeichnet werden, sollte es Grundsatz der evangelischen Kirche sein: auch wenn auf's klarste ein unrichtiges Verständniss der Reformatoren hinsichtlich einzelner Schriftstellen nachgewiesen ist, darf doch das richtige Verständniss nicht an die Stelle gesetzt werden, denn — die Symbole sind unveränderlich und kein Gegenstand der kirchlichen Gesetzgebung. Die Gründe, welche v. Scheurl für die Theorie der Unveränderlichkeit vorbringt, acceptiren wir persönlich mit Freuden, sie sprechen aber sämmtlich nicht für eine principielle Unveränderlichkeit der Symbole. Mit Recht nimmt v. Scheurl für sich in Anspruch, die Bekenntnisschriften »nach unserer innigsten auf gewissenhafter Prüfung beruhenden Ueberzeugung« zu beurtheilen: aber wird er dieses Recht nicht auch anderen zugestehen müssen, die möglicher Weise zu einem von dem Scheurl'schen verschiedenen Resultate gelangen und sich doch bewusst sind, auch evangelische Christen zu sein? Auch v. Hofmann sagt in seinem mehr alleg. Referate: »der Ausdruck, in den sich die Heilswahrheiten fassen, wird wandelbar sein, soweit er menschlichen Ursprungs ist.« Damit ist gegen die Un-

1) Auch Wach a. a. O. nennt die Symbole »den unserem heutigen Schriftverständniss und unserer heutigen wissenschaftlichen Bildung nicht ganz adäquaten theologischen Ausdruck.«

veränderlichkeit der Symbole ein Zeugniß abgelegt, so klar als man es nur irgend wünschen kann. — Dazu kommt aber auch noch, dass über den Begriff »Bekenntniß« selbst gar keine Uebereinstimmung besteht, dass also das Wort an sich juristisch gar nicht verwerthbar ist. Gehört die Concordienformel z. B. zum »Bekenntniß«? Nach Ansicht des bayer. Oberconsistoriums Ja, nach Ansicht der rheinisch-westfälischen Kirche Nein.

Man mag somit die symbolischen Schriften mit besonders schützenden Schranken umgeben, wie dreimalige Berathung, $\frac{2}{3}$ Majorität zu einem giltigen Beschlusse, vielleicht auch Zustimmung von mindestens $\frac{2}{3}$ der in der Synode stimmberechtigten Vertreter des Lehrstandes; wir können solche Schranken aus voller Ueberzeugung nur empfehlen, die Unveränderlichkeit der Symbole aber zu behaupten, ist ein unzulässiger Rückfall in die Irrthümer des katholischen Traditionsprincipes.

An einer Stelle verfällt v. Scheurl in seiner bangen Sorge um das »Bekenntniß« in den vollständigsten Widerspruch. Mit Recht führt er eingehend aus, dass ein Einfluss des katholischen Landesherrn auf die inneren Verhältnisse der evangelischen Kirche unzulässig sei, ja ohne Widerspruch allegirt er Feuerbach's Worte: dass ein solcher Zustand eigentlich »gar nicht denkbar« sei. Das »Bekenntniß« andererseits ist für Scheurl der Grundstein der Kirche. Wozu aber verirrt er sich, um diesen Grundstein zu schützen? Vor »bekenntnißwidrigen« Synodalbeschlüssen, welche »augenscheinlich« nicht »der Wille der Kirche« sind, soll — der katholische König Schutz gewähren! Wir brauchen über diesen Vorschlag v. Scheurl's — trotz des beigefügten »Gutachtens« der theologischen Fakultät, das der Landesherr in der »leichtesten und angemessensten Weise« erholen »kann« — wohl keine weiteren Worte zu verlieren. In seiner Abhandlung über die Rechtsgeltung der Symbole (Sammlung S. 149. ff.) ist S. 152. der evangelische Standpunkt principiell sehr richtig ausgedrückt, aber auch hier werden aus dem richtigen Princip falsche Consequenzen gezogen. Ganz richtig sind u. A. die Ausführungen Eichhorn's, K.-R. I, 45. ff. Es ist schwer begreiflich, wie

Scheurl, nachdem er zuvor die rechtliche Bedeutung der Symbole principiell so richtig gekennzeichnet hat, zu einer Rechtfertigung der dormaligen bayerischen Ordinationsformel ¹⁾ gelangen kann.

Scheurl legt alles Gewicht darauf, dass die Kirche von der vollen Schriftgemässheit der Symbole heute noch ebenso überzeugt sei, wie die Reformatoren, desshalb vor allem spricht er gegen die Zulässigkeit einer Veränderung derselben. Selbst wenn wir die Unterscheidung zwischen »Heilswahrheit« und theologischer Reflexion, die Scheurl mit Richter macht, annehmen wollen, obwohl die Gränzbestimmung kaum überwindbare Schwierigkeiten gegen jene Unterscheidung aufzuthürmen scheint, wenn wir also davon absehen, die »symbolische« Rechtsgeltung der Concordienformel in kritische Betrachtung zu ziehen, selbst dann wird sich fragen, ob v. Scheurl Recht hat, so unbedingt die innere Ueberzeugung der Kirche von der Schriftgemässheit der symbolischen Lehre auch für heute zu behaupten ²⁾.

Das aber muss andererseits auf's allerentschiedenste betont werden und wir wissen uns darin mit Scheurl vollkommen eins: ein Bekenntniss muss die Kirche auf Erden haben. Es ist eine unverantwortliche Thorheit, an welcher insbesondere unser heutiger Liberalismus vulgaris krankt, eine äussere Kirche, also eine rechtlich organisirte Gemeinschaft gründen zu wollen ohne festumgränzten Rechtsboden, ohne rechtliche Formulirung des Glaubensgrundes, auf welchem der Bau der Kirche stehen soll, ohne Bekenntniss. Die unsichtbare Kirche steht nicht auf dem Boden des Rechtes, sondern nur auf dem Boden des Glaubens; die sichtbare Kirche aber muss für ihre irdischen Verhältnisse nothwendig einen Rechtsboden haben. An die Stelle dieses Rechtsbodens einen vagen Subjectivismus setzen zu wollen,

1) Amtshandbuch I, 94. »Die geoffenbarte Lehre des h. Evangeliums nach dem Bekenntnisse der evangelisch-lutherischen Kirche, wie solches in ihren Bekenntnisschriften (also auch der Concordienformel!) enthalten ist, rein und lauter zu predigen.«

2) Vgl. auch die oben S. 66, N. 1. alleg. Aeusserung Wach's, der mit Scheurl die Symbole von der kirchlichen Gesetzgebung ausgeschlossen wissen will.

dass Jeder glauben mag, was ihm behagt — das heisst die irdische Kirche einfach auflösen ¹⁾. Ob die dermaligen evangelischen Kirchen in Deutschland früher oder später diess Schicksal haben werden, das steht in des Herrn Hand; dass uns aber die heilige Verpflichtung obliegt, dermalen das evangelische Volk, soweit es an dem Glauben der Reformatoren festhält und auch in Zukunft festhalten will, in einem rechtlichen Gemeindeverband zusammenzufassen, das sollte keines besonderen Wortes bedürfen.

Es war uns hier nur darum zu thun, die principiellen Richtpunkte für die Frage des »Bekenntnisses« festzustellen; wie das unserem heutigen Schriftverständniss entsprechende »Bekenntniss« zu fassen sei, darüber enthalten wir uns jeder weiteren Bemerkung.

In Württemberg, Oldenburg, Braunschweig, Hannover, Oesterreich, Sachsen-Weimar, Hessen-Darmstadt ist durch die neueren Synodalverfassungen das »Bekenntniss« ausdrücklich von der kirchlichen Gesetzgebung ausgeschlossen; die neue preussische Generalsynodal-Ordnung lässt in §. 1. ausdrücklich den Bekenntnissstand unberührt; in Bayern werden jetzt — früher nicht — die Synodalen auf »das Bekenntniss« verpflichtet.

V. Kirchliche Disciplin.

Hinsichtlich der kirchlichen Disciplinargewalt — die preuss. Gen.-Syn.-Ordn. §. 7. Z. 6. legt dieselbe ganz in die Competenz der Generalsynode — möchten wir folgende Vorschläge machen:

1) Unmittelbare Aufsichtsbehörde über den Geistlichen ist das Consistorium; die Aufsicht wird ausgeübt durch die Dekane, welche alljährlich über den Stand ihres Bezirkes dem Consistorium zu berichten haben. Alle drei Jahre ist jeder Dekanatsbezirk durch einen Consistorialrath persönlich

1) In den schweizerischen Kantonen Waadt und Neuenburg hat die staatsgesetzliche »Aufhebung« des Bekenntnisses zu einem mit sehr lebhaften kirchenpolitischen Bewegungen verbundenen Massenaustritt aus der Landeskirche und zur Gründung sehr interessanter »freier« evangelischer Kirchen geführt. Vrgl. Gareis u. Zorn, Staat und Kirche in der Schweiz II, §§. 47.—51.

zu visitiren. Verweise zu ertheilen ist das Consistorium competent, ohne dass hiegegen Recurs möglich ist. Wichtigere Fragen können immer auf dem Petitionsweg an die Generalsynode gebracht werden.

2) Suspension von kirchlichen Aemtern erfolgt gemeinsam durch den Synodalausschuss und das Oberconsistorium, in Sachen der Lehre unter Offenhaltung des Recurses an das Plenum der Generalsynode.

3) Amtsentsetzung erfolgt durch den Synodalausschuss und das Oberconsistorium mit Recurs an die Generalsynode; zu instruiren ist die Sache immer durch das Consistorium, unter welchem der betreffende Geistliche steht, bez. das Oberconsistorium. In Sachen der Lehre kann Amtsentsetzung nur durch die Generalsynode erfolgen.

Die Disciplinarstrafen sub 2) und 3) müssen dem Cultusminister und den in Evangelicis deputirten Ministern zur Genehmigung oder Zurückweisung vorgelegt werden; eine Aenderung darf von ihnen an der gefällten Sentenz nicht vorgenommen werden.

VI. Finanzielle Selbstständigkeit der Kirche.

Die Selbstständigkeit, welche wir im Vorstehenden für die evangelische Kirche gefordert und im Einzelnen begründet haben, wird auch dazu drängen, in finanzieller Beziehung die Kirche allmählich einigermaassen vom Staate zu emancipiren. Bisher hatte bekanntlich die Kirche keinerlei finanzielle Selbstständigkeit. Wir halten dafür, dass der Staat in Folge der Säcularisation des Kirchenvermögens wenn nicht rechtlich, so doch zweifellos moralisch verpflichtet sei, zu den Bedürfnissen der evangelischen Kirche ein Erkleckliches beizutragen ¹⁾. Die Summe, welche der Staat dermalen in

1) Vrgl. Dove in Richter's K.-R. §. 303., bes. S. 1093. »Noch mehr Grund zur Klage dürften jedoch evangelische Landeskirchen haben, deren Ansprüche nur zu lange überhört wurden, weil es ihnen unter der Bevormundung der Staatsbehörden nicht vergönnt war, die Forderungen der Gerechtigkeit vernehmlich genug ertönen zu lassen. Jedenfalls hat die evangelische Kirche, die auch ihrerseits beträchtliches Gut den Staatszwecken hat zum Opfer bringen müssen, einen Anspruch darauf, dass nicht nur der Noth ihrer überkommenen

Bayern für Zwecke der evangelischen Kirche aufwendet, ist kaum als wirkliches Aequivalent für das säcularisirte Kirchengut zu betrachten. Gleichwohl empfiehlt es sich unseres Erachtens, von allen weiteren finanziellen Anforderungen an den Staat abzusehen. Die Kirche muss in dieser Beziehung lernen, auf eigenen Füßen zu stehen. Was der Staat dormalen an die evangelische Kirche leistet, möge in runder Summe fixirt, vielleicht in Ablösung der staatlichen Baulast für Kirchenzwecke entsprechend erhöht, dann aber als fester Beitrag des Staates an die evangelische Kirche gleichsam in Verzinsung des säcularisirten Kirchengutes budgetirt werden. Davon wären die Besoldungen der evangelischen Kirchendiener und Behörden zu bestreiten. Diese Besoldungen sind aber nicht hinreichend und gerade in dieser Frage hat sich gezeigt, dass die Kirche von der unnatürlichen Verquickung mit dem Staat gar keinen materiellen Vorthail hat, dass vielmehr die Wahrung der materiellen Interessen der Geistlichen Seitens der Consistorialbehörden speciell in Bayern eine völlig ungenügende ist. War die materielle Stellung der Geistlichen schon vor dem 1. Januar 1876. eine theilweise geradezu ärmliche, so ist diess seit diesem Zeitpunkt in Folge des Gesetzes über Beurkundung des Personenstandes und die Eheschliessung in noch höherem Maasse der Fall. Dass etwas geschehen sei Seitens des Kirchenregimentes zur Verbesserung des theilweise so ärmlichen Standes der Pfarrbezüge, hat man nicht vernommen. Ob diessbezügliche Schritte zur Verbesserung des Looses der Geistlichen Erfolg gehabt hätten, mag dahingestellt bleiben, jedenfalls wäre es ein Zeichen des guten Willens der Consistorialbehörden gewesen, wenn man wenigstens Versuche nach jener Richtung gemacht hätte. Die dermalige materielle Stellung der evangelischen Geistlichkeit Bayerns ist jedoch zweifellos unzureichend und eine Verbesserung derselben muss beschafft werden.

Bedürfnisse durch Verbesserung der Pfarrgehälter, Vermehrung der geistlichen Kräfte, Dotation neuer Kirchspiele, Fürsorge für die emeritirten Diener des Wortes etc. geholfen werde, sondern dass ihr auch für die reichere Gestaltung ihres Verfassungslebens die äusseren Mittel zur Verfügung gestellt werden, ohne welche auf Erden die Kirche nicht gebaut werden kann.«

Die Ausgaben, welche die kirchliche Neuorganisation erfordern wird, sollten jedoch unseres Erachtens nicht dem Staate überbürdet werden. Vielmehr soll die Kirche in dieser Beziehung selbst eintreten. Zu diesem Zwecke halten wir die Ausschreibung freiwilliger Kirchensteuern für völlig genügend. Soll die Kirche auf der Grundlage der Gemeinde reorganisirt werden, dann werden die Gemeinden gewiss willig auch kirchliche Lasten auf sich nehmen. Unsere Vorschläge gehen in dieser Beziehung dahin: es sei unter entsprechender Belehrung der Gemeinden von der Wichtigkeit der Sache eine freiwillige Kirchensteuer Seitens der Generalsynoden auszuschreiben und aus dem Ertrag derselben eine Generalsynodalkasse zur Bestreitung aller durch die synodale Reorganisation erforderlichen finanziellen Bedürfnisse zu gründen.

Zur Erhöhung der Gehaltsbezüge der Geistlichkeit könnte folgender Vorschlag führen. Die Stolgebühren sind sämtlich abzuschaffen; nachdem der Staat die kirchlichen Funktionen jeder staatlichen Wirksamkeit entkleidet hat, erscheint es ganz unwürdig, weiterhin Stolgebühren für kirchliche Funktionen zu fordern. Niemand soll durch pekuniäre Interessen von der Erholung kirchlicher Funktionen abgehalten werden. Freiwillige Gaben mögen natürlich unbenommen bleiben; Gebühren sind unverträglich mit dem dermaligen Stand der Dinge ¹⁾.

Eine Art von Kirchensteuer besteht nun aber dermalen schon in der evangelischen Kirche Bayerns, nämlich die Sammlungen mit dem Klingelbeutel oder im Opferstock während des sonntäglichen Gottesdienstes oder nach demselben. Ihr Ertrag wird meines Wissens für das Armenwesen der bürgerlichen Gemeinde abgegeben. Es ist nun sicherlich eine der obersten und schönsten Pflichten der

1) Vgl. z. B. preuss. Kirchengesetz, betr. die Aufhebung der Gebühren für kirchliche Aufgebote und Trauungen in der Provinz Hannover vom 16. Juni 1875. Auch in Coburg ist der Landesvertretung ein diessbezüglicher Entwurf vorgelegt und 8000. M. zur Deckung des Ausfalles in den Pfarrgehältern ausgesetzt. Im Kanton Bern ist die Erhebung von Stolgebühren verboten; ebenso in den meisten übrigen Kantonen der Schweiz.

Kirche, für die Armen zu sorgen. Nachdem aber bereits weite Gebiete des bürgerlichen Lebens säcularisirt wurden, welche früher unter kirchlichem Einfluss standen, ist nicht abzusehen, warum die Kirche das Ergebniss ihrer Sammlungen an das bürgerliche Gemeinwesen zu Zwecken der Armenpflege abliefern soll. Will und kann die Kirche diese Gelder zu Armenzwecken verwenden, so mag sie das von sich aus thun. Jedenfalls aber müssen zuvor die kirchlichen Bedürfnisse befriedigt werden, ehe kirchliche Einkünfte zu Armenzwecken verwendet werden können. Daher schlagen wir vor: es sei das Ergebniss der kirchlichen Sammlungen in erster Linie zur Erhöhung der Pfarrbezüge nach Maassgabe spezieller durch die Generalsynode zu treffender Bestimmungen zu verwenden. Die kirchliche Armenpflege sei rein kirchlich zu organisiren, ebenfalls nach Maassgabe der von der Generalsynode zu treffenden näheren Bestimmungen ¹⁾).

Endlich: eventuell sei der Generalsynode auch die Möglichkeit zur Auferlegung obligatorischer Kirchensteuern zu eröffnen ²⁾).

Wir sind am Schlusse unserer Betrachtung angelangt. Die Unhaltbarkeit des dermaligen Verfassungszustandes ist unbestreitbar und wird in den kirchlichen Kreisen der verschiedensten Richtungen gleichmässig drückend gefühlt. Möchte man sich endlich aus dem Schoosse der Gemeinden heraus dazu aufraffen, diesem Gefühle einen entschiedenen Ausdruck zu verleihen, denn von Seiten der Kirchenbehörden steht in dieser Beziehung lediglich nichts zu erwarten und — so schliessen wir mit dem Abg. Luthardt —: »es ist hohe Zeit, dass etwas geschehen muss.«

1) In der Periode von 1873.—76. betrug die Gesamtsumme der Stiftungen, Schenkungen etc. für Zwecke der evang. Kirche Bayerns die beträchtliche Summe von M. 2,078,737., gegen die Periode von 1869.—72. ein Plus von M. 106,184. Die Klingelbeuteleinlagen speciell betrugen M. 487,520. (Protokoll d. Verhandl. S. 245.).

2) Preuss. Gen.-Syn.-Ordn. §§. 11.—16.

Cap. III.

§. 7. Deutsche evangelische Kirche.

Endlich sei noch ein Punkt berührt, der unserer Meinung nach allen evangelischen Christen deutscher Nation Herzenssache sein müsste, nämlich der Gedanke der rechtlichen Organisation einer deutschen evangelischen Kirche.

Die gewaltigen Veränderungen der letztvergangenen Zeit im staatlichen Leben unseres deutschen Vaterlandes haben auch in kirchlicher Hinsicht eine unzweifelhafte Folge gehabt, sie haben eine Frage wieder in Erinnerung gebracht, welche seit der Reformation so manche der edelsten Geister deutscher Nation vielfach bewegte und welche, wenn auch momentan in Folge der politischen Zerrissenheit Deutschlands in den Hintergrund gedrängt, doch niemals aufhörte, ein Gegenstand des Sehnsens und Hoffens deutscher Männer zu sein, die Frage der Organisation einer deutschen evangelischen Kirche. Zwar mag ein Blick auf die vielfachen destructiven kirchenfeindlichen Tendenzen, welche in unserer Zeit so grosse Macht besitzen und gerade in den Landesvertretungen meist die Majoritäten beherrschen, andererseits ein Blick auf den engherzigen, exclusiven Confessionalismus, der in einigen deutschen Kirchenregimenten die unbestrittene Herrschaft erlangt hat — diese und ähnliche Erwägungen mögen manchem wohl denkenden Manne ein Lächeln entlocken, wenn er von der Organisation einer deutschen evangelischen Kirche hört, dennoch aber darf dieses hohe Ziel niemals aus den Augen verloren werden und jeder Deutsche, der aus Ueberzeugung an seiner evangelischen Kirche festhält, muss an seinem Theile mitarbeiten, alle Hindernisse zu beseitigen, welche jetzt noch der Erreichung jenes Zieles im Wege stehen.

Bekanntlich ist der einzige Berührungspunkt, den die deutschen evangelischen Landeskirchen unter sich haben, die sogenannte Eisenacher Conferenz auf welcher alle zwei Jahre Vertreter der meisten deutschen evangelischen Kirchenregimente (unvertreten sind nur die Kirchenregimente von Hamburg, Bremen und der bayerischen Rhein-

pfalz) zusammentreten, um auf Grundlage des Bekenntnisses wichtigere Fragen des kirchlichen Lebens im freien Austausche der Meinungen zu besprechen und unbeschadet der Selbstständigkeit jeder einzelnen Landeskirche ein Band ihres Zusammengehörens darzustellen und die einheitliche Entwicklung ihrer Zustände zu fördern.

Im Jahre 1870 hatte der evangelische Oberkirchenrath in Berlin bei der Eisenacher Konferenz den Antrag gestellt: Dieselbe wolle zu § 1 der Gesch.-Ordn. für die Abhaltung wiederkehrender Conferenzen von Abgeordneten der obersten Kirchenbehörden im evangelischen Deutschland v. J. 1851 beschliessen: »Die Kirchenbehörden sind befugt, neben den aus ihren eigenen Mitgliedern entnommenen Abgeordneten auch Mitglieder der in ihrem Gebiet bestehenden Landessynoden zur Conferenz zu deputiren«. Motivirt wurde dieser Vorschlag durch die Entwicklung der synodalen Organisation in den verschiedenen evangelischen Landeskirchen Deutschlands. Hierüber erstattete Dr. Dove auf der Conferenz des Jahres 1872 ein Referat, welches in der Zeitschrift für Kirchenrecht Bd. XIII. S. 1 ff. veröffentlicht ist und auf welches wir alle evangelischen Männer insbesondere auch die Laien, recht dringend aufmerksam machen möchten, um so mehr da speziell unser bayerisches Kirchenregiment einer immer bedenklicher werdenden Stagnation verfällt und es deshalb immer dringender als Pflicht erscheint, dass die Laien, die aus Ueberzeugung an der Kirche festhalten, ihre durch die Reformation wiedergewonnenen Rechte geltend machen. Hauptsächlich aus diesem Grunde halten wir es für angemessen, auf die Frage der Organisation einer deutschen evangelischen Kirche noch speziell einzutreten. Wir thun dies im Anschluss an das von Dove erstattete treffliche Referat.

Dove gibt zuerst einen oben bereits erwähnten Ueberblick über die synodalen Einrichtungen in den evangelischen Landeskirchen Deutschlands und geht sodann näher auf den mitgetheilten Antrag des preuss. Oberkirchenrathes ein; aus Sachsen, Braunschweig, Hessen-Darmstadt, Oesterreich und für die neuen preussischen Provinzen kamen Gutachten über

jenen Antrag nicht ein. — Von den Kirchenverfassungen der einzelnen Landeskirchen haben nur die badische, oldenburgische, hannoversche und die neue Generalsynodalordnung für die acht alten Provinzen Preussens einen engeren Zusammenschluss mit den übrigen evangelischen Kirchen Deutschlands vorgesehen. — Oldenburg, Baden und Waldeck haben sich in ihren Berichten unbedingt zustimmend zu jenem Antrage erklärt, in besonders entschiedener Weise Baden, dessen Generalsynode erst in jüngster Zeit wieder einen Beschluss, welcher auf eine engere Verbindung der evangelischen Landeskirchen Deutschlands gerichtet ist, fasste; Mecklenburg-Schwerin hat aus principiellen, Bayern aus praktischen Gründen abgelehnt, ersteres weil die confessionellen Verhältnisse auf der Eisenacher Conferenz völlig ungeordnet seien und desshalb eine Schädigung des lutherischen Bekenntnisstandes der evangelischen Landeskirche Mecklenburgs zu befürchten stehe ferner deshalb weil eine Gesamtrepräsentation aller Evangelischen auf der Eisenacher Conferenz wie sie sich in Folge der Durchführung des Antrages ergeben würde, die einzelnen Kirchenregierungen durch ihre Beschlüsse belästigen und in ihrer Freiheit beschränken würde, desshalb aber nicht zu wünschen sei; die hohe mecklenburgische Kirchenregierung erklärt ziemlich unumwunden, dass, falls eine Durchführung des Antrages beliebt würde, sie sich ferner an der Eisenacher Conferenz nicht mehr betheiligen werde. Das bayrische Kirchenregiment, welches in principieller Hinsicht auch hier zweifellos die Anschauung des mecklenburgischen Kirchenregimentes theilt, benutzt als Grund der Ablehnung den nichtigen Vorwand, dass die Mitglieder der Generalsynode nur ad hoc deputirt seien und dass ihr Mandat mit Schluss der Synode erlösche, dass deshalb »Synodalmitglieder, welche zu der Kirchenkonferenz deputirt werden könnten, für diese Kirche nicht bestehen« (!); diese Erklärung des evangelischen Kirchenregiments für Bayern erinnert un-

willkürlich an das Wort des bayer. Ministers Zentner bei Gelegenheit der Verhandlungen über ein deutsches Reichsconcordat mit der Curie im Anfange dieses Jahrhunderts: »dass Bayern gross genug sei, seine eigene Landeskirche zu besitzen«. Nicht unbedingt ablehnend, aber sehr verklausirt sprachen sich Württemberg, das Grossherzogthum Sachsen und Lübeck aus; letzteres wünschte besonders die Betonung der »Grundlage des Bekenntnisses«.

Soweit verbreitet sich Dove über thatsächliche Verhältnisse, um sodann zu selbständiger kritischer Besprechung des Antrages überzugehen. Dieser zweite Theil des Referates ist von der hervorragendsten Bedeutung und sollte lebendigen Widerhall in den Herzen aller evangelischen Christen finden. Zuerst bespricht Referent den Antrag mit Beziehung auf die daran geknüpften Hoffnungen und Befürchtungen, indem derselbe »einerseits Besorgnisse darüber wachgerufen hat, dass aus seiner Verwirklichung oder doch der sich nothwendig daran schliessenden Entwicklung eine Erschütterung des überlieferten rechtlichen Bestandes der deutschen evangelischen Landeskirchen hervorgehen möchte, während andererseits daran Hoffnungen geknüpft werden möchten, als ob auf dem Wege des Antrags zu einer das gesammte evangelische Deutschland zusammenschliessenden kirchlichen Organisation zu gelangen sei«. Auch in der Kirchenpolitik müssen vor allem diejenigen Resultate in's Auge gefasst werden, die erzielt werden können und deshalb erscheint die Erreichung weitgehender Hoffnungen auf dem Wege jenes Antrags als Illusion, aber auch die daran geknüpften Befürchtungen sind bei richtiger Behandlung der Sache ungerechtfertigt.

Die Frage, ob eine deutsch-evangelische (deutsch-lutherische, deutsch-reformirte) und ob eine evangelische (lutherische, reformirte) Kirche als Sitz kirchlicher Rechtsbildung existire, bejaht Dove, da die evangelische bez. die deutsch evangelische Kirche als Ganzes vor den einzelnen Landeskirchen bestanden habe; desshalb sei nicht allein ein gemeines deutsches evangelisches Gewohnheitsrecht möglich, wie es auch faktisch bestehe, sondern es sei damit auch das in so vielen Beziehungen gemeinsame landeskirchliche Ge-

setzesrecht der einzelnen Landeskirchen — als besonders charakteristisches Beispiel nennt Dove das landesherrliche Kirchenregiment — erklärt; ebenso betont Dove die geschichtliche Begründung über Stand, Wesen und Existenz eines gemeinen deutschen evangelischen Kirchenrechtes, wie sie sich aus den Kirchenordnungen des 16. Jahrhunderts ergebe¹⁾. Eine rechtlich organisirte deutsche evangelische Gesamtkirche gibt es dagegen nicht. Dies erklärt sich aus der historischen Entwicklung der Reformation. »Die Entwicklung der katholischen Kirche gibt lautredendes Zeugniß von den Gefahren, die aus dem Streben nach gesammtkirchlicher Verfassung über den Nationen sich ergeben. Dieses Streben kann auch darum nicht Gegenstand evangelischer Wünsche sein. Wie der Staat seinem Begriffe nach die rechtliche Ordnung des Volkes ist und wie er den Beruf hat, sich auf der Grundlage des Volkstums als die höchste Macht über allen Machtverhältnissen des äusseren menschlichen Gemeinlebens zu behaupten, so droht jedem rechtlichen Kirchenkörper, welcher sich über den Nationen aufbaut, die Gefahr, sich zu einer Machtanstalt umzuwandeln und darüber seinem Berufe für das religiöse Leben untreu zu werden«. In treffender Charakteristik schildert Dove diese Gefahren der Papstkirche als geistlicher Universalmonarchie und erkennt es als göttliches Gesetz in der Weltgeschichte, dass keine rechtlich verfasste Gesamtkirche, sondern nur das freie Band des einen Glaubens und der Liebe die rechtlich verfassten Kirchenkörper der einzelnen Kirchen umschliessen soll. Die echte Katholicität wird durch den Mangel einer rechtlichen Organisation der Gesamtkirche so wenig aufgehoben, als durch den Mangel einer gemeinsamen Kirchensprache. »Wie die einzelnen Völker denselben Herrn anbeten in Lob und Dank, aber doch jedes ihn mit grösserer Innigkeit anzubeten vermag in seiner Zunge, als in einer gemeinsamen doch dem einzelnen Volk fremden Kirchen-

1) Wir halten diese Auffassung des verehrten Referenten nicht für ganz zweifellos; da jedoch unsere Bedenken lediglich theoretischer Natur sind, nehmen wir von einer Begründung derselben hier Abstand.

sprache, so mag auch jedes Volk für sich die rechtliche Ausgestaltung der kirchlichen Gemeinschaftsverhältnisse selbstständig vollziehen, unter der selbstverständlichen Bedingung, dass die der Freiheit der rechtlichen Kirche überlassene Entwicklung ihrer Verfassung auf der Grundlage der heiligen Schrift geschehen müsse«.

Dass die Entwicklung der evangelischen Kirche Deutschlands sich aber nicht im nationalen, was rechtlich möglich und kirchlich segensreich gewesen wäre, sondern im territorialen Sinne vollzog, war eine Folge spezieller historischer Verhältnisse; seit dem Reichsabschied von Speyer, 1526, war nur mehr landeskirchliche Entwicklung möglich. Die Landesfürsten unternahmen auf Grund der sog. *custodia utriusque tabulae*, »geistlich zu regieren« und so entstanden die religiös durchdrungenen, confessionell ausschliesslichen deutschen Particularstaaten, die Kirche wurde Zweig der politischen Administration. Erst die neuere Zeit hat nach Analogie des constitutionellen Staates auch der Kirche durch Einfügung synodaler Elemente in ihren Organismus eine freiere Gestaltung gegeben, nur muss erst jene durchaus unzulässige Analogie beseitigt und statt dessen die Stellung der Synoden als Organe des Kirchenregiments¹⁾ sich klarer ausbilden. Unter sich stehen die einzelnen deutschen Landeskirchen, auch die des gleichen Bekenntnisses, in keinem äusseren rechtlichen Zusammenhange, selbst nicht in dem eines föderalen Verbandes, das einzige lose Band, die Eisenacher Konferenz, setzt die gliedliche Selbstständigkeit der einzelnen Landeskirchen voraus.

Diesen Rechtszustand bezeichnet Dove als unhaltbar und wir stimmen diesem Urtheil unumwunden bei.

Die kirchliche Zersplitterung Deutschlands war eine Folge der politischen Zersplitterung; deshalb wird sich auch die Kirche dem Einfluss der grossen politischen Ereignisse, welche Deutschland wieder geeinigt haben, nicht entziehen können und dürfen; auch die kirchliche Zerplitterung hat Deutsch-

1) Scheurl I, S. 61 erklärt sich für »weit entfernt« den Uebergang des Kirchenregimentes an die Synode zu empfehlen. Scheurl ist sich selbst nicht bewusst, dass aus seinen Voraussetzungen sich jene Consequenz zwingend ergibt.

land nie Segen gebracht. »Ein Ergebniss von politischen Zuständen, so sagt Dove, welche der Vergangenheit angehören, wird das bisherige rechtliche Verhältniss der evangelischen Landeskirchen in Deutschland sich auch dem umgestaltenden Einfluss der geistigen Mächte, welche das politische Leben der Nation in der Gegenwart beherrschen, nicht zu entziehen vermögen. Es steht mir daher die Ueberzeugung fest, dass eine deutsche evangelische Kirche im rechtlichen Sinne ihre Organisation empfangen muss und empfangen wird.« Diese rechtliche Organisation kann aber nur die Gestaltung eines föderalen Verbandes der einzelnen Gliederkirchen erstreben, »weil schon die gliedliche Einfügung der einzelnen Landeskirchen in den zu bildenden zusammengesetzten rechtlichen Kirchenkörper genügt, um die gemeinsamen Aufgaben zu lösen, andererseits aber dieser blos föderale Charakter der Zusammenfassung die Möglichkeit gewährt, den confessionellen und geschichtlichen Besonderheiten der einzelnen Gliederkirchen gerecht zu werden«. Nur unter diesen Voraussetzungen kann der Gedanke einer einheitlichen Zusammenfassung der deutschen evangelischen Kirche unter den dermaligen Verhältnissen irgend welche Aussicht auf Erfolg haben. — Zu diesem engeren Zusammenschluss drängt aber, auch abgesehen von der politischen Einigung Deutschlands, der Kampf, den gegenwärtig die Staatsgewalt mit dem kirchenpolitischen System der römischen Kirche durchzukämpfen hat. Dieses System involvirt für die evangelische Kirche, die nach demselben ja nur als Häresie in Betracht kommt, ebenso schwere Gefahren als für den Staat. Wir müssen es immer und immer wieder als die bedenklichste und bedauerlichste Verirrung und Verwirrung beklagen, dass die Staatsgewalt in ihrem Bestreben, die Bedingungen und Grundlagen ihrer Existenz zu sichern gegen das fanatische Anstürmen wohl-disciplinirter Schaaren curialer Parteigänger, auf so heftigen Widerstand eines grossen Theiles der Evangelischen stiess und stösst. Mit Recht erklärt sich aber Dove gegen die Geltendmachung einer absoluten staatlichen Omnipotenz auch in kirchlichen Dingen, und als eine wirkliche Gefahr be-

zeichnet es der mit warmer Liebe an seiner evangelischen Kirche haltende Referent, dass bei den gesetzgebenden Factoren des modernen Staates in Folge einer falschen Auffassung der Parität meist der Grundsatz befolgt werde, die staatsgefährlichen Theorien der römischen Kirche, wie sie Pius IX. vertrat, auch die evangelische Kirche entgelten zu lassen, die doch hiezu weder aus dogmatischen noch politischen Gründen Veranlassung biete. Auch wir glauben, dass die Scheu vor »Ausnahmsgesetzen« in dieser Hinsicht zu weit geht. Gesetze, welche gegen die römische Kirche, besonders nach ihrer neuesten Gestaltung, eine Nothwendigkeit sein können, werden unter Umständen gegen die evangelische Kirche eine schwere Schädigung und Ungerechtigkeit sein. »Der katholischen Kirche gegenüber ist der Staat für befugt zu erachten, wenn durch die neuen römischen Glaubenssätze, die er vom politischen Standpunkte aus zu prüfen hat, die Selbstständigkeit des staatlichen Lebens, die geistigen und sittlichen Güter der Nation, oder die Rechtssphäre der Gemeinschaften und Einzelnen, welche sämmtlich die nationale Rechtsordnung zu schirmen bestimmt ist, gefährdet werden, kraft des in seiner Kirchenhoheit begründeten Reformationsrechtes (wir würden sagen: kraft seiner staatlichen Souveränität) nach ausschliesslich politischen Erwägungen die Frage zu beantworten, ob er eine Kirche, deren dogmatische Neuerungen das eigene Leben des Staates bedrohen, noch ferner überhaupt die Unterstützung des weltlichen Armes zur Aufrechthaltung ihrer innerkirchlichen Rechtsordnung zu gewähren, diese Kirche als eine Anstalt des öffentlichen Rechts im Staate zu behandeln und mit staatsrechtlichen Vorzügen auszustatten im Stande ist«. Der evangelischen Kirche sind dagegen, meint Dove, da keine den Staat gefährdende Neuerungen im Gebiet ihres Dogmas oder ihrer Verfassung ihn berechtigen, die ununterbrochene Fortdauer ihrer Rechtspersönlichkeit in Frage zu stellen oder ihre Anerkennung als eine Corporation des öffentlichen Rechts im Staate als durch Missbrauch verwirkt zu erklären, alle diejenigen Garantien zu erhalten, welche in älteren Verträgen oder neueren Verfassungsgesetzen ihr die Fortdauer ihrer geschichtlich begründeten Stellung im Staate,

des staatlichen Schutzes oder positiver Leistungen des Staates verbürgen mögen. »Die Aufhebung so gewährleisteter Rechte der evangelischen Kirche würde sich mithin als Verletzung des Grundsatzes, dass wohlerworbene Rechte zu schützen sind, also als eine zwar formell nicht unwirksame, aber rechtsverletzende und missbräuchliche Verwendung der staatlichen Gesetzgebung darstellen«.

Wir vermögen diesen Gedankengang Doves nicht als ganz stringent anzuerkennen, sind vielmehr der Meinung, dass die neuesten Extravaganzen der römischen Kirche den Staat nur nöthigen, eine Consequenz, welche sich überhaupt aus dem modernen Staatsbegriff ergibt, rascher und entschiedener zu ziehen, als dies wohl sonst der Fall gewesen wäre. Früher oder später hätte aber diese Consequenz doch gezogen werden müssen. Diese Consequenz betrifft die rechtliche Stellung der Religionsgesellschaften im Staate überhaupt; die Consequenz der Gewissensfreiheit drängt dazu, dass der Staat seine Sphäre vom Einfluss kirchlicher Verhältnisse löse, dass er alle Religionsgesellschaften in gleicher Weise als private Vereine unter der obersten Aufsicht des Staates behandle, dass er aber diese Aufsicht im Einzelnen verschieden normire je nachdem der einzelne Religionsverein ihm dies als erforderlich erscheinen lässt. Gegenüber der römischen Kirche muss demnach die staatliche Oberaufsicht viel weitere Dimensionen annehmen als gegenüber andern Religionsvereinen und speziell gegenüber der evangelischen Kirche; es ist durchaus zutreffend, was Dove über den Unterschied der beiden Kirchen in dieser Beziehung ausführt. Principiell aber wird der Staat nicht einer einzelnen Kirche eine Ausnahmestellung gewähren dürfen: es wäre dies ein Widerspruch zum modernen Staatsprincip. Ueberdies würde sich die politische Bedenklichkeit eines solchen Experiments nicht verneinen lassen. Unser Resultat ist demnach; allen Religionsvereinen gegenüber wird der Staat die gleiche principielle Position einzunehmen haben; das Oberaufsichtsrecht aber wird den einzelnen Religionsvereinen gegenüber immer eine besondere Ausprägung annehmen müssen. Dass die evangelische Kirche sich gefallen lassen müsse, nach der Schablone der Parität mit der

gleichen gesetzlichen Ruthe gezüchtigt zu werden, mit welcher die katholische Kirche für ihre Sünden gegen die Staatshoheit gezüchtigt werden muss, dagegen verwahren wir uns mit Dove auf's Feierlichste. Jedenfalls aber wird eine föderativ geeinigte deutsch-evangelische Kirche ihre Rechte in dieser Beziehung besser zu wahren im Stande sein, als die einzelnen Sonderkirchen, selbst wenn diese Wahrung nur in einem deutsch-evangelischen Protest gegen gesetzliche Massnahmen eines Einzelstaates bestehen würde.

Endlich bespricht Dove noch den confessionellen Standpunkt und kann auch hierin, gewiss mit vollstem Recht, ein Hinderniss der föderalen Zusammenfassung der deutschen evangelischen Kirchen nicht erblicken.

Die Güter, welche den evangelischen Confessionen gemeinsam sind, stehen doch weit, weit höher als die Verschiedenheiten, überdies würde durch einen föderalen Verband der besondere Bekenntnisstand keineswegs alterirt, im Gegentheil müsste es noch als grosser Gewinn vom confessionellen Standpunkt aus erachtet werden, wenn die einzelnen Gruppen der Bekenntnisse unter sich in einigem Zusammenhange auf Grund des föderalen Gesamtverbandes stünden, während sie dermalen in gar keiner Beziehung zu einander stehen. Unsere confessionellen Parteigänger sind allerdings leider zur Zeit noch anderer Ansicht. In den Gemeinden aber ist jedenfalls der Gedanke einer Einigung der deutschen evangelischen Kirche weit fester gewurzelt, als die confessionelle Exklusivität.

Auf dem Wege, den der Antrag des preussischen Oberkirchenrathes empfiehlt, glaubt jedoch Dove das Resultat einer rechtlichen Zusammenfassung der deutschen evangelischen Kirche nicht erreichbar. Vielmehr wäre hiezu zweifellos ein Organ gemeinsamer deutscher evangelischer Kirchenregierung nöthig, wenn auch vielleicht nur durch periodisch abzuordnende Vertreter und mit eng abgegrenzter Competenz gegenüber der territorialen Kirchenregierung; Beschlüsse der gemeinsamen Kirchenregierung müssten auch für die Territorien formell bindend sein. Die Eisenacher Conferenz müsste also nach diesen Gesichtspunkten umgestaltet wer-

den; Vertreter für Hamburg, Bremen und die bayerische Rheinpfalz müssten beigezogen, dagegen Oesterreich in Folge der politischen Verhältnisse ausgeschlossen werden. D o v e s Vorschläge, die wir hier natürlich nur ganz kurz recapituliren konnten, sind sehr beachtenswerth und ihre Durchführung erscheint bei redlichem Zusammenwirken aller Betheiligten wohl möglich. Ein bindender zwischenkirchlicher Vertrag müsste die einzelnen Landeskirchen unter einander und dem Ganzen gegenüber verpflichten. Die Initiative hierzu kann aber nur ausgehen von einer hochherzigen Entschliessung der deutschen Landesherren, denen dermalen noch das oberste Kirchenregiment und zwar in stellvertretender Ansübung Namens der Kirche zusteht.

Referent beantragte zum Schlusse unter Vermeidung des Scheines, als bezwecke der preuss. Antrag auf Zuziehung von Synodalen zur Eisenacher Conferenz die Organisation einer deutschen evangelischen Kirche, wozu die Conferenz nicht competent sei, andererseits unter Betonung der stetig zunehmenden Bedeutung des synodalen Elements in den evangelischen Kirchenverfassungen: »hohe Conferenz wolle mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage der Verfassungsentwicklung in der preussischen und anderen Landeskirchen die Entscheidung über den von dem evangelischen Oberkirchenrathe zu Berlin gestellten, auf die Ergänzung des §. 1 der Gesch.-Ord. bezüglichen Antrag zwar auf die nächstfolgende Conferenz verschieben, zugleich aber die hohen Kirchenregierungen ersuchen, sich bis dahin unter Berücksichtigung der in den Verhandlungen der diesjährigen Conferenz über die Tragweite des erwähnten Antrags gegebenen Erläuterungen, über ihre Stellung zu demselben nochmals zu äussern und soweit neue synodale Einrichtungen getroffen oder bestehende verändert sein sollten, davon Mittheilung zu machen«.

Dieser Antrag wurde zum Beschluss erhoben.

Da zur Zeit der Conferenz i. J. 1874 die Synodalverfassung vielfach noch nicht abgeschlossen war, so in Preussen, Grossherzogthum Hessen etc. wurde auf dieser Conferenz die

Frage der Zuziehung synodaler Elemente nicht erledigt; ebenso nicht i. J. 1876. Die Frage harrt somit immer noch ihrer Entscheidung.

Das bayerische Kirchenregiment hat sich, gestützt auf eine kleinliche Ausflucht, auf seinen engherzig confessionellen Standpunkt zurückgezogen. Im Sinne der Gemeinden hat damit das bayerische Oberconsistorium gewiss nicht gehandelt; wir behaupten vielmehr zuversichtlich, dass die evangelischen Gemeinden Bayerns durchdrungen sind von dem Gefühle, welch hohes Gut in einer innigen föderalistischen Verbindung der evangelischen Landeskirchen gelegen wäre, dass die Sehnsucht nach dieser Verbindung allenthalben lebendig ist und dass der Wille der bayerischen Landeskirche mit Entschiedenheit auf Herstellung dieses föderativen Bundes geht. Auch dieser Punkt sei hiemit den Gemeinden aufs dringendste ans Herz gelegt, da von unseren Consistorialbehörden eine Förderung der Interessen der deutsch-evangelischen Kirche noch weniger zu erwarten ist, als der bayrisch-evangelischen Kirche. Die Gemeinden haben in ihrer grossen Mehrheit das engherzige, satte sog. Lutherthum herzlich genug, sie haben kein Verständniss für die dogmatischen Controversen, sie haben aber ein lebhaftes Verständniss für das gemeinsame Band, das alle deutschen Christen einigen sollte die sich eins wissen im Wort Gottes auf dem Grund der Reformation.

Cap. IV.

§. 8. Schlussbetrachtung.

Wir sind am Schlusse unserer Erörterung angelangt. Manch' scharfes Wort haben wir ausgesprochen, die Gefahr, von welcher wir unsere evangelische Kirche Bayerns bedroht sehen, hat unseren Worten da und dort eine scharfe Spitze gegeben. Wir hoffen zum Segen unserer bayerischen Lan-

deskirche evangelischen Bekenntnisses, deren Isolirung in eine von den übrigen deutschen evangelischen Landeskirchen entfremdete »lutherische« Sekte wir nicht zu der bereits in bedenklicher Nähe stehenden Vollendung gelangen lassen möchten, dass unsere Worte in den Gemeinden lebendigen Wiederhall finden möchten, denn das ist uns zweifellos gewiss: wird der Gang der Dinge nicht aufgehalten, wird nicht der Stagnation unseres Kirchenwesens und der Trägheit unserer Kirchenbehörden ein baldiges Ende gemacht, so gehen der evangelischen Kirche Bayerns viele werthvolle Glieder unwiederbringlich verloren; so wird die evangelische Kirche Bayerns isolirt gegenüber den übrigen evangelischen Kirchen Deutschlands und kann höchstens einen Sonderbund mit Mecklenburg schliessen, so wird die Stellung der Kirche zum Staate immer unwürdiger und ihre Interessen dadurch immer gefährdeter, da der Staat den kirchlichen Einfluss in immer weiterem Umfange und zweifellos bis zur völligen Beseitigung abstreift, da andererseits die Kirche dermalen in die zwingende Nothwendigkeit versetzt ist, eine selbstständige Organisation anzustreben, welche einen Ersatz bieten kann für die unhaltbar gewordene staatliche Kirchenverfassung. Da aber von den obersten Kirchenbehörden bezüglich der Verfassungsorganisation lediglich nichts zu erwarten steht, so müsste schliesslich auch der Rest, welcher sich noch als evangelische Landeskirche erhielte, in zelotische Clubbs zerfallen, sobald das Nothdach der vom Staat gewährten Verfassung dahin fällt, wozu die Consequenz der Dinge früher oder später mit zwingender Nothwendigkeit treiben muss.

Dies ist die Perspective der Zukunft, wenn die Gemeinden sich nicht bald aufraffen. Es ist kein Schreckbild, das wir entworfen haben ¹⁾; der dermalige Zustand unserer Landeskirche spricht mit erschreckender Deutlichkeit.

Wir haben es als Gewissenspflicht erachtet, diesen lauten Weckruf an unsere evangelische Mitchristen in Bayern zu richten. Es steht viel auf dem Spiele, die Kirchenbe-

1) Vgl. auch die ganz richtigen Bemerkungen bei Scheurl I, S. 63, II, S. 31—32.

hörden aber thun nichts zur Erhaltung des Verbandes der Landeskirche. Wenn dann früher oder später die staatliche Erhaltung dieses Verbandes wegfällt und es ist nicht gesorgt worden für einen Ersatz des staatlichen Bandes durch ein auf der Ueberzeugung der Gemeinde geknüpft kirchliches, dann wird die regelloseste Verwirrung eintreten und eine derartige Katastrophe wird den bisherigen kirchlichen Verband völlig auflösen. Möge den Kirchenbehörden klar gemacht werden, dass nicht sie die Kirche sind, sondern dass die Gemeinde die Kirche ist. Möge unser Ruf Wiederhall finden in den Herzen und Gewissen aller derer, die mit uns festhalten an dem Bekenntniss der Reformation und dem Volk dieses geheiligte Erbtheil der Väter, erstritten in banger Gewissensnoth und unter Strömen Blutes, bewahrt wissen wollen. Setzen wir all unsere Kraft ein, jeder zu seinem Theil, unsere Kirche auszulösen aus dem ärmlichen Miethkämmerlein, das ihr der Staat eingeräumt hat, das ihr aber in der jetzigen Zeit täglich mehr beschränkt wird und sie hinüberzuführen in ein bescheidenes eigenes Heim, in welchem wir friedlich zusammenleben wollen als gleichgesinnte Kinder der Reformation. Immer werden die religiösen Ueberzeugungen sich verschieden bei den einzelnen Individuen ausprägen, dass wird niemals sich ändern lassen in irdischen Verhältnissen und niemals wird es sich vermeiden lassen, dass die religiösen Ueberzeugungen nicht selten hart auf einander stossen. Das aber sollte unter evangelischen Christenleuten zu erreichen sein: dass, wo es sich um die Existenz der Kirche handelt, die Gegensätze zurücktreten vor dem Gebote einer gemeinsamen ernsten und heiligen Pflicht. Als eine solche gemeinsame ernste heilige Pflicht aber erscheint der Verfassungsneubau unserer evangelischen Kirche in Bayern unbedingt; er muss durchgeführt werden, soll nicht die evangelische Landeskirche Bayerns in kurzer Zeit völlig in Trümmer gehen.

Und ist es denn berechtigt, von der Durchführung der von uns vorgeschlagenen oder ähnlicher Reformen einen Umsturz der kirchlichen Glaubensgrundlagen zu erwarten — eine Furcht, welche einen Theil unserer protestantischen Geistlichen bis zur Lächerlichkeit beherrscht und sie gruseln

macht bei dem Worte »Reform«? Das ist eitle Selbstgefälligkeit, die der wahren Sachlage gar nicht entspricht. Wer ernsten Sinnes Umschau hält im Gebiete der evangelischen Kirchen, der wird kirchliche Verbände finden, in welchen noch viel, viel weitergehende Reformen durchgeführt sind, als die von uns vorgeschlagenen, in welchen der Lehrfreiheit eine nach der persönlichen Ueberzeugung des Verfassers viel zu schrankenlose Freiheit eingeräumt ist — und doch entfalten diese kirchlichen Verbände ein lebendiges, reiches kirchliches Leben, fruchtbar an christlicher Liebe und getragen von herzlicher Theilnahme der Gemeinden. Man legt da eben bei Geistlichen und Laien grösseren Werth auf praktisches Christenthum statt wie in Bayern die wohlfeilen Phrasen von »gläubiger Richtung« »positiv kirchlichem Sinn« »Bekenntnisstreue« als Faulbett des kirchlichen Lebens zu betrachten. Speziell in Deutschland hat man allenthalben die Hauptpunkte der von uns geforderten Reform durchgeführt, und nur Bayern sollte davon isolirt bleiben? Nur Bayern, wo die Zustände gerade am trostlosesten sind, sollte sich der zwingenden Nothwendigkeit entziehen können, gehüllt in das gerettete »Bekenntniss«? Der Prüfstein des Werthes eines Kirchenverbandes liegt nicht in der »gläubigen Richtung« der Pfarrer, sondern einzig und allein in dem Masse des kirchlichen Lebens in den Gemeinden. Dieses aber liegt in Bayern in einem Bann der Erstarrung befangen, welcher gebrochen werden muss, wenn das verbindende Band der evangelischen Landeskirche gerettet werden soll. Man blicke doch auf die rheinisch-westfälische Kirche. Längst sind dort die Hauptpunkte der von uns empfohlenen Reformen geltendes Recht. Und was war die Folge davon? Etwa die Zertrümmerung der Glaubensgrundlagen der Kirche? Gerade das Gegentheil: ein viel lebendigeres kirchliches Leben, enger Anschluss des Laienelementes an die Kirche, werththätige, wenn nöthig opferwillige Hingabe an die Interessen der Kirche und eine von der Ueberzeugung der Gemeinden getragene ernste und entschiedene Wahrung der Grundlagen des evangelischen Glaubens — kurz! alle die segensreichen Factoren des kirchlichen Lebens, die in Bayern ganz und gar fehlen und an

deren Stelle wir sehen: Erstarrung des kirchlichen Lebens, Stumpfsinn des Laienelementes in kirchlichen Dingen, Scheu vor jedem auch dem allergeringsten materiellen Opfer für kirchliche Zwecke und Ersatz einer wirklichen evangelischen Gemeinde durch einen leeren Bekenntnisszelotismus des Kirchenregimentes und eines Theiles der Geistlichen.

Für diese Folge des seit Jahrzehnten die evangelische Kirche Bayerns bureaukratisch regierenden Kirchenregimentes können uns keine Fastenhirtenbriefe und keine Gebete »jeden Donnerstag Abends um 7 Uhr« entschädigen. Das evangelische deutsche Volk ist nicht so irreligiös, wie man es wohl im Tone eines Klageweibes darstellt, wenn aber der kirchliche Sinn im Volke wirklich in bedenklichem Sinne abnimmt, was nicht zu leugnen ist, so tragen die Kirchenbehörden selbst keinen kleinen Theil dieser Schuld und speziell das dermalige bayerische Kirchenregiment in seiner jammervollen Unthätigkeit gegenüber den Forderungen der Zeitlage darf sich füglich sagen: »quorum pars ipse magna fui.« Klagegebete aber sollen nicht der Unthätigkeit zum Deckmantel dienen. —

Möge dem Verfasser wenigstens das Zeugniß nicht versagt werden, dass seine Worte dictirt sind von warmer Liebe zur Kirche der Reformation und dass nur diese Liebe zu dem höchsten Gute des evangelischen Theiles unseres Volkes, das er bedroht sieht durch die Trägheit und Verständnisslosigkeit, welche die berufenen Kirchenbehörden einer unvermeidlich gewordenen Staatsentwicklung gegenüber zur Schau tragen, seine Feder zu harten scharfen Worten gespitzt hat. Mögen die gemachten Vorschläge, und wenn auch nur als Anregung, nicht als ganz werthlos erkannt werden für die segensreiche Entwicklung der evangelischen Kirche Bayerns als eines reiche und gute Frucht tragenden Zweiges am Baume der in freiem Verbande auf dem Bekenntniß der Reformation geeinigten evangelischen Kirche Deutschlands.

Das walte Gott!

A n h a n g I.

Entwurf eines Staatsgesetzes, die Revision des Edictes die inneren Angelegenheiten der prot. Kirche betreffend.

Art. I. Das Edict etc. ist aufgehoben.

Art. II. Das landesherrliche Kirchenregiment wird ausgeübt von drei in Evangelicis deputirten Ministern, deren Ernennung frei durch den König aus den im Amte stehenden Staatsministern oder höheren Staatsbeamten evangelischer Confession (welche mindestens den Rang der Centralräthe haben) erfolgt. Jedes Kirchengesetz bedarf der Zustimmung dieser Vertreter des Landesherrn. Dieselben haben dem König persönlich über die Verhältnisse der evangelischen Landeskirche Bericht zu erstatten. Sie dienen den Staatsbehörden in kirchlichen Dingen als Beirath und insbesondere ist das Cultusministerium verpflichtet, vor Bescheidung wichtigerer die evangelische Kirche betreffender Angelegenheiten den Rath der in Evang. deput. Minister einzuholen. Die näheren Bestimmungen über die Ausübung des landesherrlichen Kirchenregimentes sind der gemeinsam mit den Vertretern der evangelischen Landeskirche festzustellenden Generalsynodalordnung vorbehalten.

Art. III. Die oberste Vertretung und Leitung der evangelischen Landeskirche liegt der Generalsynode ob, welche aus je einem geistlichen und weltlichen Abgeordneten eines jeden Dekanatsbezirkes, ferner einem Mitgliede der theologischen Facultät zu Erlangen besteht. Die Wahl der Vertreter zur Generalsynode erfolgt durch die vereinigten Kirchenvorstandsmitglieder des betreffenden Dekanatsbezirkes aus allen evangelischen, zur Landeskirche gehörenden und zum Amte eines Kirchenvorstandes qualificirten Christen. Die Synode wählt ihren Präsidenten selbst,

der die Verhandlungen zu leiten hat. Die Mitglieder der Consistorien haben nach Bedarf der Synode beizuwohnen zur Ertheilung von Aufschlüssen. Die näheren Anordnungen bleiben einer von der Generalsynode und den in Evangelicis deputirten Ministern gemeinsam festzustellenden Verordnung vorbehalten.

Art. IV. Die Generalsynode und die in Evangelicis deputirten Minister üben gemeinsam selbstständig die kirchliche Gesetzgebung aus. Jedes Kirchengesetz muss zuvor vom jeweiligen Cultusminister genehmigt sein. Der Cultusminister ist hiefür der Volksvertretung verantwortlich.

Art. V. Ein Synodalausschuss besorgt während der Zwischenzeit von einer Generalsynode zur anderen die laufenden Geschäfte und vertritt insbesondere die evangelische Kirche gegenüber dem Staate.

Art. VI. Das Oberconsistorium und die beiden Consistorien sind die kirchlichen Vollzugsbehörden, und als solche der Generalsynode bez. dem Synodalausschuss unterstellt. Das Oberconsistorium besteht aus einem Präsidenten, zwei geistlichen und zwei weltlichen Räthen, sowie dem nöthigen Unterpersonal, jedes der beiden Consistorien aus einem weltlichen und zwei geistlichen Räthen unter jeweiligem Vorsitz des im Range ältesten Rathes, sowie dem nöthigen Unterpersonale. Die Ernennung der Oberconsistorial- und Consistorialräthe erfolgt durch den König aus einem Vierer-Vorschlag des Synodalausschusses. Die Generalsynode setzt die Geschäftsordnung für die Consistorialbehörden fest.

Art. VII. Die Neuorganisation der übrigen Verhältnisse der evangelischen Landeskirche bleibt nach Maassgabe des Art. IV. der kirchlichen Gesetzgebung überlassen.

A n h a n g II.

Entwurf einer königlichen Verordnung die Reform der evangelischen Kirchenverfassung betr.

§ 1. Die dermalen in Amt stehenden Kirchengenossen sind aufgelöst.

§ 2. Die Neuwahl der Kirchengenossen findet nach

Massgabe der Bestimmungen der Kirchenvorstandsordnung am statt.

§ 3. Die neugewählten Kirchenvorstände eines jeden Dekanatsbezirkes versammeln sich am zur Wahl je eines geistlichen und weltlichen Mitgliedes sammt Ersatzmännern für die Generalsynode. Die Wahl erfolgt nach Massgabe der §§ 6—17 der K.Entschl. v. 31. Juli 1853. Eingereichte Beschwerden entscheidet die Generalsynode in letzter Instanz.

§ 4. Die so gewählte Generalsynode tritt zusammen am zur Erledigung des ihr von den competenten Behörden vorgelegten Entwurfes einer Kirchenverfassung, bestehend aus

- 1) Staatsgesetz etc.
- 2) Generalsynodalordnung.

Sie wählt selbst ihren Präsidenten und Vicepräsidenten. Sämmtliche Mitglieder der Consistorien haben dieser constituirenden Generalsynode von Amtswegen beizuwohnen.

Nach Erledigung dieser Vorlagen hat der Präsident die Synode aufzulösen.

§ 5. Das Cultusministerium hat zu dieser constituirenden Generalsynode einen Vertreter abzuordnen.

Verlag der H. Laupp'schen Buchhandlung in Tübingen.

Friedberg, Prof. Dr. E., Die Gränzen zwischen Staat und Kirche und die Garantien gegen deren Verletzung. 3 Abtheilungen. 8. broch. M. 15. —

— — Sammlung der Aktenstücke zum ersten vaticanischen Concil mit einem Grundriss der Geschichte desselben. gr. 8. broch. M. 12. —

— — Aktenstücke die altkatholische Bewegung betreffend, mit einem Grundriss der Geschichte derselben. Zugleich als Fortsetzung der »Sammlung der Aktenstücke zum ersten vaticanischen Concil«. gr. 8. broch. M. 10. —

Laband, Prof. Dr. P., Das Staatsrecht des Deutschen Reiches. I. Band. gr. 8. broch. M. 12. — II. Band M. 11. —

Mohl, Robert von, Staatsrecht, Völkerrecht und Politik. 3 Bände. gr. 8. broch. M. 38. —

— — Das deutsche Reichsstaatsrecht. Rechtliche und politische Erörterungen. gr. 8. broch. M. 8. —

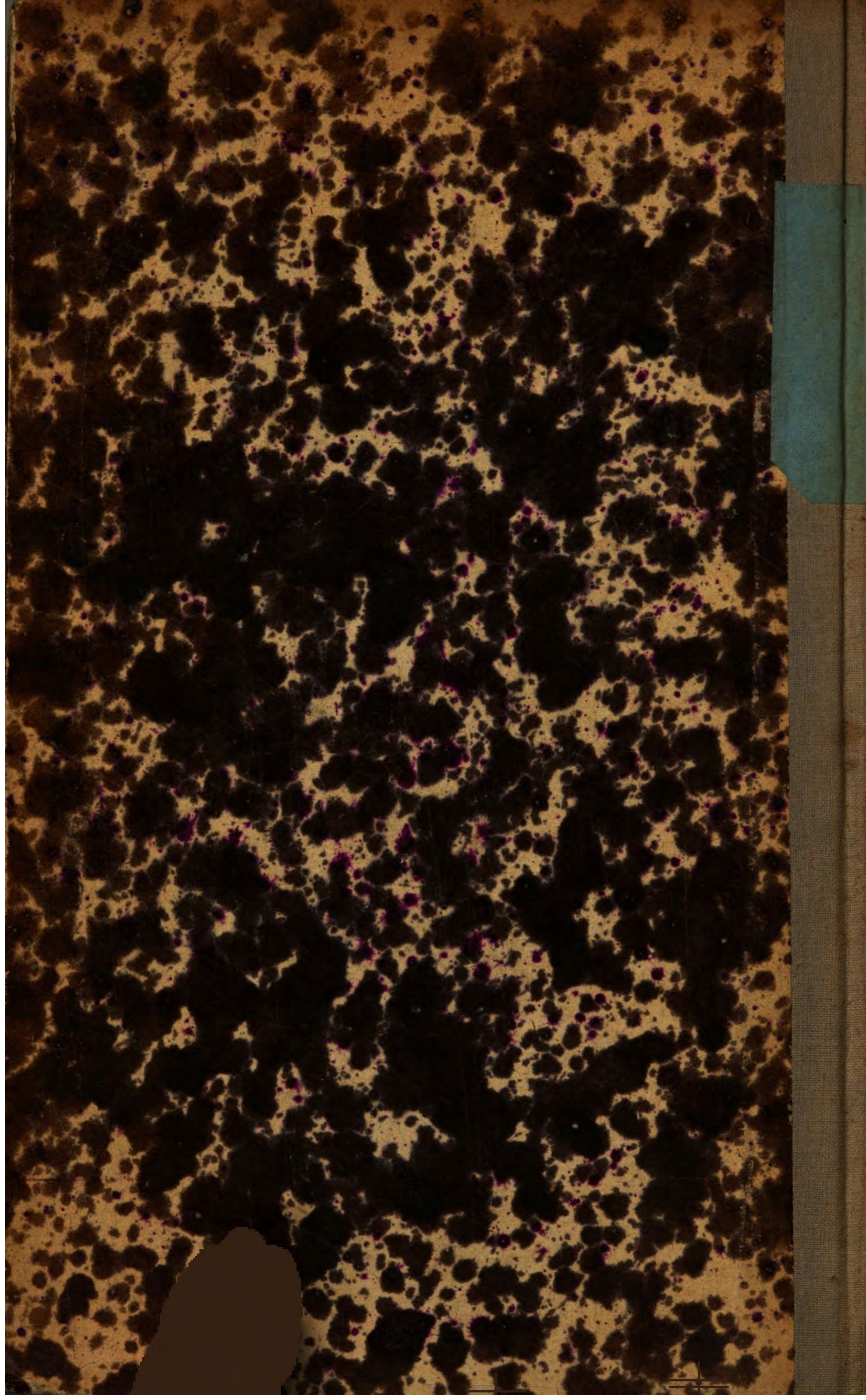
Roth, Prof. Dr. Paul, Bayrisches Civilrecht. Drei Theile. gr. 8. broch. Erster Theil. M. 10. 50. Zweiter Theil. M. 12. — Dritter Theil. M. 18. —

Sohm, Prof. Dr. R., Das Verhältniss von Staat und Kirche aus dem Begriff von Staat und Kirche entwickelt. kl. 8. geh. M. — 80.

Zeitschrift für Kirchenrecht. In Verbindung mit mehreren Gelehrten, herausgegeben von Geh. Justizrath Prof. Dr. **Richard Dove** und Prof. Dr. **Emil Friedberg.** Preis eines Bandes von 4 Heften. 8. geh. M. 9. —

Palmer, weil. Prof., Die Gemeinschaften und Sekten Württembergs. Herausgegeben von Professor Dr. **Jetter.** gr. 8. broch. M. 4. 20.

Inhaltsübersicht: Einleitung. I. Haupttheil: allg. geschichtliche Uebersicht. Joh. Val. Andreä. Spener'scher Pietismus. Zinzendorf. Bengel. Oetinger. Die »Schwabenväter«. Bilfingersches Edikt. Rationalistische Zeit. Rapp. W. Hoffmann und Kornthal. Verschiedene Auffassungen des Pietismus. Charakteristik des Pietismus. II. Haupttheil. Die einzelnen Sekten. — Michael Hahn und die Michelianer. — Die Pregizerianer oder Hochseligen. — Die Confession des Tempels; Clöter. — Die Methodisten. — Die Neukirchlichen oder Nazarener. — Die Baptisten. — Die Swedenborgianer oder die neue Kirche. — G. Werner und die neue Brüdergemeinde. — Die Darbisten oder Plymouther Brüder. — Die Irvingianer. — Die Mormonen. — Kleinere vereinzelte Partheien. — Schluss und Nachtrag.



Zorn, Philipp,

Die Reform der Evangelischen Kirchenverfassung

Tübingen 1878

Bavar. 3028 k

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11370044-5